Dresdner Volkszeitung

Scheckkonto: Dresden. Nr. 1285

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden.

Diese Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden-Altstadt.

Bezugspreis einschließlich Bringerlohn monatlich 7,00 M., durch die Post bezogen vierteljährlich 21,00 M., unter Kreuzband für Deutschland monatlich 10,00 M. Einzelnummer: 40 Pf. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Zeitzerplatz 10. Tel. 25261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Zeitzerplatz 10. Tel. 25261. Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 8gespaltene Nonpareillezeile 2,50 M., Familienanzeigen 2,00 M., die 3gespaltene Reklamezeile 9,00 M. Bei mehrmaliger Aufgabe Ermäßigung. Anzeigen sind im voraus zu bezahlen. Ohne Verpflichtung nur Aufnahme an vorgeschriebenen Tagen. Für Briefniederlegung 40 Pf.

Nr. 268 | Dresden, Freitag den 18. November 1921 | 32. Jahrg.

Die verurteilten Mucker

Berlin, 18. November. Der Reigen-Prozeß, der wochenlang die Berliner Gerichte beschäftigte, ist heute vormittag zu Ende gegangen. Sämtliche Angeklagten, die der unzüchtigen Handlung bei der Darstellung angeklagt waren, wurden freigesprochen. Die Kosten gehen zu Lasten der Staatskasse.

Heute ging vor dem Berliner Schöffengericht ein Prozeß zu Ende, der sich seit zwei Wochen durch die Berliner Presse [illegible]. In seiner Mitte steht der sattsam bekannte Professor [illegible] Sittlichkeitsbonze Brunner mit seinen deutschvölkischen [illegible] — nicht als Angeklagter, sondern als Ankläger wider [illegible] Theaterstück Reigen von Artur Schnitzler. Dieser Prozeß, [illegible] sich zu einem regelrechten Kriminalspektakel ausgewachsen [illegible] beleuchtet die krampfhaften Anstrengungen, die die [illegible] macht, um ihre Front auch auf dem Gebiete des [illegible] Geistslebens zu erweitern.

Schon die Vorgeschichte ist ein Skandal, organisiert nach Anweisungen der reaktionären Ehrhardtorganisation O. C., [illegible] Krawalle zur Verhinderung „antinationaler oder [illegible] ichmutziger Theaterstücke". Reigen wurde dramatisiert [illegible] einer gleichnamigen Novelle, die um das Thema Liebe [illegible] Ehe kreist. Der Schluß jedes Aktes ist der Auftakt eines [illegible] eren intimeren Aktes, und über dem Ganzen liegt etwas [illegible] der Schnitzlerischen Wehmut, mit der er unser verzerrtes, verlogenes erotisches Leben in all seinen Dramen überschleiert. [illegible] er schließlich ist Artur Schnitzler nicht nur ein Künstler, [illegible] ern nebenbei auch ein Jude. Also wurden Aufführungen [illegible] Reigen in Berlin und andern Städten vom Stinkfinger-Pöbel, um mit dem Sachverständigen Alfred Kerr zu [illegible] zu deutschvölkischen Kundgebungen degradiert. Grund [illegible] für den Staatsanwalt, ein Zensurverbot zu erlassen, [illegible] mit eine Anfechtungsklage hin wieder fallen mußte. Die [illegible] Methode, nach der Behörden wider ihren Willen ein [illegible] zum Kassenreißer zu machen pflegen.

Jedoch Herr Professor Brunner, der als literarischer Sachverständiger für Jugendwohlfahrt im preußischen Volkswohlfahrtsministerium und als Hilfsreferent für Schundliteratur und [illegible] pädagogische Fürsorge auch im Berliner Polizeipräsidium sitzt, [illegible] eine regelrechte Anklage zu schieben. Er hat dem Verfasser Gurlitt dazu verholfen, daß er wegen Ausgabe einer Mappe „Der Venuswagen" (enthaltend Zeichnungen erster [illegible] Künstler, wie Lovis Corinth) zu 1000 M. Geldstrafe verurteilt wurde. Er organisierte das für den Reigenprozeß [illegible] notwendige sittliche Aergernis. Mitglieder des deutschvölkischen Schutz- und Trutzbundes, Betschwestern, Veteranen [illegible] Sittlichkeitsvereine und was sonst an Leuten mit echt muckerischer Gesinnung zu erlangen war, wurde in den „Reigen" geschickt, und marschierte nun mit der vorschriftsmäßigen sittlichen Entrüstung am Zeugentisch auf.

Auch wir sind der Meinung, daß sexuelle Fragen auf der Bühne nicht in jeder Form zu behandeln sind. Wir können uns Fälle denken, in denen im öffentlichen Interesse gegen gewisse Behandlung des Themas Liebe eingeschritten werden kann. Aber in solchen Fällen muß es vollständig gelten, wenn sich die Behörden an einen Kreis von Sachverständigen wenden. Was jedoch in Berlin unter Führung des Staatsanwalts und des Professors Brunner vor sich ging, ist ein sozusagen sittliches Aergernis, für das wir Mitbürgenossen leider niemand gerichtlich belangen können. Den feinsten Empfindungen der Theaterbesucher wurde nachgeschnüffelt, sogar die Zwischenaktsmusik sollte einen „unsittlichen Rhythmus" gehabt haben. Und das Ganze läßt sich für [illegible] nicht muckerisch veranlagten Betrachter in allgemeine Heiterkeit auf, wenn er die Betschwestern als Kunstrichterinnen [illegible] sieht.

Wolfgang Heine sagte als Verteidiger der angeklagten Direktion und des mitangeklagten Regisseurs ganz richtig, daß es sich hier um einen Vorstoß gegen die Freiheit des deutschen Geistslebens handle. Und insofern ist der Prozeß auch ein [illegible] Symptom, das uns zu denken geben muß. Professor Brunner, wenn Zelote hier wiederum als Sachverständiger [illegible] marschierte, der von keinem Sachverständigen ernstgenommen wird, macht sich im dritten Jahre nach der Revolution als [illegible] beamteter Kunstbanause im Wohlfahrtsministerium [illegible]. Wäre es nicht an der Zeit, daß man den Platz endlich von diesem krankhaften Mucker befreite?! Und haben die deutschen Gerichte nichts Notwendigeres zu tun, als die Gemeinschädlichkeit auch noch auf dem Gebiete des Kunstlebens zum Triumph reaktionärer Gesinnung zu machen?! Erhöht es das gesunkene Ansehen unserer Justiz, wenn Staatsanwälte ihre Zeit mit Brunnerschen Orgien verplempern, während die Schlapps, Eyrhardts und andre Verbrecher noch immer unabgeurteilt umherlaufen? Der Staatsanwalt brachte es sogar fertig, für die zwei Hauptangeklagten vier Monate Gefängnis zu fordern, wiewohl gegen Brunner vier andre Gutachter standen, die sich scharf gegen die Anklage wandten und darauf hinwiesen, daß es sich im „Reigen" um eine durchaus anständige, künstlerische Behandlung erotischer Dinge handle.

Das Gericht hatte sich aus dieser kriminalkomödiehaften Angelegenheit gerettet, um [illegible] einem Freispruch von der unsauberen Sittlichkeitsschnüffelei [illegible] abzurücken. Die Verurteilten sind Brunner und [illegible].

Ein Gutachten der Reparationskommission

Eigene Drahtmeldung

rk. **Berlin, 18. November.** Die Reparationskommission ist damit beschäftigt, zusammen mit der Garantiekommission ein Gutachten über die wirtschaftliche Lage Deutschlands auszuarbeiten, das sich, wie bei der Zusammensetzung der Kommission und ihrem französischen Einschlag nicht anders zu erwarten war, in der Richtung bewegen wird, daß Deutschlands Leistungsfähigkeit die weitere Erfüllung der Londoner Verpflichtungen durchaus ermöglicht. Auf Grund des Gutachtens wird dann die französische Regierung der deutschen eine Note übermitteln, in der besonders zum Ausdruck gebracht werden soll, daß der Verlust Oberschlesiens Deutschland kein Recht auf verminderte Leistungen gebe. Bisher sind von der Kommission keinerlei Pfandobjekte beansprucht worden. Es handelt sich zunächst nur um die Zahlungen, die am 15. Januar 1922 mit 500 Millionen Goldmark zu leisten sind und die weiteren am 15. Februar fälligen Zahlungen der 26prozentigen Ausfuhrabgabe. Die Kommission wünscht diese Zahlung gesichert zu sehen, eventuell durch eine Bürgschaft der Industrie und der Banken. Die eingeleiteten Verhandlungen bewegen sich in der hiermit vorgezeichneten Richtung.

Baldige Rückkehr

Paris, 18. November. Der Temps schreibt über die Reise der Reparationskommission: Die Reparationskommission hat die Untersuchung, die sie in Berlin über die Maßnahmen, die die deutsche Regierung zu treffen gedenkt, um ihren Verpflichtungen, insbesondere am Verfalltag vom 15. Januar 1922 (500 Millionen Goldmark) nachzukommen, beendet und wird in Paris gegen Ende der Woche zurückerwartet. Das Garantiekomitee hatte verlangt, daß Garantiezahlungen, d. h. Vorschüsse, auf die dreimonatigen Zahlungen geleistet werden müßten. Die erste dieser Garantiezahlungen sollte am 15. November stattfinden. Diese Zahlung, die ungefähr 45 Millionen Goldmark beträgt, ist getätigt worden. Die nächste ist nur den 1. Dezember festgesetzt. Sie entspricht dem monatlichen Ertrag einer Steuer von 26 Prozent auf den Wert der deutschen Ausfuhr, ungefähr 85 Millionen Goldmark.

Wiedergutmachungssorgen

Paris, 17. November. Loucheur wurde gestern von den vereinigten Kommissionen für auswärtige Angelegenheiten und Finanzen im französischen Senat angehört. Die Sitzung wurde von Poincaré präsidiert. Nach Schluß der Sitzung wurde folgender Bericht herausgegeben: Der Minister für die befreiten Gebiete, Loucheur, gab Aufklärungen über das Abkommen von Wiesbaden. In Beantwortung von Fragen seitens verschiedener Mitglieder der beiden Kommissionen führte der Minister aus, daß er glaube, dieses Abkommen könne mit den Zahlungsbedingungen vom 5. Mai in Einklang gebracht werden.

Ueber die Sitzung erfährt man ferner, daß an der Debatte u. a. Poincaré, Ribot, Henri Cheron und Doussel teilnahmen. Aus den Ausführungen Loucheurs wird bekannt, daß er die Frage aufwarf, ob Frankreich die Zahlungen in natura annehmen wolle und ob die Lieferungen Deutschlands in dessen eigenem Interesse auch den Interessen der französischen Industriellen entsprechen. Loucheur beantwortete beide Fragen in bejahendem Sinne, glaubt aber, daß die Unterzeichnung des Abkommens nutlos wäre, wenn es nicht die Zustimmung aller Alliierten fände. Die Haltung der englischen Presse konnte den Glauben erwecken, daß von englischer Seite Einwendungen erhoben würden. Heute hat Frankreich die Gewißheit, daß dies nicht geschehen werde. Die englische Regierung sei entschlossen, demnächst in dieser Hinsicht Erklärungen abzugeben.

Es ist weiter bemerkenswert, daß die französischen Parlamente die Forderungen des Abkommens bezüglich der Transportpreise und der Zollsätze für die deutschen Lieferungen annehmen; denn die heutigen Zollsätze und Transportpreise würden Lieferungen z. B. nach St. Quentin völlig unmöglich machen. Das Abkommen kann ferner nur zur Geltung kommen, wenn in Deutschland eine Regierung am Ruder bleibe, die Deutschland vor der Anarchie und vor dem Bankrott retten könne. Es habe den Anschein, als ob die deutschen Kapitalisten und Industriellen den Zusammenbruch Deutschlands beschleunigen wollten. Doch glaube er, Anlaß zu der Annahme zu haben, daß der Kurssturz der Mark bereits alle Voraussichten der Industriellen übertroffen habe und daß sich bereits eine Reaktion gegen diesen Standpunkt der Industriellen geltend zu machen beginne.

In der heutigen Kammersitzung beantwortete Finanzminister Doumer die verschiedenen Interpellationen über die Finanzfrage Frankreichs. Im Laufe seiner Rede sprach er auch von der Finanzlage Deutschlands. Er wies darauf hin, welche Schwierigkeiten zu überwinden seien, um den Bedürfnissen des Wiederaufbauministeriums Rechnung zu tragen. Der Abgeordnete Lafferre habe sehr interessante Aufschlüsse gegeben, die mit denen der Regierung gleichliefen und bewiesen, daß, wenn Deutschland — er sage nicht nur die augenblickliche Regierung Deutschlands — wolle, dann könne es bezahlen. Deutschland besitze Aktiven, die es schwer in Goldmark und in Auslandsdevisen umwandeln könne. Aber es seien deutsche Vermögen vorhanden, deren größter Teil außerhalb des Landes sei und deren Besitzer keinen großen Eifer zeigten, der deutschen Regierung zu helfen, ihre Verpflichtungen zu halten. Sie müßten sich aber von den Folgen Rechenschaft ablegen, die ein Bankrott Deutschlands nach sich ziehen würde. Wenn dieser Bankrott sich ereigne, werde er Ereignisse nach sich ziehen, die die deutsche Reichseinheit kaum überleben könne. (Lebhafter Beifall.) Die Alliierten, insbesondere aber Frankreich könnten nicht dulden, daß auf ihre Schultern auch nur ein Minimum der Lasten zurückfalle, die nach dem Friedensvertrag den Deutschen zufielen. (Beifall.)

Der Finanzminister erklärte weiter, er verwerfe immer den Gedanken, daß Deutschland den Verpflichtungen, die es übernommen habe, nachkommen werde, und er sehe eines der Heilmittel für die finanzielle Lage darin, daß die von Deutschland zurückzuerstattenden Ausgaben zurückgezahlt würden. Wenn möglich, so schloß er die Erörterung über diese Frage, müßten wir die Schuld Deutschlands internationalisieren. (Beifall.)

Die Kartoffelpreise in Sachsen

Von der Nachrichtenabteilung der Staatskanzlei wird mitgeteilt:

Angesichts der Schwierigkeiten der Winterversorgung der Bevölkerung mit Kartoffeln hatte die sächsische Regierung bestimmt, daß die von den Preisnotierungskommissionen allwöchentlich ermittelten Angemessenheitspreise als Höchstpreise angesehen werden sollten. Diese Maßnahme hat ihre Wirkung nicht verfehlt. Der günstige Erfolg lag vor allem darin, daß für die Versorgung des platten Landes und der von dort aus zunächst zu beliefernden Gebiete erleichterte. Die Höchstpreisfestsetzung ist bei den Erzeugern auf keine Schwierigkeiten gestoßen, was wohl darauf zurückzuführen ist, daß in den Preisnotierungskommissionen mit den Verbrauchern auch die Erzeuger vertreten sind.

Gewissen Schwierigkeiten begegnet ist die Durchführung in den größeren Städten begegnet, und dieser Umstand hat die Vertretungen der Großstädte veranlaßt, beim Wirtschaftsministerium nachdrücklichst die Aufhebung der Höchstpreisverordnung zu beantragen. Die geäußerten Bedenken gründen sich auf die Beobachtung, daß seit der Höchstpreisfestsetzung die Einfuhr von Kartoffeln von außerhalb Sachsens erschwert worden ist. Ohne solche Einfuhr können jedoch die größeren Orte des Landes nicht auskommen. Unter diesen Umständen ist das Wirtschaftsministerium in Erwägungen eingetreten, ob die Verordnung über Festsetzung der Höchstpreise wieder aufgehoben werden solle, nachdem sie ihren Zweck erfüllt hat. Dies schien um so mehr angezeigt, als es nicht mehr viel Kartoffeln im Lande selbst geben wird.

Bei dieser Sachlage hat die Verbraucherschaft am Gesetzchen von Höchstpreisen kein Interesse mehr. Denn die geringe Menge der noch in Sachsen liegenden Kartoffeln kann auf den Gesamtpreis der Kartoffeln keine erhebliche Wirkung ausüben. Der Gesamtpreis wird vielmehr vorwiegend durch den Preis der außersächsischen, insbesondere der preußischen Kartoffeln bestimmt; auf die in Preußen geltenden Preise aber kann weder die Regierung, noch der Handel, noch die Landwirtschaft Sachsens auf irgendeinem Wege einen Einfluß ausüben. Mit der Aufhebung von Höchstpreisen wird auch gewissenlosen Händlern die Möglichkeit genommen, die in Sachsen gekauften Kartoffeln zu außersächsischen Preisen zu veräußern.

Die Entstaatlichung der Eisenbahn

Eigene Drahtmeldung

Berlin, 18. November. Die Zentralarbeitsgemeinschaft der Arbeitgeber und Arbeitnehmer Deutschlands beschäftigte sich am Donnerstag in mehrstündigen Beratungen mit der Kreditbeschaffung durch die Industrie und der hiermit in Verbindung stehenden Entstaatlichung der Eisenbahnen. Die bürgerliche Presse und verschiedene bürgerliche Korrespondenzbureaus wollen bereits nach dem Verlauf des ersten Verhandlungstages wissen, daß den Industriellen das von ihnen angebotene Kompromiß gelingen werde und daß die Arbeiter nach Umformulierung der bisherigen Forderungen für den Kompromißgedanken zu haben sein werden.

Soweit wir unterrichtet sind, besteht hierfür nicht die [illegible] Aussicht, denn man hat am Donnerstag in später Abendstunde die Sitzung der Zentralarbeitsgemeinschaft beendet, ohne zu wissen, was überhaupt werden soll. Die Arbeitnehmervertreter stellten vor Eröffnung der Sitzung fest, daß kaum eine Aussicht bestehe, daß sich die Ansichten der beiden Parteien nähern. Die Auffassungen sind derart verschieden, daß kaum mit einer Einigung zu rechnen sei. Das eine ist zu sagen: Wünschen die Industriellen eine Verständigung, so müssen sie ihre Pläne auf das Gegebene einstellen.

Die österreichischen Nachfolgestaaten

Eigene Drahtmeldung

rs. **Prag, 18. November.** Nach dem Abschluß der Konferenz von Porto Rose wird eine Zusammenkunft zwischen dem Bundeskanzler Dr. Schober und dem tschecho-slowakischen Ministerpräsidenten Benesch stattfinden. Der Zweck dieser Zusammenkunft ist, auf Grund der in Porto Rose allgemein festgelegten Richtlinien für das Zusammenarbeiten der Nachfolgestaaten, die besonderen Beziehungen zwischen Oesterreich und der Tschecho-Slowakei zu regeln. Der Abschluß eines Handelsvertrages wird ebenfalls zur Sprache gebracht werden.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19211118/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Abrüstungskomödie

Es ist kein Zweifel, daß der Abrüstungsvorschlag von Hughes in erster Linie unter dem Gesichtspunkt der inneren Politik, d. h. mit Rücksicht auf die pazifistischen Strömungen in Amerika gemacht wurde. Ferner wurde damit der Zweck verfolgt, Japan zu isolieren, und für die weiteren und eigentlichen Hauptprobleme der Konferenz (Ostasien) einen Trumpf nicht in die Hände zu bekommen.

Es ist interessant, zu beobachten, wie England und Japan allmählich ihre Gegenkarten aufdecken, nachdem sie aus Klugheitsgründen „grundsätzlich" dem Abrüstungsplan zugestimmt haben. Vor allem versuchen sie, den amerikanischen Vorstoß dadurch zu parieren, daß sie die Abrüstung von vornherein auch auf Italien und Frankreich ausdehnen wollen. Dadurch wird es diesen beiden Mächten natürlich erschwert, dem amerikanischen Plane so freudig zuzustimmen, als wenn es sich nur um die Abrüstung Englands, Japans und Amerikas handelte. Vor allem fürchtet Frankreich, daß auch die Abrüstung der Landtruppen erörtert werden soll, weil es wenig Hoffnung hat, bei einer Verminderung seiner Heere irgendwelche Sicherheiten oder Garantien von seinen Amerika zu erhalten. Auf alle Fälle muß die Entschließung des amerikanischen pazifistischen Staatsmanns Henry Ford als sehr vorsichtig angesehen werden: Er sei bereit, die gesamte Kriegsflotte zu Altereisenpreisen zu kaufen. Er wolle das gesamte Kriegsmaterial zu Autos und landwirtschaftlichen Maschinen umbauen.

Jedenfalls muß man sich klar darüber sein, daß die Abrüstung praktisch nur dann einen Erfolg haben kann, wenn auch über die Frage des fernen Ostens ein Einvernehmen zustande kommt. Vorläufig wirkt die ganze Abrüstungsfrage wie eine Komödie. Denn anstatt abzurüsten, wird überall eifrig aufgerüstet. In Frankreich hat der Ministerrat gestern beschlossen, die nationale Verteidigung neu zu organisieren und ein Studienkomitee zu schaffen, das die industrielle Mobilisation des Landes vorbereiten soll. Auch soll die Anzahl der U-Boote erhöht werden. Und England sieht bekanntlich im Begriff, in Singapur (Indien) eine große Flottenbasis zu errichten, die bei den ostasiatischen Nadelmanöverspielen von ausschlaggebender Bedeutung werden wird.

Nach einer Meldung aus Washington, die allerdings wenig glaubhaft erscheint, soll England den Amerikanern angeboten haben, eine Garantie für die Verteidigung der Philippinen zu übernehmen, um so die Amerikaner zu einem Entgegenkommen zu veranlassen in der Frage der Befestigung im Stillen Ozean. Sollte diese Nachricht sich bewahrheiten, so darf man daraus schließen, daß die Verständigung zwischen England und Amerika bereits sehr weit vorgeschritten ist. Damit übereinstimmend würde die Nachricht des Echo de Paris, wonach es dem englischen Kabinett gelungen sei, in in aller Friedlichkeit das Bündnis mit Japan zu lösen. Auch die Meldung, daß der englische Sterling an der Neuyorker Börse steigt und am Donnerstag bereits 4 Dollar erreicht hat, spricht für eine englisch-amerikanische Verständigung.

Es wird immer noch bestritten, daß die Schuldenfrage auf der Konferenz erwogen werden wird. Man glaubt aber, daß Frankreich und Italien auf eine Erörterung dieser Frage dringen werden.

An das Kernproblem, nämlich China, geht man fürs erste nur sehr zaghaft heran. Auch hier steht Japan isoliert, da sowohl Amerika wie England für die offene Tür in China sind. Auffallend ist die Zurückhaltung, die Japan in dieser Frage übt.

Ohne Einfluß auf die Konferenz und auch ohne größere Bedeutung dürfte die Besprechung sein, die von der Sowjetregierung nach Irkutsk einberufen wurde, und die sich gleichfalls mit der Abrüstungsfrage befassen soll. China, Japan, Korea und Indien sind zu dieser Besprechung eingeladen worden.

•

Briands Heimreise von Amerika

Washington, 18. November. Briand wird sich am 2. Dezember an Bord der Paris einschiffen, um nach Frankreich zurückzukehren.

Die Organisation der Eisenbahnen

Berlin, 16. November. Halbamtlich wird gemeldet: Das Ergebnis der Verhandlungen zwischen dem Reichsverkehrsminister und den Spitzenorganisationen der Eisenbahner ist wie folgt formuliert worden: 1. die Vertreter der Spitzenorganisationen erklären, **an dem seitherigen Verhältnis des direkten Besitzes und Betriebes** der Eisenbahnen durch das Reich **unter allen Umständen festzuhalten.** 2. Die **Rechte** des auf dem öffentlich-rechtlichen Dienstvertrag beruhenden **Beruftsbeamtentums**, zu deren Wahrung das Reich verfassungsmäßig verpflichtet ist, **erklären den Großorganisationen als** unbedingt erforderlich. 3. Die **Neuorganisation der Eisenbahnverwaltung** wird beraten und zur geschäftsordnungsmäßigen Entscheidung durch den Minister zur Begutachtung übergeben an einen zu gleichen Teilen aus Vertretern der Verwaltung und Vertretern der Eisenbahnerorganisationen zu bildenden Ausschuß. Der Ausschuß erhält die Ermächtigung, Sachverständige nach eigenem Ermessen zu diesen Arbeiten heranzuziehen.

•

Die Aussichten der Kreditaktion

Berlin, 18. November. Der Berliner Lokalanzeiger berichtet: Am Donnerstag sollte sich das Reichskabinett noch einmal mit der Industrieaktion beschäftigen. Die Sitzung fiel jedoch aus. Innerhalb des Reichsverbandes der Industrie, der Gewerkschaften und des Reichskabinetts sowie zwischen denselben **finden täglich Sitzungen statt, in denen die Bedingungen der Industrie und die Gegenforderungen der Gewerkschaften eingehend erörtert werden.** Am Donnerstag fand erst ein Gedankenaustausch zwischen der Regierung und dem Reichsverbande der Industrie statt und man darf sicherlich nicht zu viel, wenn man behauptet, daß vorläufig noch die Möglichkeit eines Kompromisses besteht.

•

Industrielle und Gewerkschaften

Berlin, 18. November. In der gestrigen Sitzung des Vorstandes der Zentralarbeitsgemeinschaft erklärten die Arbeitgeber, daß in ihrer Erklärung betreffend Uebertragung der Eisenbahnen in privatwirtschaftlicher Form, die **Auslieferung der Bahnen an das Privatkapital nicht verstanden werden dürfte.** Ebenso erklärten die Arbeitgeber die in der Presse aufgestellte Behauptung für falsch, die Industrie beabsichtige die Beseitigung des Achtstundentages. Die Vertreter der Gewerkschaften erkannten die Notwendigkeit an, Mittel zur raschen Sanierung der Eisenbahnen zu finden. Die Vertreter der Arbeitgeber teilten im Aussicht, daß sie den Plan zur Umbildung unwirtschaftlicher Reichsbetriebe vorlegen wollten, der in kurzer Zeit in der Zentralarbeitsgemeinschaft beraten werden soll.

•

Der einmütige Widerstand der Arbeiterschaft gegen die Privatisierung der Eisenbahnen scheint auf die Herren von der Industrie Eindruck gemacht zu haben. Jetzt erklären sie auf einmal, daß sie die Auslieferung der Bahnen an das Privatkapital gar nicht verlangt hätten. Sie haben eben eingesehen, daß die Trauben zu hoch hängen.

Eine Warnung des Kanzlers

Berlin, 18. November. Gestern abend empfing der Reichskanzler die **Vertreter des Reichsverbandes der Industrie** und wies sie **nachdrücklichst auf die Folgen hin, die für die Lage Deutschlands entstehen könnten, wenn die Industrie an ihren Bedingungen für die Industriehilfe festhielte.**

Die deutsch-polnischen Wirtschaftsverhandlungen in Genf

Berlin, 17. November. Dem Vertreter der deutschen Regierung in Genf ist vom Sekretariat des Völkerbundes mitgeteilt worden, daß der Völkerbund der Botschafterkonferenz in Paris die Ernennung des schweizerischen Bundesrates Calonder zum Vorsitzenden der deutsch-polnischen Kommission für die Wirtschaftsverhandlungen über Oberschlesien bekanntgegeben habe. Eine schriftliche Mitteilung der Ernennung an die deutsche Regierung wird noch erfolgen. Bundesrat Calonder hat die deutschen Bevollmächtigten für die Verhandlungen, Reichsminister a. D. Schiffer und Staatssekretär a. D. Lewald, zu einer Vorbesprechung eingeladen, die am 23. November in Genf stattfinden soll.

•

Die Parteiumbildung in Oberschlesien

Königshütte, 17. November. Im hiesigen Gewerkschaftshaus hat eine große Parteikonferenz der Sozialdemokratischen Partei des abgetretenen Gebietes getagt. Als Ergebnis dieser Konferenz ist zu berichten, daß sich die Sozialdemokratie als politische Partei für die Zukunft **vollste Bewegungsfreiheit** sichert und sich nur nach **rein sozialistischen** Gesichtspunkten orientieren will. Sie lehnt die politische Vereinigung mit irgendeiner nichtsozialistischen Partei ab, will sich dagegen wohl an den deutschen Kulturkämpfen beteiligen. Es kommt nur ein Anschluß an solche sozialistischen Parteien des polnischen Staatsgebietes in Frage, die international orientiert sind. Das sind die Soz. Partei Polens mit Sitz in Bromberg, die Sozialdemokratische Partei des Teschen-Bielitzer Gebiets und die polnische sozialistische Partei Oberschlesiens, nicht aber die Sozialdemokratische Partei Kongreßpolens, die sogenannte P. P. S. Der Name der neuen Partei wird lauten: „Sozialdemokratische Partei für Polnisch-Schlesien." Ihre Hauptaufgabe wird sein, für die gesetzliche Sicherung des Kattowitzer Abkommens sowie aller Rechte der Minderheitsschutzgesetze und des deutsch-polnischen Wirtschaftsvertrags einzutreten. Ob das bisherige Parteiorgan der Volkswille, der in Kattowitz erscheint, im abgetretenen Gebiete verbleiben wird, konnte noch nicht mit Bestimmtheit angegeben werden. Sollte er bleiben, so wird für das deutsche Gebiet eine neue Zeitung zu gründen sein.

Fortsetzung der Teuerungsdebatte

Deutscher Reichstag

145. Sitzung

Donnerstag den 17. November 1921, 1 Uhr.

Die deutschnationalen Interpellationen, betreffend Bekämpfung der Schund- und Schmutzliteratur, über die Wirtschaftslage in Ostpreußen und über die Ratifizierung der Wiesbadener Protokolle ohne Zustimmung des Reichstags, werden in der geschäftsordnungsmäßigen Frist beantwortet werden.

Eine Vorlage zur Abänderung der Bekanntmachung über ausländische Wertpapiere wird ohne Aussprache in allen drei Lesungen angenommen. — Das Gesetz über das Verfahren in Versorgungssachen wird dem Ausschuß für die Kriegsbeschädigtengesetze überwiesen.

Fortsetzung der Teuerungsdebatte.

Die Aussprache über die Interpellationen betr. Aufhebung der Zwangswirtschaft für landwirtschaftliche Produkte wird fortgesetzt, in Verbindung damit eine Interpellation Hergt (Dnat. Vp.) betr. Getreideverschiebung, eine Interpellation Müller-Franken (Soz.) betr. Preissteigerung der Waren deutscher Herkunft, ein Antrag Agnes (U. Soz.) über die Regelung des Verkehrs mit Kartoffeln und Getreide sowie über die Erhöhung der täglichen Rohkostration, ferner ein Antrag Stenzinger (Bayr. Vp.) betr. Genehmigungspflicht für den Ankauf von Getreide und Kartoffeln beim Erzeuger.

Abg. Hepp (T. Vp.): Die Linksparteien wollen sich absichtlich durch keinen Sachverständigen überzeugen lassen. (Unruhe links. Rufe: Unerhört!) In unerhörter Weise ist in letzter Zeit gegen die Landwirtschaft gehetzt worden. Nicht sie ist Schuld an der Teuerung, sondern die Verpflichtung, die die Regierung durch das Ultimatum übernommen hat. Nicht allein die Ausländer kaufen Deutschland aus, jetzt reisen schon deutsche Kaufleute ins Ausland und bieten ihre Waren zu „niedrigem Valutapreis" an.

Abg. Teleschmann (Dem.): Die Zwangswirtschaft war nicht mehr haltbar. Sie hat die Preisentwicklung auch nicht aufhalten können und war überdrein produktionsschädigend. Von einer Kartoffelumlage kann man sich nichts versprechen. Der Entwurf kommt zu spät und ist undurchführbar. Wir brauchen eine Reichssiedlungsstelle. Den Ländern dürfen wir dieses große Werk nicht überlassen.

Reichswirtschaftsminister Schmidt: Die Interpellanten klagen über die enorme Preissteigerung. Auch ich bedaure in hohem Maße, daß diese Preissteigerung in den letzten Monaten solche Formen angenommen hat und sehe mit Sorge der Zukunft entgegen, wenn da diese Preissteigerung sich noch fortsetzen wird. Die Preissteigerung hat eine außerordentlich beklagenswerte Erregung und zeitweise Erbitterung in der Bevölkerung hervorgerufen. Aber die Vorwürfe gegen die Regierung sind unberechtigt. Hier kann die Regierung außerordentlich wirksame Mittel zur Bekämpfung der Preissteigerung ergreifen, denn sie ist in der Hauptsache auf die Entwertung der Mark zurückzuführen. Auch die bei uns produzierten Waren machen infolge der Beziehung zum ausländischen Rohstoffen die Preissteigerung mit und nähern sich den Weltmarktpreisen. Dagegen ist die Regierung ohnmächtig. Auf dem Inlandmarkt haben sich die Preise etwas günstiger entwickelt, es meiner Meinung nach muß diese Differenz zwischen In- und Ausland aufrechterhalten werden. Die einheimischen Produktionskosten sind viel niedriger als im Auslande. Selbst die Landwirte geben ein, daß zum Beispiel der Kartoffelpreis weder mit den Produktionskosten noch mit einer mäßigen Gewinnquote begründet werden kann. Beim Weizenmehl verzeichnen wir sogar schon das Dreißigfache des Friedenspreises. Leider werden die Preise auf dem Inlandmarkt durch einen jeglichen psychologischen verständlichen Aufkauf seitens der Bevölkerung in die Höhe getrieben. (Zustimmung.) Daher gehen bei dem Mangel an zu niedrigen Vorräten die Preise noch höher hinauf, als durch die Entwertung unserer Zahlungsmittel verursacht ist. Besonders in den Grenzgebieten sind die Verhältnisse unerträglich. Zum Beispiel sind z. B. 21000 Personen zum Einkaufen über die benachbarte Grenze gekommen. (Hört, hört!) Um den Mißständen entgegenzutreten haben wir zunächst die Landesbehörden angewiesen, die Erleichterungen für den kleinen Grenzverkehr nachzuprüfen und zu aufzuheben. Der Reichskommissar für die besetzten Gebiete hat bereits diese Ausführerlaubnisse schon zurückgezogen. Ferner ist eine Verordnung für das ganze Reich die Bewilligungspflicht der Ausfuhr im kleinen Grenzverkehr aufgehoben worden, auch mit dem Maß des täglichen Bedarfs. Die Grenzbeamten sind zur verstärkten Ueberwachung des Verkehrs angewiesen worden. Die Lebensmittelversorgung wird, wurden die

Leben • Wissen • Kunst

Volksvergiftung

Von Zeit zu Zeit ist es notwendig, gewisse Unternehmungen, die sich die niederen Instinkte und den primitiven Geschmack der Masse zur Spekulationsbasis gewählt haben, öffentlich bloßzustellen. Zu den Unternehmungen dieser Art gehört die Firma P. C. Kunchmeyer, G. m. b. H. in Niederfedlitz. Als verantwortlicher Leiter zeichnet ein Herr Fischer.

Vor mir liegen etliche Nummern der „Familien-Zeitschriften mit Unfallversicherung": „Am stillen Herd" und „Heim und Herd". Zu beider Titelkopf ist zu lesen „Vom Reichsaufsichtsamt genehmigt und unter dessen Kontrolle stehend".

Die genannten Zeitschriften versuchen mit herzlich wenig Geschick in die Fußspuren des „Praktischen Wegweisers" zu treten, sie „bieten" zudem abscheuliche Autentpreßillustrationen und in der Hauptsache — Romane! Für's Haus, für die Familie! Die Schriftleitung wartet da z. B. mit einer Kriminalerzählung „Harunergift" auf. Unter anderem treten da auf: eine Gräfin und Gräfinnen, die sich wie eine reuige Kupplerin benimmt; ein aus irgendwelchem Grunde mittellosses Mädchen, Johanna „von" Marbaum alias Wendtland, die hinter einem Bretterstapel zusammenbricht und nichts weiter besitzt, als was sie auf dem Leibe trägt und — Gedankenflitzch — ihre Schönheit, die lieber „tot als ehrlos" sein will und daraufhin eine „glänzend bezahlte Stellung" im Hause der Millionärin erhält. — Weiter sind vorhanden: ein verkommener, aber „geretteter" Graf Rabenauberg als armer Stallmeister, der die Hand der Millionärin Meredith Bridgeman ausgeschlagen hat; ein unheimlich schlauer Detektiv usw. Handlung: ein lang und breit und „mit allen Raffinessen" geschilderter Giftmordversuch. Es geht um Millionen mit den darum hängenden Erpressungsobjekten. Eine Bibelstelle wird zitiert und Chamisso wird vergewaltigt. Ferner entblödet man sich nicht, neben solchem Schmarren Zeichnungen von Ludwig Richter zu setzen. Pfui Teufel!

Nach meinen Erfahrungen scheinen diese Zeitschriften einen ziemlich großen Absatz zu finden. Sicher aber weiß ich, daß diese Firma mit den bekannten harten Schmarren, die sie auch noch herausgibt und die nur „aufregende Sensationen" bringen, trotz aller Schundliteraturbekämpfung ein glänzendes Geschäft macht! —

Im allgemeinen konnte ich beobachten, daß als Käufer solcher Ware ganz besonders jugendliche Arbeiter in Frage kommen. Aber auch Arbeiterinnen, Heimarbeiterinnen, habe ich bei der gestrigen Aufnahme dieser Giftzeitschriften beobachten können! Das ist nur in schlimmer, da dem Tummelplatz auf diese Weise der beste Vorschub geleistet wird.

Es würde zu viel Zeit vergehen, wollte man die Ausmerzung der Schundliteratur der allgemeinen kulturellen Höherentwicklung der Menschheit überlassen — hier muß kräftig nachgeholfen werden, und das kann nur durch ein Gesetz geschehen! W. N.

Dresdner Kalender

Theater am 19. November. Opernhaus: Carmen (7). — Schauspielhaus: Was Ihr wollt (7). — Neustädter Schauspielhaus: Die zweite Jugend (7½). — Zentral-Theater: Der Zigeunerprimas (7½). — Residenz-Theater: Die Spitzenkönigin (7½).

Opernhaus. Für die am 20. und 21. November stattfindenden Aufführungen von Parsifal beginnt der Vorverkauf für beide Tage an der Opernhauskasse am kommenden Sonnabend, vormittags 10 Uhr.

Schauspielhaus. Sonnabend wird das Lustspiel Was ihr wollt von Shakespeare nach längerer Pause wieder in den Spielplan aufgenommen. Zum erstenmal spielen Antonia Dietrich die Olivia, Herbert Tiemejer den Herzog Orsino und Adolf Winterfeld den Priester. Spielleitung: Berthold Viertel. Anfang 7 Uhr.

Volks-Sinfonie-Konzert. Heute Freitag, 7½ Uhr, im Gewerbehaus: Volks-Sinfonie-Konzert des Philharmonischen Orchesters. Dirigent: Professor J. H. Mraczek. Solist: Felix Neubauer. Programm: Paul Scheinpflug: Ouvertüre zu einem Lustspiel von Shakespeare — Beethoven: Klavierkonzert C-Moll — Dvorak: Sinfonie „Aus der neuen Welt" op. 95. Karten bei F. Ries, Seestraße 21, und an der Abendkasse.

Schubert-Schumann-Abend. Im großen Kaufmannschaftssaal (7½) Schubert-Schumann-Abend von Franz Wagner und Waldemar Staegemann. Programm: Schumann: Dichterliebe — Schubert: Sonate a — Schumann: Fantasiestücke, Toccata. Karten bei F. Ries, Seestraße 21, und C. Reinicke, Hauptstraße 2.

Ludwig Richter spricht am Totensonntag (7½) im Palmengarten, Pirnaische Straße, das Melodram Enoch Arden, Tennysons ergreifende Dichtung, mit der Musik von Richard Strauß, frei aus dem Gedächtnis. Am Flügel: Kammermusiker Eichhorn von der Staatsoper. Karten bei F. Ries, Seestraße, Reinecke, Hauptstraße 2, im Reka und an der Abendkasse.

Alice Pines wiederholt auf vielfachen Wunsch Mittwoch, den 23. November, 7½ Uhr, bei Emil Richter, Prager Straße 13: Der Tod des Juan Ihjisch von Tolstoi.

Eine Totem-Gedenkfeier findet am Totensonntag (4) in der Städtischen Feuerbestattungshalle statt. Mitwirkende: W. Vekold (Cello), Lydia Burger-Semmler (Alt), das Streichquartett Stringler, Tuschau, Kotzold, Schilling von der Landeskapelle, Franz Reiser (Friedhofsorgel) und Pfarrer Kirsten (1 M. einschl. Steuer) im Sonderzug Bestattungsamt im Stadthaus Am See 2 Eing., oder beim Friedhofsamt in der Städtischen Feuerbestattungshalle.

Einen alpinen Lichtbildervortrag hält Walter Flicht (Zürich) am kommenden Sonnabend im großen Saal des Gewerbehauses vor den Naturfreunden. Beginn 7 Uhr. Kurzer Eintritt 1,50 M.

Volkshochschule. Im Anschluß an die Vorträge über Zeit von Professor Dannenberg stellt die Firma Emmerich mit großen Kinematographen zur Verfügung. Es werden Filme aus der Medizin, Hygiene, Industrie, Mathematik usw. vorgeführt und durch Zeitlupe und Zeitraffer gezeigt und erklärt. Diese Vorführungen finden statt am Montag den 21. November, 7½ Uhr, im Hörsaal der Annenschule, Humboldtstraße 3, stattfindend, und allen Hörern der Volkshochschule zugänglich. Zur Bestreitung der Unkosten von Mitgliedern (Karte vorzeigen) 1 M., von Nichtmitgliedern 2 M. Eintrittsgeld am Saaleingang erhoben werden.

Kleine Mitteilungen

Ein neuer Urmenschenfund. Ueber die Entdeckung des neuen Urmenschenschädels, der viel älter ist als der des Neandertalmenschen und im British Museum Aufstellung finden soll, wird in Londoner Blättern berichtet. Der Fund wurde in einer Höhle der Insel Hill Mine in Rhodesia gemacht. Es war ein menschlicher Ueberrest, der in dieser Höhle, tief unter der Erde gelegenen Höhle gemacht wurde. „Es waren da," berichtet William E. Harris, „Hunderte von Zähnen, Tausende von Knochen angehäuft, darunter solche von Elefanten, Löwen, Nilpferden und Knochen von kleinen Vögeln. Der einzige Mensch in der Nähe der Oberfläche dieser früheren Menschenrasse war der zertrümmerte Schädel einer Frau, und das ganze Tal war dabei. Ein Kampf auf Leben und Tod muß zwischen den Menschen und der Bestie mag hier in jenen fernen Zeiten der Menschheit stattgefunden haben." Der bekannte Anthropologe der Londoner Universität, Professor Elliot Smith, bekam den Schädel zu sehen und erklärte, daß es sich um einen bisher ganz unbekannten Typus eines Menschen handle, der sehr viel älter ist als der Neandertalmensch, aber nicht ganz so alt wie der seinerzeit auf Java gefundene Pithecanthropus. „Ich glaube," erklärt Elliot Smith, daß der Rhodesia-Mensch einen primitiven Vorläufer des Neandertalmenschen darstellt, der wahrscheinlich vom Afrika aber Europa eingewandert ist. Die Entdeckung gibt einer Hypothese, daß Afrika die Urheimat der Menschen war.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19211118/2 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

schlimmsten Auswüchse

diese Bestrebungen beseitigt. Auf unsre Maßnahmen gegen den Wucher hat schon Minister Hermes hingewiesen. Die Behauptung, Wuchergerichte verhängten zu wenig Strafen, wird durch die Tatsache widerlegt. Im Jahre 1920 ist gegen 27 324 Personen ein Strafverfahren anhängig gemacht worden, darunter gegen 22 583 Personen wegen Schleichhandels, gegen 4587 wegen Preistreiberei und Überschreitung von Höchstpreisen. Davon wurden 160 Fälle an die ordentlichen Gerichte verwiesen. Verurteilt wurden 23 402 Personen. Davon erhielten 11 990 Geldstrafen, darunter 8612 solche bis 500 M. An Freiheitsstrafen erhielten 5036 Personen einen Monat und mehr. 24 Personen wurden zu Zuchthausstrafen verurteilt. Wenn der Zentralverband des Kleinhandels jetzt die Aufhebung der Wuchergerichte fordert, so ist dieser Augenblick wirklich nicht geeignet dazu. Es wird ehrlicher Kaufmann bringt auch die Wuchergerichte nicht fürchten. Wenn man, besonders im Auslande, anzunehmen scheint, die Lebenshaltung unserer erwerbstätigen Bevölkerung gegen den vor dem Kriege nicht zurücksteht, so ist das ein verhängnisvoller Irrtum. Wenn man ein richtiges Urteil gewinnen will, so darf man nicht nur durch die großen Berliner Verkehrsstraßen und die Nachtlokale gehen, sondern muß das Volk in seiner Not und Armut aufsuchen. (Sehr richtig!) Der Fleischkonsum in Deutschland ist im ersten Halbjahr 1920/21 gegenüber demselben Zeitraum 1913 um 40 Prozent zurückgegangen. Noch krasser ist der Rückgang. Aber beim Vergleich der Einfuhrzahlen für Vieh, Butter und Eier. Mit den gestiegenen Preisen sind Löhne und Gehälter noch nicht in Übereinstimmung gekommen, und das Schlimmste ist, daß wir noch nicht am Ende dieser Bewegung stehen. Wo die skrupellose Ausbeutung des Volkes sich bemerkbar macht, muß rücksichtslos dagegen vorgegangen werden. (Sehr richtig!) Die Organisationen der Genossenschaften muß ihre Konkurrenz übermäßige Preistreibereien im freien Handel verbinden und die unmittelbare Verbindung zwischen Produzenten und Verbrauchern, insbesondere seitens der Landwirtschaft, immer enger gestalten. (Lebhafter Beifall links.)

Abg. **Gerauer** (Bayer. Bp.): Die Landwirtschaft hat kein Interesse an der Notlage des Volkes. Es ist daher ungerecht, die Landwirtschaft immer als Sündenbock hinzustellen.

Reichsernährungsminister **Hermes**: Der Wunsch auf Freigabe des Zuckers ist inzwischen erfüllt worden. Bis zum Ende dieses Jahres ist ein Drittel der Zuckerproduktion freigegeben worden. (Sehr links: Wir sehen noch keinen Zucker!) Er wird schon in den Handel kommen. Dem Waggonmangel haben wir entgegengewirkt. Durch Verträge sind 1½ Millionen Zentner Kartoffeln sichergestellt worden, die Aktion geht weiter. Der Kartoffelfrage widmet das Ministerium ernste Aufmerksamkeit. Die Brikettfrage liegt zur Zeit schwierig. Trotz der Katastrophe von Orpauk können wir auf eine Lieferung von 250—200 000 Tonnen in diesem Jahre rechnen. Ebenso wie im abgelaufenen Jahre wird die Bevölkerung im laufenden Jahre Mehl und Brot beliefert, sie erhält 200 Gramm pro Tag und Kopf. Darüber hinaus kann sie sich im freien Verkehr Mehl und Brot in unbeschränktem Maße beschaffen. (Unruhe links.) Schwierigkeiten sind mir bisher nicht bekannt geworden. Der unabhängige Antrag beabsichtigt wohl auch nur, der Bevölkerung eine größere Menge zu billigem Preise zur Verfügung zu stellen. Demgegenüber muß ich darauf hinweisen, daß schon zur Deckung der bisherigen verringerten Ration 4½ Millionen Tonnen gebraucht werden; davon müssen wir selbst 2½ Millionen, der Rest muß eingeführt werden. (Hört! hört! rechts.) Der durch den Antrag der Frau Agnes vorgesehene Mehrbedarf von 60 Gramm würde bis zum Ende des Haushaltjahres einen Mehrbedarf von 587 500 Tonnen bis zum Ende des Wirtschaftsjahres, 1. August 1922, etwas über eine Million Tonnen erfordern. Die Kosten der Mehreinfuhr von rund einer Million Tonnen Getreide aus dem Auslande würden etwa 12,8 bis 13 Milliarden Mark betragen. Die Devisen für diesen Betrag müssen nicht aufgebracht werden. Die Erhöhung der Getreideumlage erscheint undurchführbar. Mit den 2½ Millionen Tonnen die äußerste Grenze der durch die Umlage aufzubringenden Menge erreicht. Eine weitere Zwangsablieferung sollte nicht erfolgen. Das Gesetz über die Getreideumlage hat sich bewährt.

Abg. **Remmele** (Komm.): Die zweitägige Teuerungsdebatte zeigt die völlige Katastrophe unsrer Ernährungspolitik vor Augen. Von links wurde die Wiedereinführung der Zwangswirtschaft als Heilmittel angepriesen, von rechts die Einführung der freien Wirtschaft. Weder Zwangswirtschaft noch freie Wirtschaft werden den Bankrott aufhalten. Das einzige Rettungsmittel ist die Überführung sämtlicher Produktionsmittel in das Eigentum des Volkes.

Abg. **Reich** (Komm.): Eine Hebung der Produktion würde nur eine Steigerung der Verschiebungen nach dem Ausland zur Folge haben.

Abg. **Bachmeier** (Bayer. Bauernb.): In die freie Wirtschaft darf man nicht wieder mit Zwangsmaßnahmen eingreifen. Die Landwirte trügen nicht die Schuld an den hohen Preisen. Die Landwirtschaft habe sich verteuert. Trotzdem sehe er mit Vertrauen in die Zukunft, wenn es gelinge, dem Geiste der Gemeinschaftlichkeit zum Durchbruch zu verhelfen.

Abg. **Krüger** (Dnat.): Die Zwangswirtschaft habe Fiasko gemacht. Nur das Diktat der Entente trage die Schuld an den gegenwärtigen Zuständen. Die Kartoffelschiebungen über die Westgrenze seien durch zwei Händler des besetzten Gebietes vorgenommen worden, gegen das dagegen eingeschritten werden könnte. Die Geldentwertung sei die Hauptursache der Preissteigerung, unter der die Landwirte besonders schwer litten. Die Arbeiter seien vor dem Kriege mit ihrem geringen Einkommen weiter gekommen als jetzt. (Stürmische Heiterkeit links.)

Abg. Frau **Schuch** (Soz.): Die Uneigennützigkeit der Landwirtschaft sei sehr fraglich. Die Geldscheine und Noten verschwänden, weil die Landwirte sie einhamsterten, so daß stets Neudrucke erfolgen müßten. Die Landwirtschaft trage die Hauptschuld an der Preissteigerung. (Zustimmung links.) Die Landwirtschaft habe auch den Versuch damit gemacht, am Achtstundentag zu rütteln. Rednerin gibt eine Schilderung der Entbehrungen, die die Gegenwart den Arbeitern auferlege und fordert Beteiligung der Arbeiter an den Geschäftsführung, für die Regelung des Verkehrs mit Getreide.

Damit schließt die Besprechung der Interpellation. Ein Mißtrauensantrag des Abg. Barth (Komm.) gegen den Minister Hermes wird gegen die Stimmen der Kommunisten und Unabhängigen abgelehnt. Die Anträge zu den Interpellationen werden den Ausschüssen überwiesen.

Nächste Sitzung morgen, nachm. 1 Uhr. Interpellationen und Ausschußberichte. Schluß gegen 8 Uhr.

Deutschland und seine neuen Nachbarn

Prag, 17. November. Ministerpräsident Dr. Benesch hielt gestern nachmittag im Abgeordnetenhause eine große Rede, in der er sich auch mit dem Verhältnis der Tschecho-Slowakei zu Deutschland beschäftigte. Er betonte, die Tschecho-Slowakei wolle mit Deutschland ein ständiges, vernünftiges und freundschaftliches Verhältnis haben, das natürlich durch die engen Beziehungen der Tschecho-Slowakei zum Westen und zum Osten bedingt werde. Deutschland könne aus seiner jetzigen schwierigen Lage nur herauskommen, wenn es zu einer schnellen Einigung Westeuropa und namentlich mit Frankreich gelange. Darauf wolle die tschechische Regierung auch in ihrem eigenen Interesse hin. Auch in der oberschlesischen Frage hat die Regierung keinen Grund, gegen Deutschland Stellung zu nehmen. Es sei aber dafür, daß Friedensverträge auch gehalten würden. Es Welt zu erzählen, die Tschecho-Slowakei wolle territoriale Eroberungen machen, sei lächerlich und kindisch. Sie betreibe lediglich eine Politik des europäischen Friedens.

Der polnische Ministerpräsident hat einem Mitarbeiter des Matin seine Ansichten über die künftigen Beziehungen zwischen Deutschland und Polen mitgeteilt. Ponikowski erklärte: Ich weiß, daß die Polenherzen immer für Frankreich schlagen werden, aber wir müssen leben, und der niedrige Marksturz ist ein kräftiges Propagandamittel. In Polen sind zahlreiche Geschäfte entstanden, die unzertrennbare Beziehungen zum Deutschen Reich unterhalten. Die starke Spannung, die zwischen Deutschland und Polen in der oberschlesischen Frage bestand, hat nunmehr ein Ende. Wir können jetzt mit Deutschland in einem ruhigen nachbarlichen Verhältnis leben. Die Wunden, die Deutschland Polen zugefügt hat, werden noch lange bluten, aber ich glaube nicht, daß dieser Umstand starken Einfluß auf die Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen hat; denn ganz Europa hat es dringend nötig, so rasch als möglich, zu den Zuständen der Vorkriegszeit zurückzugelangen. Polen war politisch stets durch seine Allianz mit Frankreich verbunden und wird, wenn es sich um Deutschland handelt, der französischen Politik gegen Deutschland sich anpassen müssen.

Westungarn in Budapest

Aus Budapest wird uns berichtet: Die irregulären Banden haben sich aus dem abtretenden Gebiet vollkommen ins Innere des Landes zurückgezogen. Auch die Säuberung der Ödenburger Abstimmungszone von landfremden Elementen macht Fortschritte, so daß Aussicht auf einen reibungslosen Verlauf der Volksabstimmung besteht. Die nach Budapest und andern Städten zurückströmenden Banden stellen aber eine Gefahr für die ungarische Regierung dar, da sie sich weigern, die Waffen abzugeben und in verschiedenen Teilen des Landes Ausschreitungen und Plünderungen vornehmen. Ihre Führung liegt in den Händen antikorlistischer Offiziere, die in der Nacht zum Sonntag auch den Versuch unternahmen, sich der noch in Haft befindlichen korlistischen Führer zu bemächtigen. Die Straßen Budapests durchziehen verstärkte Patrouillen, um die Ruhe und Ordnung aufrecht zu erhalten.

Der zurückgetretene Ministerpräsident Beblen bemüht sich, ein neues Kabinett, bestehend aus einer Koalition von Kleinen Landwirten und Christlich-nationalen zustande zu bringen. Einem solchen Ministerium dürfte von vornherein keine lange Lebensdauer beschieden sein, da der Kampf um die Thronfrage immer schärfere Formen annimmt und der Gegensatz zwischen den nach wie vor legitimistisch gesinnten Christlichnationalen, die ihre Hoffnungen keineswegs aufgegeben haben, einerseits und den Kleinen Landwirten andrerseits immer deutlicher zutage tritt. Die Legitimisten können den neuesten Gesetzentwurf, der eine Propaganda für irgendeinen Königskandidaten verbietet, als Erfolg für sich buchen, da hierdurch die freien Königswähler in ihrer Agitation lahmgelegt werden und letzten Endes nur ein Kandidat auf den Thron kommen kann, der den einflußreichen aristokratischen Kreisen genehm ist. In den Kreisen der Kleinen Landwirte wird andrerseits die Position des linken republikanischen Flügels von Tag zu Tag stärker.

Löbe über die politische Lage

Breslau, 17. November. Auf dem Bezirksparteitag der Sozialdemokratischen Partei Mittelschlesiens hielt gestern der Reichstagspräsident, Genosse Löbe, das Referat über die politische Lage. Löbe führte u. a. aus:

Die parteipolitische Entwicklung in der letzten Zeit zeigt eine gleichzeitige Stärkung der Sozialdemokratischen Partei innerhalb der arbeitenden Klassen und der Deutschnationalen innerhalb des Bürgertums. Bei der letzten Regierungskrise sei eine Kabinettsbildung mit Einschluß der Unabhängigen nur an der Voreingenommenheit unsrer bürgerlichen Koalitionsgenossen gescheitert. Die Kommunisten rückten mit ihren Proklamationen allmählich immer mehr in die Gefolgschaft der alten Sozialdemokratie und propagieren jetzt bereits als Hauptforderung die von unserm Genossen Schmidt vorgeschlagene Erfassung der Goldwerte. Die Stärkung der nationalistischen Tendenzen sei eine Folge der feindseligen Entscheidungen gegen Deutschland, wie das Genfer Diktat und Maßnahmen, wie die des Generals Nolle gegen die Deutschen Werke, die den Chauvinismus bis weit in die Kreise der Arbeiterschaft hineintrügen.

Unsre Finanznot würde nur durch eine internationale Währungsregelung und Abänderung unsrer Verpflichtungen ein Ende finden. Schon die jetzige Reise der Reparationskommission würde entweder mit einem Zahlungsaufschub Deutschlands enden oder aber mit der Einführung der Finanzkontrolle, die uns in die Rolle der Türkei oder Ägyptens herabdrücken würde. Dann würden alle diejenigen Maßnahmen durchgeführt werden, die wir aus freiem Willen nicht getroffen haben, nur würden sie, jedes sozialen Charakters entkleidet, allein die kapitalistischen Gesichtspunkte der ausländischen Gläubiger zur Geltung bringen. Auch Zugriffe auf das Privateigentum und Sicherheitsleistungen an öffentlichem und privatem Eigentum würden kaum abzuwenden sein. Wegen diese Drohungen stellen die jetzt vorliegenden

Steuervorschläge ein so unzureichendes Hilfsmittel

dar, daß die Sozialdemokratie sie ablehnen muß, wenn nicht gleichzeitig der Zugriff auf die Gold- und Sachwerte erfolge. Die bisherige Belastung des deutschen Volkes durch die Kriegslasten falle infolge der niedrigen Valuta in erster Linie auf der Arbeiterklasse, während der Reiche sich ihm zu entziehen vermöchte. Da die Steuerrede des Volksparteiführers Dr. Becker gegen die Erfassung der Sachwerte nicht anders gelautet hätte als Erklärungen Stresemanns in den Verhandlungen zwischen den Parteiführern, sei jedes Zusammengehen mit der Volkspartei im Reiche unmöglich. Die Privatisierung der Eisenbahn sei die schärfste Herausforderung, vor allem, weil die Ausgaben für Personalzwecke bei der Eisenbahn seit der Vorkriegszeit nur um etwa das Elffache stiegen, während die Ausgaben für Material um das Sechzehnfache erhöht wurden; also nicht die Gehälter und Löhne, sondern

der Wucher der Stahlwerke und Kohlengruben

verteuere die Eisenbahnwirtschaft. Ihm müsse durch Sozialisierung der Schwerindustrie endlich ein Ende gemacht werden. Im andern Falle sei unser Platz fortan auf den Bänken der Opposition. Mögen dann die nationalistischen Elemente einmal vier Wochen lang die Probe aufs Exempel ihrer Koalitionspolitik machen.

Zusammenfassend verlangte Löbe Stundung und Minderung der Verpflichtungen von Versailles, London und Genf, Umwandlung der Zahlungsverpflichtungen möglichst in Sachleistungen, was durch Dr. Rathenaus Ausscheiden leider sehr erschwert würde, Änderung der Drahtpolitik des Auslandes, wie sie sich im Vorgehen gegen die Deutschen Werke und dem Einspruch gegen den Anschluß Deutschösterreichs noch zeige, Monopolisierung der Rohstoffindustrien durch den Staat und Erfassung der Sach- und Goldwerte.

Nur wer uns in diesen Forderungen zustimmt, kann ein Wegbereiter der deutschen Sozialdemokratie in den nächsten Kämpfen sein.

Deutsches Reich

Vertrauensvotum für die preußische Regierung

In der Sitzung des preußischen Landtags vom 17. November wurde der Antrag der Regierungsparteien, der Regierung das Vertrauen auszusprechen, mit 198 gegen 90 Stimmen angenommen. Abgegeben wurden 297 Stimmen.

Erhöhung der Geldstrafen

Dem Reichstage ist ein Gesetzentwurf zur Ergänzung des Amnestiegesetzes und zur Einschränkung der kurzen Freiheitsstrafen zugegangen. Hiernach wird der Höchstbetrag einer Geldstrafe, die in den reichs- und landesrechtlichen Strafvorschriften bei Verbrechen, Vergehen oder Übertretungen bestimmt wird, auf das Zehnfache, bei Verbrechen oder Vergehen aber mindestens auf 100 000 M. erhöht. Ferner ist dem Reichstage ein Gesetzentwurf über Postpostverträge und den strafrechtlichen Schutz von Freistempelabdrücken zugegangen.

Verbot der Berliner kommunistischen Studentengruppe

Der Berliner kommunistischen Studentengruppe ist ein Schreiben des Universitätsdirektorats zugegangen, wonach die an der Universität bestehenden Studentengruppen der K.P.D., weil ihr Bestehen die akademische Disziplin gefährde, auf die Dauer eines Jahres verboten wird.

*

Aus welchen Gründen der Rektor der Berliner Universität in dem Bestehen der kommunistischen Studentengruppe eine Gefährdung der Disziplin sieht, ist aus der vorliegenden Meldung nicht zu ersehen.

Wir möchten nur wünschen, daß die Universitätsbehörden sich darum kümmerten, ob nicht auch durch die rechtsradikalen Studenten die Universitätsdisziplin gefährdet wird.

Wiederholt ist in letzter Zeit von nationalistischen Studenten die schwarzweißrotgemalte Reichsfahne gewaltsam niedergeholt und damit die Hochschuldisziplin aufs schwerste verletzt worden. Es ist die Pflicht der Hochschulbehörden, gegen Disziplinverletzungen von rechts mit derselben Energie vorzugehen, wie gegen Vergehen von links.

Leutnant Boldt entflohen

Eigene Drahtmeldung

Hamburg, 18. November. Der ehemalige Marineleutnant Boldt, der als Kriegsbeschuldigter vom Reichsgericht in Leipzig wegen Beihilfe zum Totschlag zu vier Jahren Gefängnis verurteilt wurde, ist gestern aus dem Gefängnis, wo er eine Vertrauensstelle innehatte, entwichen.

Wahl eines bürgerlichen Stadtverordnetenvorstehers

Berlin, 18. November. In der heutigen zweiten Sitzung der neugewählten Stadtverordnetenversammlung wurde die Wahl des Stadtverordnetenvorstandes vorgenommen. Der Vertreter der bürgerlichen Kammer, Gerichtsrat Dr. Caspari (D. V.) wurde mit etwa 40 Stimmen Majorität gegen den Kandidaten der Linken gewählt.

Bayerische Rechtszustände

München, 17. November. In der heutigen Landtagsdebatte über den Haushaltplan führte die Besprechung der Rechtszustände in Bayern, vor allem die Behandlung der Festungsgefangenen, zu einer erregten Szene. Der kommunistische Redner teilte mit, daß der Vorstand einer Festungsanstalt zu einem internierten Abgeordneten gesagt habe: „Mit Ihnen werden wir genau so fertig, wie wir mit Gareis fertig geworden sind.“ Hier erhebt sich der Ministerpräsident und ruft: „Unwahr! Vollständige Unwahrheit, das möchte ich jetzt feststellen!“ Der Abgeordnete Aufhäuser: „Es ist wahr, und es wird auf Eid genommen; wenn das Justizministerium Beamte hat, die für ihre Aeußerungen nicht einstehen, so frage ich, ob das Justizministerium Schritte unternommen hat, um gegen diesen Festungsvorstand wegen Mitwisserschaft oder Mittäterschaft an der Ermordung an Gareis einzuschreiten.“

Diese unhaltbaren Zustände in der bayerischen Rechtspflege werden noch ergänzt durch völlig unverständliche Urteile der bayerischen Volksgerichte über politische Vergehen von kommunistischer Seite. So wurde heute ein Urteil gefällt, das alle bis jetzt ausgesprochenen überzeugt. Es wurde ein Ohmann der Kommunistischen Partei wegen Jahr drei Monaten Festung verurteilt, und zwar deswegen, weil er verbotsweise Aufrufe für Beförderung an Vertrauensmänner der Partei, ohne den Inhalt zu kennen, an andre Parteigenossen, die ebenfalls von nichts wußten, übergeben hat. Deswegen wurde er wegen Beihilfe zum Hochverrat vor das Volksgericht gestellt, und das Gericht fand den Mut, diese blödsinnige Strafe auszusprechen.

Radek in Berlin

Berlin, 18. November. Der Vorwärts verzeichnet das Gerücht, daß Radek in Berlin weile, um die K.A.D. mit der Kommunistischen Arbeitsgemeinschaft wieder zu vereinigen. Nach Moskauer Anordnungen soll aber Paul Levi ausgeschlossen bleiben.

Neue Schikanen?

Wie die Kreuzzeitung erfährt, hat die Interalliierte Kontrollkommission gelegentlich eines Besuches bei der Firma Benz & Co. in Mannheim den Bau schnellaufender Handels-Dieselmaschinen verboten.

Ausland

Vereinigte Staaten

Untaugliche Mittel

Newyork, 17. November. Wie Associated Preß mitteilt, wird von maßgebenden Bankiers bestritten, daß Bestrebungen im Gange seien, um wegen der Entwertung der Mark deutsche Effekten vom Börsenverkehr auszuschließen. Die Meldungen von einer großen deutschen Anleihe werden als verfrüht bezeichnet.

Indien

Unruhen beim Einzug des Prinzen von Wales

London, 17. November. (Reuter.) Beim Einzug des Prinzen von Wales in Bombay kam es zu ernsten Unruhen im Eingeborenenviertel, die auf die Agitation englandfeindlicher Elemente zurückzuführen ist. Eine Anzahl Personen wurde getötet oder verwundet.

Devisenkurse

Berlin, 17. November. (Amtlich.)

		17. 11. Geld	17. 11. Brief	14. 11. Geld	14. 11. Brief
Holland	100 Gulden	9090,90	9109,10	8941,05	8958,95
Dänemark	100 Kronen	4820,15	4829,85	4685,20	4714,80
Schweden	100 Kronen	6078,95	6096,05	5919,05	5960,95
Norwegen	100 Kronen	3771,20	3778,80	3806,15	3813,85
Helsingfors	100 fin. Mark	486,50	487,50	484,50	485,50
Schweiz	100 Frank	4910,05	4919,95	4870,10	4879,90
Wien (deutschösterr. abgest.)	100 Kronen	8,78	8,82	9,13	9,17
Prag	100 Kronen	269,70	270,30	267,70	268,30
Budapest	100 Kronen	28,47	28,53	24,87	24,93
Spanien	100 Peseten	3521,45	3528,55	3471,50	3478,50
Brüssel-Antwerpen	100 Frank	1809,15	1811,85	1773,20	1776,80
Italien	100 Lire	1083,00	1085,10	1058,90	1061,10
London	1 Pfd. Sterl.	1037,95	1040,05	1008,95	1011,05
Newyork	1 Dollar	250,71	250,29	256,79	257,28
Paris	100 Frank	1868,10	1871,90	1848,15	1851,85
Buenos Aires	1 Peso	85,10	85,60	83,85	84,35

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19211118/3 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

SPD. 4 Unterbezirk

Bezirk Kötzschenbroda. Sonntag, früh 9 Uhr: Zimmerplatzkonzert, Kaffeetrinken, Kinderbelustigungen, Kindertanz im Hotel „Adler", Moritzburg, im Hotel Zeschau, im Hotel Stadt Meißen, im Hotel Sächsischer Hof, im Hotel Stadt Dresden usw. Die Genossinnen und Genossen werden gebeten, recht zahlreich zu erscheinen.

it. große

Geflügel-Ausstellung

Sonnabend den 19., Sonntag den 20. und Montag den 21. November 1921 im Baumgartenschen Gasthof

Stetzsch

Der Geflügelzüchter-Verein Elbtal.

Straßenbahn 19, Haltestelle Florastraße.

Mockritz-Leubnitz.

Sonntag den 20. Nov., in der Schulturnhalle Dresden-Leubnitz-Neuostra

2 Lichtbilder-Vorträge

Deutsche Märchen. Deutsche Heimat. Aus dem Leben unserer Vorfahren, der Germanen. Mit Gesängen. Herr Oberlehrer Lange. Gemischter Chor Mockritz 1921. Eintritt 1 Mk. Jedermann ist herzlich eingeladen. Verein für Turnen, Sport und Spiel.

Radeberg

Am 19. und 20. November im Hotel Kaiserhof

Große Kaninchen-Ausstellung

mit prämiierten Preisziegen.

800 Tiere. 11 Spezialkäfige.

Der Kaninchenzüchter-Verein Radeberg u. Umgegend.

Für die zahlreichen Beweise herzlicher Teilnahme beim Heimgange unserer lieben, unvergeßlichen

Hilde

sagen wir allen, lieben Herzen Pfarrer, Dank für den tröstenden Trost!

In tiefem Schmerz: Familie Bieß

Tücht. Rockschneider

bei höchster Bezahlung für leichte Maßarbeit und dauernde Arbeit auf ein Herren-Werkstück machen sofort angeboten:

Erich Imbach & Co., G.m.b.H.

Dresden, Hüttenstraße 18, I. Aufgang

Für bekannten Betrieb:

1 perfekt. Werkzeugfräser
1 perfekt. Fräser für Universal-Fräsmaschinen
1 perfekter Rundschleifer

gesucht

Sächsisches Werk Radeberg.

Ein tüchtiger Holzbildhauer und 20 Stuhlbauer

für dauernde Arbeit gesucht

Sächsische Holzindustrie vorm. A.-G. Radeberg bei Dresden

Tüchtige, ältere

Werkzeugschlosser

für Lehrenbau sofort gesucht.

Aktiengesellschaft vorm. Seidel & Naumann Dresden, Hamburger Str. 19.

Tüchtige Schleifer

für Weihnachtsfeiertage sofort gesucht. R. Fritzsche Nachf., Chemnitzer Str. 28.

Für bekannten Betrieb:

Ältere tüchtige Modellschlosser

gesucht

Sächsisches Werk Radeberg.

Akzidenzsetzer

m. mod. Material sofort gesucht. Angebote mit Lebenslauf, Zeugnis, Gehaltsanspruch und Eintrittstermin an Buchdruckerei Thomal, Dresden-A. 1.

Maler!

Wer macht Effektmalerei? Angebote von in dieser Technik geübten Kräften unter D. F. 660 an Rudolf Mosse, Dresden.

Tischler

für gute Möbel bei dauerndem Verdienst gesucht. Friedrich Mehlermann & Co., Dresden, Tischlerei für Kunstwerke-Lexikon.

Schneidern Sie?

Sämtliche Zutaten: Filet-Spitzen und Tüll, Knöpfe u. Tressen, Futterstoffe

Carstensen

Pillnitzer Straße 6

Ausschneiden! – Nur einmal!

In den nächsten Tagen kostet der Kursus um die Hälfte ermäßigte

Redner-Kursus!

Freie Aussprache, Formenlehre, Gesellschaftslehre, fremde Sprachen — Prospekte frei

Meisehaupt-Institut, Albrechtstr. 30.

Zur Aufklärung!

Um unsrer Kundschaft von Dresden und Umgebung unsre Bestände in Leinen, Baumwoll- und Wollwaren, Kleiderstoffen, Wäsche usw. möglichst zu erhalten, geben wir mässige Quantitäten nur auf Einwohnermeldeschein oder sonstigen behördlichen Ausweis ab

Ludwig Bach & Co.

Wettinerstraße 3 Oschatzer Str. 16

Musenhalle.

Königsbrücker Str. 17. Straßenbahnen 7, 11, 26. Täglich 8 Uhr: Hüttens Rhein. Burlesken

Dienstag, 18. Nov., u. Sonnabend, 19. Nov.: Der Hecht im Karpfenteich. Singspiel

Sonnabend, 19. Nov., Sonntag, 20. Nov., 3 Uhr: Das allbekannte Rotkäppchen.

Sonntag, 20. Nov., abends 7½ Uhr: Am Brunnen vor dem Tore. Am 21. November: Die Winzerliesel. Musikantenoperette in 3 Akten.

Der Vorverkauf ist beendet. Man höre sich telephonisch Tabak. Sonntag und Montag: Große Knallschau. Erstklass. Weinstube. Ohne Aufgeld.

KLEINKUNST-BÜHNE BELVEDERE

UNTERER AAL

Hermann Lautenschläger — Fritz Reiss — Klein Zoo. Rose Gebre — Anni Kiesmann

WALTER STEINER

Fred Hore — Lore Schell

Täglich 4–7 Uhr: Heinz-Silber-Kunstkaffeekonzerte

Zu der Montag den 14. November, abends 8.11 Uhr stattfindenden

Frunksitzung derer vom Rhein

sind Karten gegen Einzeichnung im Bureau des Vereines zu haben.

Königshof-Theater Anfang 8 Uhr

Max Neumann und Gesellschaft

Trotzdem man sich nur wundern

von Max Neumann

Zeiten größter Heiterkeit!

Das Theater ist garantiert aufgeheizt.

Palast-Konditorei Café Schröder

Posiplatz DRESDEN-A. Posiplatz

Täglich vor und nach dem Theater

Grosses erstkl. Künstler-Konzert

Jeden Sonn- u. Feiertag v. 11–12½ Uhr

Früh-Konzert.

Täglich von 10 Uhr an

Hausgemachte Hühnerfleischbrühe mit Pasteten.

Kalte Küche bis 11 Uhr nachts.

Reichhaltiges Konditorei-Buffett und Einspeisen.

Tymians Thalia-Theater

Das Neueste, nackt! Tiroler Tingeltangel. Die Attraktion ersten Ranges! Die Attraktion ersten Ranges!

Konzertlieder

Tel. 5130. Anfang 7½ Uhr. Tel. 51380. Vorverk. im T. T. T. 10–2 u. ab 6 Uhr.

Neue Bewirtung! Neue Bewirtung!

Jagdschänke, Jagdweg Nr. 1.

Sonnabend den 19. November

Schlacht- und Bockbierfest.

Von abends 6 Uhr an Artikonzert.

Es laden ergebenst ein Max Mühlbach u. Frau, früher Weißer Str. 72. Wer kennt uns noch?

Fremdenhof Dresden-1.

Fernruf 20070

z. d. Drei Raben

Marienstraße 18/20

Drahtwort: Drei Raben.

Altberühmtes, vornehmes Haus

Schöne Fremdenzimmer

Bier- und Wein-Abteilung

Vorzügl. Küche. Preiswerte Weine

Säle u. Zimmer für Gesellschaften

Nach Theater- u. Konzertbesuch bestens empfohlen

Karl Radisch sen. und Rud. Radisch

Teilzahlung

sowie mit Barzahlungsrabatt

Rückgabeprivilegium bei Nichtgefallen. Sämtliche Cameras, Photographie-Artikel, Optik

Walter H. Garth, Postfach 180, Berlin S. 42.

Geschäftsbücher

jeder Art vorrätig

Sonderanfertigung in Kürze gut und preiswert

M. & R. Zocher, Annastr. 9

Fabrik: Gr. Plauensche Str. 21

Laubsägeholz Werkzeuge

Sommer & Scupke

Dresden, 6, 168

Kammer-Lichtspiele

Heute

und folgende Tage

boxt

in den Kammer-Lichtspielen

Dempsey – Carpentier

Gewaschen mit

Dixin

Henkel's Seifenpulver

Hersteller: Henkel & Co. Düsseldorf

Das lebendige praktische

Weihnachtsgeschenk

für Kinder, junge Mädchen und Frauen und Bewerb

Handarbeitsbücher

Weihnachtsbücher, jeder Band, jeder Band, jeder Band

Buchhandlung bei Beyer-Gärtner, Seestraße (Theaterhaus)

Palast-PT-Theater

Alaunstraße 28

Freitag bis Montag: Carl de Vogt

Die Schreckensnacht in der Mengerstraße

Paul Heidemann

Wenn einer eine Reise tut. Lustspiel in 3 Akten.

Denkmalsenthüllung und Festzug des Kyffhäuserbundes am 31. Oktober in Leipzig.

H. Apels Marionettentheater

Freiberg, Gellerts Laden

Schneider Fibbels Leben, Tod und Auferstehung. Lustspiel in 5 Akten.

Sonntag nachmittag 3 und 4 Uhr: Herr Familie Zimmermann.

Der gestiefelte Kater. Ein Marionetten-Varieté.

Das Theater ist gut geheizt.

Riesige Vorräte

in **Damen-Bekleidung**

Blusen	Röcke	Kleider	Kostüme	Mäntel
in Flanell, Wolle, Seide, Batist	aus guten Stoffen, elegante Machart	in Cheviot, Popelin, Mousselin	aus schweren Winterstoffen, Cheviot- und Gabardine-Tuch-Kostüme	in Flausch, Wolle und dunkle Farben, in fleißiger Auswahl
M 185, 95, 75, 55, 45, **21.50**	M 185, 95, 75, 55, 45, **29.50**	M 450, 325, 195, **150.00**	M 510, 650, 495, 195, **150.00**	M 650, 450, 350, 295, 225, 175, **125.00**

Ferner billige Kinder-Mäntel in dunkelbraun, dunkelblau, Kettbraun zu noch sehr billigen Preisen.

Nur 1. Etage Kein Laden * **17 Scheffelstrasse 17** * Nur 1. Etage Kein Laden

Von 1–3 Uhr geschlossen.

Birnberg & Co.

Das Mißtrauensvotum der Bürgerlichen

Sächsischer Landtag

76. Sitzung

Donnerstag, 17. November 1921.

Die Sitzung wird nach 1¼ Uhr vom Vizepräsidenten Fischer eröffnet.

Auf der Tagesordnung steht zunächst der Antrag der bürgerlichen Fraktionen auf Verbeischaltung eines Beschlusses.

Die Minister Lipinski, Fleißner und Jäckel haben nicht das Vertrauen der sächsischen Volksvertretung.

Abg. **Beutler** (Dnat. Vp.) begründet den Antrag. Die jetzige Regierung existiere nun etwa ein Jahr und habe deshalb hinreichend Zeit gehabt, sich das Vertrauen des Landtages zu erwerben. Etwas komme, daß heute wenige Kunst und Gewandtheit dazu gehörten, die Regierenden zufriedenzustellen. Aber selbst dieses geringste Maß von Staatsklugheit haben die heutigen Minister nicht aufbringen können. (Zuruf: Hoffentlich werden Sie nicht einmal Minister!) Die Minister, die wir entfernen wollen, haben nicht einmal den guten Willen gehabt, über die Gedankengänge ihrer Partei auch die Interessen der Gesamtbevölkerung zu wahren oder wenigstens die Gefühle der Gesamtbevölkerung zu schonen. Sie haben die Gefühle der Andersgesinnten häufig verletzt. Die Kommunisten stützen die Regierung, nicht weil sie Vertrauen zur Regierung haben oder deren Maßnahmen für richtig halten, sondern, weil sie unter dem Schutze dieser Regierung ihre auf den Sturz der Verfassungsstaates hingelenkten Bestrebungen unbehindert ausführen können. Die Regierung wird nicht gehalten von das geeinte Proletariat — ein solches gibt es nicht —, sondern bloß auf der Warme, daß die Bürgerlichen nicht in die Regierung hinein sollen. Eine Regierung, die sich nur auf eine Mehrheit von zwei Stimmen stützen kann, kann nicht auf die Dauer regieren. Die Mehrheitssozialdemokraten sind unter die Unbesonnenheiten der äußersten Linken gerannt. Die Besetzung der wichtigsten Ministerien durch die Unabhängigen bedeutet die denkbar schärfste Kampfansage an das gesamte Bürgertum. (Sehr richtig! links.) Die Stadtverordnetenwahlen beweisen, daß Sie (nach links), nicht mehr die Mehrheit hinter sich haben (Zuruf links: Wo denn?), und wenn die Wähler sich heute noch nicht ganz so ausgefallen sind, wie wir es wünschen, so wird noch zu untersuchen sein, inwieweit der Terror dabei eine Rolle gespielt hat. (Lachen links.) Es wird die Zeit nahen, wo Sie die Angst, mit uns zusammen zu regieren (Lachen links) ablegen und sich mit uns an den Regierungstisch setzen werden. Ob wir Sie dann noch brauchen werden, ist aber eine andere Frage. (Große Heiterkeit.) So lange Sie in ihrer ablehnenden Haltung beharren, kann es zu keiner Ruhe und zu keinem Frieden im Lande und zu keiner fruchtbaren Arbeit in diesem Hause kommen. (Sehr wahr! rechts.) Deshalb verlangen wir das Ausscheiden der U.-S.-P.-Minister und deren Ersetzung durch andere Kräfte, die größere Wählermassen hinter sich haben. Der Minister Lipinski habe durch seine Enthüllungen am 2. November über die interrevolutionären Organisationen die Interessen des Staates und des Reiches verletzt. (Lachen links.)

Minister des Innern **Lipinski** erklärt, auf das Mißtrauensvotum nicht eingehen zu wollen, da er sich aus diesem parlamentarischen Protest nichts mache. Er wolle sich nur gegen den Vorwurf wenden, daß seine Maßnahmen die Staats- und Rechtsinteressen geschädigt hätten. In längeren Ausführungen führt dann der Minister noch, daß alle seine Maßnahmen gegen die Selbstschutzorganisationen die Billigung der Reichsregierung gefunden haben. Mit dem Mißtrauensvotum decken die Antragsteller die Verbrechen, die von den Selbstschutzorganisationen ausgegangen und verübt worden sind, sie decken sie deshalb, weil die Verbrecher mit der Deutschnationalen Volkspartei in enger Fühlungnahme stehen.

Abg. Dr. **Kiesthammer** (D. Vp.): Wir haben schon am 2. November erklärt, daß wir eine Regierung, die sich auf die Sozialdemokraten stützt, nicht für tragfähig halten, weil sie im Widerspruch stehe zu der Hälfte der Bevölkerung, die nicht in der Regierung vertreten ist. Das unabhängige Sozialdemokratie ist der bestimmende Faktor in der Regierung. Die heutigen Ausführungen des Ministers haben nur den Eindruck verstärkt, daß er in überflüssiger und schädlicher Weise Dinge der Oeffentlichkeit unterbreitet, die er als Minister geheim halten mußte. (Lipinski ruft: Ich hätte ja die Verbrecher schonen sollen?) Für den Ministerpräsidenten ist es heute der Augenblick gekommen, wo er sich die Frage vorlegen sollte, ob er länger Ministerpräsident einer Regierung bleiben soll, die derartig zusammengesetzt ist und in der Männer wie Lipinski und Fleißner sitzen. (Beifall rechts.)

Abg. **Wirth** (Soz.) verliest folgende

Erklärung der S.-P.-D. und der U.-S.-P.-Fraktion:

Die sozialdemokratische und die unabhängige Landtagsfraktion erblicken in dem Antrag der bürgerlichen Parteien nicht nur ein Mißtrauensvotum gegen die Minister der unabhängigen Sozialdemokratie, sondern einen Vorstoß gegen das Gesamtministerium und gleichzeitig einen Versuch, eine andre Regierungskoalition zu erzwingen. Die beiden Fraktionen haben keine Veranlassung, die Minister der Unabhängigen Sozialdemokratie und damit dem Gesamtministerium ihr Vertrauen zu entziehen. Sie lehnen deshalb den Antrag der Bürgerlichen ab.

Abg. Dr. **Seyfert** (Dem.): In der Vergewaltigung des Antragstexts liegt das Unrecht, das in der Zusammenkettung der Regierung zu erblicken ist.

Abg. **Siewert** (Komm.) gibt eine Erklärung ab, nach der seine Fraktion in dem beantragten Mißtrauensvotum den Versuch erblicke, auch in Sachsen eine Stinnes-Koalition herbeizuführen. Das Interesse der gesamten Arbeiterschaft erfordere es, daß der Angriff der Bürgerlichen pariert werde. Der Kampf der Arbeiterklasse gegen die reaktionäre und kapitalistische Bürgertum sollte von der sozialistischen Regierung noch viel gründlicher und energischer als bisher geführt werden. Das Mißtrauensvotum werde abgelehnt.

Abg. **Geßlein** (Zentr.): Die gegenwärtige Regierung und insbesondere die unabhängigen Minister sind nicht geeignet, die Reichsverfassung zu schützen.

Ministerpräsident **Buck** rechtfertigt das von ihm erlassene Redeverbot gegen den Admiral v. Brüninghaus, der am 6. September in Dresden in einer Versammlung der Deutschen Volkspartei sprechen wollte. In einer Zeit, wo der Verlust Oberschlesiens drohte, paßt es nicht, einen „Deutschen Tag" zu feiern.

Justizminister **Fleißner** weist eine Behauptung des Zentrumsredners als erfunden und erlogen zurück.

Abg. **Beutler** (Dnat. Vp.) sagt in seinem Schlußwort: Der Minister Lipinski habe an seinen Behauptungen vorbeigeredet. Die Haltung der Mehrheitssozialdemokraten habe ihn überrascht und in ihm den Eindruck erweckt, daß sie sich in der Haut, in der sie stecken, nicht wohl befinden. Die Unabhängigen stellen nur etwa 12½ Proz. der Wählerschaft dar und ihre Minister machen Politik gegen 50 Prozent der Bevölkerung.

Das Mißtrauensvotum wird mit 47 gegen 46 Stimmen abgelehnt.

So lebhaft uns erregt es bis dahin im Hause zugegangen war, so ruhig und friedlich gestaltete sich die Beratung des nächsten Punktes der Tagesordnung.

Abänderung des Gesetzes über das höhere Mädchenbildungswesen

Nach der Regierungsvorlage soll die unterste (7.) Klasse der höheren Mädchenschule mit Beginn des Schuljahres 1922 wegfallen.

Die Redner der einzelnen Fraktionen sprechen sich sämtlich zustimmend aus.

Abg. **Schurig** (Soz.) bemerkt, daß die Vorlage eine aus der sozialistischen Entwicklung sich ergebende Notwendigkeit sei. Die höhere Mädchenschule sei bisher eine Standesschule gewesen. Im Vogtlande sei jetzt verschiedentlich die Deutsche Aufbauschule zur Einführung gelangt. Dies sei nur zu begrüßen, weil dadurch der Eintritt in die höhere Mädchenschule bis zum 12. Lebensjahr hinausgeschoben wird.

Die Vorlage wird einstimmig angenommen.

Es folgt die Besprechung der Erklärungen der Abgeordneten Bünger (T. Vp.) und Börner (Dnat. Vp.) vom 8. November zu

Lipinskis Enthüllungen über das Orgesch-treiben in Sachsen

Abg. **Bünger** (T. Vp.): Das Vorgehen des Ministers war ein ungewöhnliches, denn es handelt sich dabei um Mitteilungen aus einem Strafprozeß, und enthielt einen Verstoß gegen das Preßgesetz, weil amtliche Schriftstücke aus einem Strafprozeß vor der Urteilsfällung nicht veröffentlicht werden dürfen. Auffallend war auch die Art der Veröffentlichung durch Massenverbreitung und der Zeitpunkt der Veröffentlichung, für den der Minister auch heute keinen stichhaltigen Grund angeführt habe. Vieles in der Erklärung des Ministers habe auch nicht gestimmt. In dem Artikel von Lipinski „Anbetung von Gewalt" wird auch behauptet, daß die „Brüder vom Stein" eine Fortsetzung der Orgesch seien. Das sei doch aber noch kein Grund, sie öffentlich an den Pranger zu stellen. Höchst bedauerlich sei es, daß der Minister seinerzeit den Selbstschutz für Oberschlesien als Banden bezeichnet habe. (Lipinski: Das ist eine Unwahrheit! Darauf heftiger Widerspruch auf den Bänken der Deutschen Volkspartei.)

Minister des Innern Lipinski [illegible] längeren Rede, in ein schwebendes Verfahren in unzulässiger Weise eingegriffen zu haben, und vermißt in den Darlegungen des Vorredners die Objektivität, deren sich ein richterlicher Beamter auch als Abgeordneter befleißigen sollte. Das Orgeschmaterial sei restlos auf die „Brüder vom Stein" übergegangen und ebenso sei das gesamte Adressenmaterial in der Kartothek der „Brüder vom Stein" gefunden worden. Ob die Orgesch vom Reiche oder von der Entente verboten worden sei, darauf komme es nicht an. Die Verordnung der Reichsregierung sei ergangen und die Regierung habe die Pflicht, diesem Gesetz Geltung zu verschaffen. Der Minister weist dann den inneren organisatorischen Zusammenhang der Organisationen Eichenkreuz und „Brüder vom Stein" mit dem Leipziger Bürgerausschuß nach und sagt, daß damit die Berichtigungen gegen seine Erklärungen zusammenfallen. Er habe nur seine Pflicht getan, wenn er die Oeffentlichkeit auf diese Dinge rechtzeitig aufmerksam gemacht habe. Die nach Oberschlesien gegangenen Freiwilligen habe er nicht an sich als Banden bezeichnet, sondern er habe nur gesagt, daß die betreffende Verordnung Bandenbildung verbiete. Die äußerste Rechte wolle nur nicht, daß in Sachsen verfassungswidrige Zustände herrschen.

Justizminister Dr. **Heinze**:

Herr Staatsanwalt Dr. Romus hat mir heute früh mitgeteilt, seine Berufsstellung nötigte ihn dazu, daß er das Ermittlungsmaterial in der Angelegenheit der Organisationen Herrn Minister Lipinski zur Verfügung gestellt habe und daß es mit der Berufspflicht eines Staatsanwalts nicht vereinbar sei, vor Abschluß eines Ermittlungsverfahrens das Material zu veröffentlichen.

Demgegenüber stelle ich fest:

1. Es zur Veröffentlichung des Materials durch Herrn Minister Lipinski hat Herr Staatsanwalt Dr. Romus mit Herrn Minister Lipinski überhaupt nicht über die Sache gesprochen.

2. Er hat Herrn Minister Lipinski auch nicht irgendwelches Material zur Verfügung gestellt.

3. Er ist sonach an der Veröffentlichung in keiner Weise beteiligt, sondern hat von der Veröffentlichung erst aus der Presse erfahren.

4. Er ist auch vom Herrn Minister Lipinski nicht mit der Durchführung der Ermittlung beauftragt, er hat vielmehr vielmehr ihm überhaupt keinen Auftrag. Er ist vielmehr am 10. September 1921 durch den Herrn Generalstaatsanwalt auf Anweisung des Justizministeriums mit der Sache betraut worden. Als dann die Ermittlungen in Leipzig größeren Umfang annahmen, ist ihm am 6. Oktober 1921 ein Leipziger Staatsanwalt beigeordnet worden, und zwar derjenige, dem generell die politischen Strafsachen unterstanden, von dem man also annehmen mußte, daß er unbedingt auf dem Boden der Verfassung stehe und sich restlos dafür einsetzen werde, die Republik und die Regierung zu stützen. Zu unserer großen Ueberraschung hat dieser Herr dann aber gebeten, ihn in der Angelegenheit nicht zu beschäftigen, er fühle sich „befangen, da er voraussichtlich im Laufe der Erörterungen mit Personen als Beschuldigte in Verührung kommen würde, mit denen er durch nähere persönliche Bekanntschaft oder Freundschaft verbunden sei". So hat er wörtlich der Herr Oberstaatsanwalt beim Landgerichte Leipzig in einem offiziellen Bericht vom 8. Oktober 1921 dem Ministerium mitgeteilt.

Infolgedessen mußte ein anderer Leipziger Beamter zur Unterstützung des Herrn Dr. Romus herbeigezogen werden.

Dann hält Abg. **Börner** (Dnat. Vp.) eine längere Rede, in der er sich besonders über die Handhabung des Vereins- und Versammlungsrechts durch den Minister Lipinski gegenüber den rechtsstehenden Kreisen beschwert. Der Minister habe als Parteiminister gehandelt und sich damit als ein Schädling des sächsischen Volkes erwiesen.

Abg. **Muller**, Leipzig (U. Soz.), bemerkt daraus, daß selbst ein bürgerliches Blatt, das Leipziger Tageblatt, zugegeben habe, daß die Enthüllungen des Ministers Lipinski nichts Sachliches entgegengesetzt werden könnte.

Abg. **Lohse** (Soz.):

Die Enthüllungen des Ministers sind von seiten des Hauses hauptsächlich vom juristischen Gesichtspunkte angegriffen worden. Diese Diktion ist vollständig richtig und vor allem in den Tatsachen nicht begründet. Es wird hier Theater gespielt. Die Herren Juristen im Landtage sind von den Tatsachen widerlegt worden. Die Angeschuldigten leugneten selbstverständlich fast immer, aber es ist bezeichnend, daß ein Jurist auf Grund einer solchen Ableugnung die Beschuldigten für unschuldig erklärt. An der Hand von Beispielen zeigt der Redner, daß ein System vorliegt, daß jeder Beamte, der sich in den Dienst des neuen Staates stellt, von einer gewissen Clique drüben in der Presse in den Schmutz gezogen wird. (Sehr richtig! links.) Sie (nach rechts) leugnen natürlich die Verwandtschaft mit den interrevolutionären Organisationen ab. Es ist selbstverständlich, daß Sie nicht Herrn Bruller an die Spitze von solchen Organisationen stellen. (Lachen rechts.) Von Ihrer Schlauheit habe ich eine hohe Meinung, nicht aber von Ihrer Ehrlichkeit. Jedenfalls war es Pflicht des Ministers, gegen Dinge einzuschreiten, die sich gegen den Staat richten und nicht Schmiere zu stehen bei Hochverräten und Gutschisten. (Bravo! links.)

Abg. Dr. **Seyfert** (Dem.) verurteilt die Geheimniskrämerei, meint aber, daß das, was der Minister getan habe, die Verbitterung auf beiden Seiten außerordentlich gesteigert habe. Welche peinliche Situation der Minister mit seinen Enthüllungen geschaffen habe, beweise, daß über die beteiligten Beamten Behauptungen aufgestellt worden sind, die sich schon vielfach als unrichtig herausgestellt haben.

Abg. **Langrock** (Komm.): Die Arbeiterschaft wird den Erklärungen der Rechten über derartige Organisationen keinen Glauben schenken, denn sie weiß, daß sie schon Menschenleben auf dem Gewissen haben. (Lachen rechts.) Wir wissen auch, wo sich Waffenlager der Reaktionäre und Konterrevolutionäre befinden, werden sie aber der Regierung nicht namhaft machen, weil sie dann doch rechtzeitig verschoben würden, wir werden aber dafür sorgen, daß sich ihrer im geeigneten Augenblick die Arbeiter bemächtigen. (Zuruf rechts: Wann haben Sie den nächsten Putsch?)

Abg. **Brühle** (Soz.) stellt gegenüber einer Anfrage des Abg. Beutler fest, daß sich die Regierung zu einer Versammlungsstörung in Freiberg stelle, sei, daß es sich um eine Sedanfeier gehandelt habe, zu der nicht nur vom Bürgerausschuß, sondern auch von der Organisation „Brüder vom Stein" eingeladen wurde. Da nach der Art der Ankündigung befürchtet werden mußte, daß die Feier zu einer Verhetzung der Völker benutzt werden würde, habe ich in der Freiberger Volkszeitung die Arbeiterschaft aufgefordert, in die Versammlung zu gehen, und zu verhindern, daß die Republik heruntergerissen wird. Dieser Aufforderung hat die Arbeiterschaft Folge geleistet, und als mit einer Wiederholung der Veranstaltung zu rechnen war, habe ich die Arbeiterschaft, da sie

---

Die Steinfeldbauern

Roman von Valentin Traudt

„Net 'reilasse, das war das einzige. Nu sitze se drobe, habe die Stub allei. D' bist ei Kerle! D' meinst, an deine Grosche könnast über Nacht reich werde un dann Geld wesse. Alle Welt will heut Geld freiße."

Der Wirt hatte nur mit halben Ohren zugehört; denn schon war er hier und dort verlangt worden, und man mußte die Augen offen halten; denn es gab einige Gäste, die gern ein Spitzglas Bittern umsonst tranken und bei allen Himmeln schwuren, sie hätten erst zwei, wenn's drei waren.

Der Just Bernd aus Brachdorf, er war erst im vergangenen Herbst von den Gardejägern heimgekommen, ein grimmiger Waldbub, mußte einmal hinter den Stall. Mit brennendem Gesicht kam er die Treppe herab, paßte vergnügt eine Zigarre, warf im Vorbeigehen einen Blick durch die geöffnete Tür auf den Tanzboden und ging hinaus. Gleich darauf stand er am Wirtshausel und sah die Dorfgasse auf und ab. Drin spielten sie einen Walzer. Es zuckte ihn in allen Knochen. Vielleicht wenn die Steinfelder zur Abendsupp heimgehen. Ha, ein Gardejäger fürchtet sich nicht. Und er darf es nicht und will es nicht.

Steinfeld war doch ein armes Nest gegen Brachdorf. Diese kleinen Hütten mit den verwahrlosten Fenstern und Türen, halben Schornsteinen und zusammengebrochenen Mauern. Und was für Kuchen hatten die Kinder in der Hand! Er hatte keine Farbe und keinen Duft.

Ein Flug Tauben kam über den niedern Kirchturm und fiel hinter der Wirtsscheune ein.

Der Bursche sah ihnen nach.

Das letzte waren zwei braune Mövchen. Wie mögen die in diese Gegend gekommen sein.

Und indem er sich dem Eingang des Wirtshauses zuwandte, kam ein Mädchen auf den Hof. Es hob die braunen Augen nach ihm, starrte ihn an und wurde feuerrot im Gesicht. So ein fremder Bursch auf dem Steinfeld'. Ein Bursch, mit dem tanzen, und ein Bälle[illegible] — nein die wollten nicht.

Der Bursche paßte eine dichte Wolke über den Hof und lachte ihr zu. Auch in ihm der wilde Drang der Lebensbejahung, der Gedanke, die könnte die Kirmes schön machen, die mit ihren dicken Zöpfen.

Sie sahen sich wieder an. Zweimal mit fragenden und antwortenden Augen. Tiefe Befriedigung und stilles Wohlgefühl kam über sie; eine heimliche Glut wuchs in ihnen empor, mehr in ihr als in ihm. Der Holzhauer war ein andrer als die Steinfelder. Hochgewachsen wie eine junge Esche, schlank und biegsam. Hu, wenn der einen beim Tanz in den Armen halten und so ein ganz klein wenig an sich drücken wird! Und blaue Augen hatte er, groß und leuchtend, und ein Schnurrbärtchen! Alles in ihr war gespannt.

„Auch tanze gehe, Mädche?"

„Ja, ei bißche!"

„Nur ei bißche. Das macht mer gleich ordentlich, daß mer auf ei halb Jahr genug hat, oder ist hier ohe alle Monat Musik?"

Wie klar und fest seine Stimme war!

„Das net; aber 's sein hier mehr Weibsleut als Tänzer. Was die Männer sein, die trinke lieber 'n Korze; aber die Weiber müsse all tanze, und weil se tüchtig Schnaps bezahle, hole se die Bursche öfter, un mir müsse schimmele."

„Du auch?"

„Ich? Ei ja!"

Ein Lächeln spielte um ihren Mund. Ihr Blick ward weich und lockend. In dem Augenblick dachte er daran, was sie mit dem Vorarbeiter und dem Felshofer ausgemacht hatten. So selbstverständlich und klug ihm das auch gestern erschienen war, so dumm und feige kam es ihm heute vor.

Das Mädchen strich sich über das Haar. Es lockte. In seinen Augen flackerte es — —:

Tanz mit mir!

Er verstand das wohl, er fühlte auch die Kraft in sich wachsen, allen zu widerstehen, die sie ihm aus den Armen reißen wollten. Aber er hatte sein Versprechen gegeben, er durfte die andern nicht in Unglegenheiten bringen. Wäre er allein gewesen, dann tanzten sie jetzt schon und gingen in einer Stunde Arm in Arm um das Dorf.

Nun kam eine Unruhe über sie. In ihren Augen sanken die Flammen zusammen, indem sie nach den Fenstern des Tanzsaales sah. Ha, die konnte am Ende auch nicht nach ihrem Willen? Dann könnte man's ja erst recht einmal probieren! Und als nun ein Stelzfelder heraustrat und dem Mädchen einen Stoß gab, da hatte er alle Versprechungen von gestern vergessen. Nur sein Begehren flutete in ihm, ganz von sich allein war er erfüllt.

„Mach, da de 'neikommst, Landori!"

Das Mädchen ging, sah aber noch einmal nach ihm zurück, lächelnd, winkend. Er reckte sich aus und kam hinter ihr her. Da wurde sie aber schon von einem andern auf den Tanzboden gezogen, und er sah nur noch, wie sie voller Spannung den Kopf nach der Tür wandte. In glücklicher Erregtheit stieg er die Treppe hinauf.

„Na, Bernd," riefen ihm seine Freunde zu, „wie geht's unter? Gel, es zuppt dich wieder in alle Ecke? Aber heut gibt's nix. Weißt d' noch in Talheim? — Weißt noch, die rot Gret' mit dem weiße, feine Hälsche?"

Und sie tranken ihm zu.

Er setzte sich. Da spielten drei Mann Karten, dort vier. Die andern zwei stritten sich über das Sägenschärfen. Nur der Augenblick, in dem er gerade eintrat, war ihm versäumt worden. Jetzt saßen sie wieder ganz für sich.

„Trumpf raus!"

„Jetzt werd die Zeh gefange!"

„Ich hab der ei Fell daheim, wann ich der da zweimal über n Zahn streiche, is 's gemacht. Die greift an, Donner ja!"

Da war er ja überflüssig. Eine halbe Stunde würde er noch bleiben. Dann aber! Und er sah wieder ihre [illegible] vor sich, diese braunen Augen mit den schwarzen, langen Wimpern, die sich scheu senkten und hoben. Wie ein Traum war es ihm. Herr meines Lebens, wann ei frisches Ding so lockt! Man ist nun einmal jung. Er pfiff vor sich hin die Melodie zu dem Lied: „Schöne junge Mädchen, die muß met's Liebe, wenn met se auch net heirate tut." Ein unendliches Glück war in ihm. Wenn er wieder ginge, würden die es gar nicht merken.

„Was kritt der Spatz?"

„Zwei Pfennig."

„Kreuz Zehe!"

(Fortsetzung folgt.)

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19211118/5 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

[illegible] nur eine Provokation erblicken konnte, aufgefordert, sich bereit zu halten.

Nachdem noch die Abgg. **Bunzer** (T. Sp.) und **Turner** (Dem. Vp.) und der Minister **Lipinski** gesprochen hatten, folgte noch eine Reihe sonstiger Verschiebungen, meistens endlich gegen 7½ Uhr dieser Gegenstand verlassen werden kann.

Hierauf wird noch behandelt der Antrag **Wagner** (Soz. Sp.) auf:

Einziehung einer Ministerstelle

durch Zusammenlegung des Arbeits- und Wirtschaftsministeriums. Als geeigneter Zeitpunkt dafür bietet sich der Antragsteller den Zeitpunkt des Ausscheidens des Arbeitsministers Hedel an.

Abg. **Anders** (T. Sp.) erkennt an, daß es sich um eine folgenschwere Frage handelt und sie mit Aufmerksamkeit einzelnen. Solange aber der Antrag nicht endgültig entschieden ist, sollte auf jeden Fall mit der Neubesetzung des Arbeitsministeriums gewartet werden.

Abg. **Dr. Reinhold** (Dem.) spricht sich für den Antrag Wagner aus, hauptsächlich aus Ersparnisgründen.

Abg. **Beyhle** (Soz.)

Wir stimmen der Ausschußberatung zu. Eine Zusammenlegung [illegible] Ministerien ist ein höchst erstrebenswertes Ziel und deshalb sind wir nicht prinzipiell für Wagner [illegible] Antrages. Da jedoch gegenwärtig eine einheitliche Behandlung in wirtschaftlicher und politischer Beziehung keine Rede sein kann, [illegible] mit schweren Mitteln und Lasten mit erhöhter Tätigkeit und Verantwortung geschaffen werden muß, können wir es zur Zeit, die Zusammenlegung der beiden Ministerien zu befürworten.

Abg. **Schulze** (U. Sp.) hält eine Zusammenlegung nicht für [illegible], aber den gegenwärtigen Zeitpunkt dazu nicht für geeignet.

Der Antrag geht an den Haushaltausschuß A.

Schluß 7¾ Uhr. — Nächste Sitzung Freitag 1 Uhr.

Sächsische Angelegenheiten

Nochmals die Orgesch im Landtage

Die Reaktion hat in Sachsen durch die Aufdeckung der republikfeindlichen Geheimorganisationen durch das Ministerium des Innern und die geschickte Veröffentlichung dieser Bestrebungen einen starken Schlag erlitten, der um so wirkungsvoller war, als diese Aufdeckung just vor den Gemeindewahlen erfolgte. [illegible] versteht sich, daß die Betroffenen alles versuchten, diesen Schlag zu parieren oder doch zum mindesten seine Wirkung etwas abzuschwächen. Diesem Zweck dienten sowohl die zur Besprechung stehenden Erklärungen Bünger und Börner, als auch das Mißtrauensvotum gegen die unabhängigen Minister. Daß es sich hierbei nur um eine leere Demonstration handelte, dessen waren sich die Herren auf Grund der Verfassung, die ein Mißtrauensvotum nur mit Mehrheit des Landtages zuläßt, wohl bewußt.

Herr Beutler hatte die Aufgabe, die Orgeschleute als ganz harmlos, die unabhängigen Minister dagegen als um so gefährlicher, die Ruhe des Landes störende Menschen hinzustellen. Daß er dabei das alte Lied der von Kommunisten's Gnaden lebenden Regierung sang, versteht sich am Rande. Inwieweit dabei die Absicht vorlag, die unter ganz besonderen politischen Verhältnissen zustande gekommene preußische Regierungskoalition auch in Sachsen, wenn auch nur theoretisch, vorzubereiten, mag unentschieden bleiben. Immerhin war seine in letzter Zeit wiederholt beobachtete, gesucht grobe und verletzende Art alles andre als geeignet zu einem solchen Brückenbau. Uns ist jede bürgerliche Mitarbeit sicher willkommen, aber die Bürgerlichen haben denn doch bewiesen, daß sie in prinzipiellen Fragen zumeist weit weniger Verständnis für die Interessen der werktätigen Massen aufbringen, als das bei den vielgeschmähten Kommunisten in letzter Zeit der Fall war.

Im Grunde genommen verlief die ganze Debatte in einem ende- und zwecklosen Geschwätz, das zuletzt nur noch leere Bänke sah. Wir sehen uns verpflichtet, dabei die Frage aufzuwerfen, inwieweit auch Minister für die Wirkung solcher Tatsachen Verständnis haben sollten. Unsre Fraktion begnügte sich in der Mißtrauensfrage mit einer kurzen ablehnenden Erklärung. Bei der Besprechung der Erklärungen Bünger und Börner deckte Genosse Castan die Heuchelei der Reaktion in knappen aber trefflichen Worten auf.

Betont sei noch, daß der aus gleichen Motiven der Bürgerlichen gestellte Antrag, das Arbeits- und Wirtschaftsministerium zusammenzulegen, dem Finanzministerium überwiesen wurde. Unsre Fraktion erklärte, daß sie diese Zusammenlegung für ein erstrebenswertes Ziel halte, daß jedoch die gegenwärtigen ungeklärten wirtschaftlichen Verhältnisse eine solche Zusammenlegung zur Zeit nicht ratsam erscheinen lassen.

Zur Kartoffelversorgung

Die Nachrichtenstelle der Staatskanzlei gibt folgendes bekannt:

Die sächsische Regierung hat Höchstpreise für Speisekartoffeln festgesetzt. Diese Höchstpreise gelten aber nur für die in Sachsen erzeugten Kartoffeln. Sachsen ist nach wie vor zum großen Teil auf die Versorgung mit außersächsischen Kartoffeln angewiesen, vor allem preußischen. Besonders die Verbraucherschaft in den größeren Orten des Landes, also ein sehr beträchtlicher Teil der Bevölkerung, kann ohne diese Zufuhr nicht auskommen. Kartoffeln können aber nur auf dem Wege des Handels eingeführt werden, und dies wieder kann nur zu den in Preußen oder anderswo gültigen Tagespreisen geschehen. Diese Preise sind zumeist höher als in Sachsen. Daran etwas zu ändern oder einen Preisausgleich zu schaffen, ist weder die Regierung noch die Landwirtschaft noch der Handel in Sachsen in der Lage.

Die Festsetzung der Höchstpreise gibt nach dem Höchstpreisgesetz vom 4. August 1914 die Möglichkeit, Kartoffeln nach Zuführung an den Verbraucher zu enteignen. Die Enteignung seine eigentliche Beschlagnahme kommt nicht in Frage; geschieht durch die Verwaltungsbehörde (in verödeten Städten den Stadtrat, im übrigen die Amtshauptmannschaft). Außerhalb dieses Verfahrens dürfen Kartoffeln keinesfalls in Anspruch genommen, beschlagnahmt oder sonst irgendwie weggenommen werden. Jedes wilde und unkontrollierbare Vorgehen gefährdet die Ordnung, die Zufuhr und damit die allgemeine Versorgung. Auch innerhalb des geordneten Verfahrens darf die Enteignung sich nicht auf die Kartoffeln erstrecken, die der Erzeuger zur Fortführung seiner Wirtschaft braucht. Dies gilt vor allem für die Saatkartoffeln. Werden die Saatkartoffeln angeführt, so wird die Kartoffelbestellung und damit die Ernährung im nächsten Jahre beeinträchtigt. Von den Landwirten wird jedoch erwartet, daß zum Verkauf für Speisezwecke bestimmte Kartoffeln nicht künstlich zurückgehalten werden unter dem Vorwand, daß es sich um Saatgut handle, weil sonst das Wirtschaftsministerium genötigt wäre, unverzüglich geeignete Maßnahmen gegen einen solchen etwaigen Versuch der Umgehung der Höchstpreisverordnung zu treffen. Die laufende Versorgung der Verbraucher ist nur in der Weise möglich, daß auch ebenso wie es früher war, im Frühjahr noch ein [illegible] Teil Speisekartoffeln auf den Markt kommt. Das ist schon deshalb nötig, weil von den Vorräten, mit denen sich die Verbraucher für den Winter eingedeckt haben, ein Teil zu verderben und unbrauchbar zu werden pflegt, so daß die Besitzer sich im Frühjahr Ersatz beschaffen müssen. Es müssen also Rücklagen vorhanden sein.

Außer in Fällen äußerster Not empfiehlt es sich deshalb, Teile der Speisekartoffelbestände bei den Landwirten als Frühjahrsreserve zu belassen.

Anträge und Anfragen

Wie wenig die letzten Gemeindewahlen den Wünschen und Erwartungen der bürgerlichen Reaktion entsprochen haben, beweist ein von der Deutschen Volkspartei im Landtag eingebrachter Antrag, der die Regierung ersucht, dafür zu sorgen, daß die von den freien Gewerkschaften bei den letzten Gemeindewahlen unternommene Ueberwachung der Wähler, die zu einer unzulässigen Wahlbeeinflussung der Wähler führte, nicht wiederholt wird. — Der Antrag erinnert an die berüchtigten Gelbscheine, denen die Gelbe Fortgeschrittenen sind.

Eine Anfrage der Deutschen Volkspartei ersucht die sächsische Regierung um Auskunft, wie dem grassierenden allgemeinen Warenaufkauf begegnet werden kann und welche Maßnahmen regierungsseitig dagegen getroffen worden sind.

Ein neuer Kommunistenprozeß

Leipzig. Am Donnerstag vormittag beginnt vor dem zweiten und dritten Strafsenat des Reichsgerichts der Prozeß gegen die Stapfurther Kommunisten. Die Anklage gegen insgesamt 49 Angeklagte stützt sich auf §§ 81 und 82 des Reichsstrafgesetzbuches. 17 Angeklagte sind in Untersuchungshaft. Die Verteidigung der Angeklagten wird geführt von den Rechtsanwälten Doehring und Pilz aus Leipzig und dem schon aus früheren Putschprozessen bekannten Rechtsanwalt Hegewisch aus Halle sowie vom Justizrat Frankel, Berlin.

Bürgerliche Obstruktion

In Crimmitschau beschloß der Rat mit sozialistischer Mehrheit die Feier des 9. November. Daraufhin legten die bürgerlichen Vertreter in beiden städtischen Kollegien ihre Mandate nieder. Auf Antrag der sozialistischen Ratsfraktion wurde beschlossen, den beiden bürgerlichen Blättern keine Druckaufträge mehr zukommen zu lassen. Darüber ist die bürgerliche Presse ganz aus dem Häuschen, obwohl sie es unter dem alten Regime für ganz selbstverständlich hielt, wenn sozialdemokratische Druckereien von jedem Druckauftrag ausgeschlossen blieben.

Das amtliche Ergebnis der Leipziger Wahl

In Leipzig verteilen sich die Mandate nach der gestern mittag bekanntgegebenen amtlichen Feststellung des Ergebnisses der Stadtverordnetenwahlen wie folgt: Wirtschaftspolitische Gemeinschaft 30, Demokraten 6, Unabhängige 25, Sozialdemokraten 5, Kommunisten 6 Sitze. Die neue Stadtverordnetenversammlung wird also 36 bürgerliche und 36 sozialistische Vertreter enthalten.

Die Leipziger Sozialisten beantragten noch in der letzten Sitzung der Stadtverordneten vor der Wahl, dem Oberbürgermeister das Gehalt zu sperren. Er muß es nun einklagen, denn der Antrag fand Annahme. Es handelt sich um einen Protest gegen die Nichtbeflaggung der städtischen Gebäude am Revolutionsfeiertage.

Stadt-Chronik

Das amtliche Wahlergebnis

Gestern erfolgte die Ermittlung des amtlichen Wahlergebnisses der Stadtverordnetenwahl, das wir schon gestern in der Stadtauflage kurz mitteilten. Stadtrat Reichardt machte zunächst Mitteilung über die Zahl der abgegebenen Stimmen. Im ganzen sind bei einer Zahl von 414 674 Wahlberechtigten 274 962 Stimmen abgegeben worden. Davon waren 672 ungültig. Die Zahl der gültigen Stimmen beträgt sonach 274 290. Von diesen Stimmen fielen auf

Liste Holst	112 889
Liste Oertel	20 346
Liste Schmidt	5 427
Liste Kühn	94 723
Liste Menke	27 244
Liste Gäbel	13 651

Die sozialistischen Listen und die kommunistische waren, wie die Listen Oertel und Schmidt, verbunden. Bei der Berechnung der Verteilung der Sitze waren deshalb zunächst folgende Stimmzahlen zu verwenden:

Sozialistische Listen	135 618
Liste Holst	112 889
Beamte und Angestellte	25 773

Nach Berechnung der Höchstzahlen kommen auf die sozialistischen Listen 42 Sitze, auf die Liste Holst 35 Sitze, auf die Beamten- und Angestelltenliste 7 Sitze.

Die Verteilung der Sitze auf die einzelnen Listen hat in folgender Weise zu erfolgen:

Liste Holst	35 Sitze
Liste Oertel	6 Sitze
Liste Schmidt	1 Sitz
Liste Kühn	30 Sitze
Liste Menke	8 Sitze
Liste Gäbel	1 Sitz

Als dreißigstes Mitglied der Sozialdemokratischen Fraktion tritt also Genosse Buchdrucker Wendsche in das neue Stadtverordnetenkollegium ein, während Polizeiwachtmeister Meitzel von der Beamtenliste nicht gewählt ist, da diese Liste statt sieben nur sechs Sitze erhält.

In der Nachmittagssitzung wurde das Ergebnis der Wahl der Verwaltungsausschüsse bekanntgegeben. Danach sind gewählt:

	Einheitl.	Beamte	Angest.	Sozial.	Unabh.	Kommu.
1. Bezirk	4	1	—	8	1	1
2. „	8	1	—	6	—	—
3. „	7	1	—	4	2	1
4. „	7	1	—	5	2	—
5. „	8	1	—	8	2	1
6. „	8	—	—	9	3	—

Auch in den Verwaltungsbezirken tritt also eine Verschiebung zugunsten der sozialistischen Listen ein.

Die nunmehr amtlich ermittelten Zahlen stimmen, mit geringen Abweichungen, mit den Zahlen überein, die unserm gestrigen Artikel über die Wahlen in Dresden zugrunde lagen und die darin mit den Ergebnissen der Reichstags- und Landtagswahlen von 1920 verglichen wurden.

Auch ein Dokument

In einer Versammlung der Mieter der Gruppe des Gemeinnützigen Bauvereins, Konkordiastraße 28 und 30, wurde einstimmig beschlossen, an den Vorstand die Entfernung der über dem Eingangstor stehenden Inschrift „Friedrich-August-Gruppe" zu beantragen. Begründet wurde dieser Beschluß damit, daß jede Staatsbehörde diese monarchischen Erinnerungen entfernt hat und weiter anführten, daß als Anhänger der Republik und deren Verfassung sowohl die Mieter keine Erinnerungen an das frühere System erhalten dürfen. Der Aufsichtsrat wurde um die baldige Ausführung dieses Beschlusses ersucht.

Daraufhin ging der Mieterversammlung folgende vom Justizrat Dr. Alfred Lehmann unterzeichnete Antwort des Aufsichtsrats zu:

Sie haben dem Aufsichtsrat mitgeteilt, daß eine Mieterversammlung „beschlossen" habe, daß die Bezeichnung der Gruppe des Gemeinnützigen Bauvereins auf der Kantstraße „Friedrich-August-Gruppe" beseitigt werde.

Der Aufsichtsrat kann den Mietern des Grundstücks des Gemeinnützigen Bauvereins nicht das Recht zugestehen, darüber zu beschließen, welchen Namen die eine oder andre Gruppe führt. Dieses Recht steht ausschließlich dem Eigentümer der Häuser zu. Vorstand und Aufsichtsrat haben gemeinschaftlich beschlossen, den Verlangen nicht nachzukommen. Wem die Bezeichnung eines Grundstücks nicht angenehm ist, hätte in dasselbe nicht einziehen sollen.

Ueber dem Aufsichtsrat und dem Vorstand steht die Generalversammlung der Aktionäre. Sollte diese anders beschließen, so wird selbstverständlich Aufsichtsrat und Vorstand dem Rechnung tragen.

Die Gesetzgebung hat übrigens weder im Reiche noch in Sachsen bisher verlangt, daß solche Namen, wie der beanstandete, beseitigt werden. Denn die Abzeichen der vormaligen Monarchie, wie eine Krone oder die Bezeichnung „Königlich" oder „Kaiserlich" oder sonstige Hoheitszeichen, sind natürlich schon ganz entfernt.

Aufsichtsrat und Vorstand können in einer solchen Namensbezeichnung keine Reminiszenz an die frühere Regierungsform finden.

Natürlich ist diese rein juristische Begründung der Ablehnung nur ein Manöver, mit dem der Aufsichtsrat des Bauvereins verschleiern will, daß er ganz einfach keine Lust hat, dem begreiflichen Wunsche der Mieter nachzukommen. Er legt eben Wert darauf, diesen an sich schon lächerlichen Tonkram als ein Denkmal vergangener Zeiten beizubehalten und dann auch heute noch seine monarchische Gesinnung sichtbar zu dokumentieren. Das bemäntelt er mit juristischen Spitzfindigkeiten. Deswegen und auch wegen der ziemlich anmaßenden Formulierung ist diese Antwort ein recht interessantes Dokument.

Beihilfen für Arbeiterrentner

Das Gesamtministerium hat beschlossen, [illegible] einmaligen Beihilfen an bedürftige Arbeiterrentnerinnen verteilen zu lassen. Es sollen erhalten:

1. Arbeiterrentner, die bereits mit der einmaligen Beihilfe bedacht worden sind, — dafern sich die wirtschaftlichen oder persönlichen Verhältnisse derart gestalten, sie aus dem Rahmen der für die bisherigen Beihilfen [illegible] Richtlinien überhaupt herausfallen — auf Antrag [illegible] zwei Drittel des Betrages, der ihnen auf Grund der bisherigen Richtlinien gemäß der aufgezeichneten Einnahmen- und Ausgabeeinteilung nach ihren derzeitigen Verhältnissen zukommt;

2. Bisher noch nicht bedachte dürftige Rentner die einmalige Beihilfe in voller Höhe. Hierzu tritt noch neue, unwiderruflich letzte Frist zur Stellung eines Antrages auf Bewilligung der einmaligen Beihilfe eröffnet.

Als bedürftig gilt ein Rentenempfänger, wenn sein Gesamteinkommen den Betrag der Erwerbslosenunterstützung, die ihm im Falle der Erwerbslosigkeit zustehen würde, nicht erreicht. Die Höhe der Beihilfen richtet sich nach dem Grade der Bedürftigkeit des Antragstellers nach den vom Arbeitsministerium aufgestellten Richtlinien. Die Beihilfe wird vom Rentenempfänger und nur auf Antrag gewährt. Unterrentner erhalten sie nur, wenn [illegible] 50 Prozent Unterrente bezw. Gesamtrente [illegible] Witwen und Waisen dann nicht, wenn sie Witwen- oder Waisenrenten oder sonstige [illegible] Versorgung [illegible] Anträge zu 1 und 2 sind zur Vermeidung des Ausschlusses spätestens am 1. Dezember 1921 bei der für die Wohnung zuständigen Kreisstelle unter Vorlegung des Einwohnerscheins und des Rentenausweises ausgefüllt abzugeben. Die Fragebogen zu den Anträgen sind bei den Stadtbezirksinspektionen zu entnehmen.

Eine merkwürdige Revision

Auf Grund mehrfacher Beschwerden, die von Dresdner Gastwirten beim Oberzollamt eingingen, wurde in den Dresdner Gastwirtschaften, die doch sämtlich keine Schankkonzessionen haben, eine Revision und zwar unterschiedslos vorgenommen. Von der Wirksamkeit dieser Zollbeamten sollten sich zu den Abendstunden des 10. August ein Oberzollinspektor und ein Zollsekretär durch eine Revision in einer Kneipe [illegible] Vorbelle überzeugen. Den Anfang machten sie in einem Lokal dieser Art, wo sie eine Flasche Sekt bestellten, den man ihnen sofort servierte und den die Besteller mit 200 M. bezahlten. Die Beamten suchten dann noch fünf benachbarte Lokale auf, [illegible] erhielten je auf Bestellung Wein. Nachdem sie [illegible] ein Bordell in der Großen Frohngasse. Hier wurde ihnen [illegible] zum Flaschenpreise von 60, 80 und 100 M. angeboten. [illegible] stellten eine Flasche zu 100 M. Nachdem der Wein auf den Tisch gestanden und eingeschenkt war, fragten sie nach der Bezahlung und legitimierten sich als Steuerbeamte. Die Wirtsleute führten sie in den Keller, wo kein Wein vorgefunden wurde. Die Beamten Scholz hatte sich anfänglich verleugnen lassen, kam dann [illegible] hinzu. Nach den Angaben der beiden Zollbeamten, die außer [illegible] Rechnung von 115 M. auch noch 15 M. Bedienungsgeld bezahlen sollten und die man am Verlassen des Bordells hinderte, hat Scholz bei ihrem Erscheinen sofort angefangen zu schimpfen und die Beamten als „Steuerflamen" und „Steuerflamen" [illegible] und die Beamten ruhig verhielten, wurde der Scholz immer [illegible] und bedrohte schließlich den einen Beamten mit einem [illegible]. In diesem Augenblick betrat Wachtmeister [illegible] das Lokal, [illegible] durch den Skandal herbeigeführt, die Gemüter und [illegible] erst, die Scholz am Aufschlagen zu verhindern.

Dieser Vorfall führte zu einem Staatsanwalt- und Strafverfahren Scholz wegen Beamtenbeleidigung und Hausfriedensbruch. Die Anklage gab zu, [illegible] gewesen zu sein und auch die Anschuldigungen [illegible] zugeben zu haben. Sie hatte aber die [illegible] Gastwirtsamt gehalten, auch seien diese betrunken gewesen. [illegible] meister als Zeuge wußte nichts davon, daß die beiden Beamten betrunken gewesen seien. Der Verteidiger [illegible] der den Antrag zum Verdecken des Gesetzes [illegible] Weise und wer das nötige Geld dazu [illegible] hätte. Als Auftraggeber nannten die Beamten [illegible] selbst, die andre Frau wurde nicht [illegible] konnte keinen als Zeugen aus, daß sie betrunken [illegible] seien. Den Wein hätten doch [illegible] Bordell [illegible] erwunderten Fragen bei Wirten, warum [illegible] pektion nicht bei Tage [illegible] amten damit beantwortet, daß man bei Tage [illegible] nichts finden würde. Wenn man [illegible] man bei Schlafenden [illegible]

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19211118/6 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Der Staatsanwalt beantragte Bestrafung im Sinne der An-. Der Verteidiger bezeichnete diese Art von Revision ... eine teure Geschichte für die Staatskasse, ... diese Art Dienst ein trübes Bild. Die Angeklagte ... nur der einfachen Beleidigung durch das Wort „Steuer-... schuldig gemacht, der Widerstand sei nicht bewiesen. Das ... wegen einfacher Beamtenbeleidigung und Wider-... 100 M. Strafe oder 34 Tage Gefängnis. Das Ge-... die Beleidigung wie auch den Widerstand für erwiesen ... Da die Angeklagte noch nicht wegen Beleidigung be-... hat man auf Geldstrafe erkannt.

Mitteilungen aus der letzten Gesamtratssitzung. Mit Bezug ... den städtischen Beamten und den der Besoldungsordnung unterstehenden Angestellten, den Empfängern von Naturalien unter Kürzung der hierfür neu aufzustellenden Sätze, alsbald den Nachtrag auszuzahlen, der sich gegenüber den bisherigen Bezügen für Oktober, November und Dezember ... Fall ergibt, daß ihre Bezüge entsprechend der für die Reichsbeamten getroffenen Neuregelung erhöht werden, auch den dem Vertrag unterstehenden Kanzleiangestellten an die heraufgesetzte Erhöhung der Tarifvergütungen einen Vorschuß in Höhe ... für Oktober zuständig gewesenen Dienstbezügen, auch ... Stellenzulagen, zu gewähren. — Die neuen tariflichen Bestimmungen und Grundsätze über die Besoldung, Anstellung und Beförderung der Lehrkräfte an den höheren Lehranstalten beschließt man, auf die städtischen Lehrkräfte mit rückwirkender Kraft anzuwenden unter Bewilligung des dadurch entstehenden Mehraufwandes aus dem im diesjährigen Haushaltsplan eingestellten Berechnungsgeld zur weiteren Durchführung der Tarifreform. — Zum weiteren Ausbau der Blindenfürsorge wird die Bildung eines Unterausschusses beim Fürsorgeausschuß, zu dem u. a. je zwei Vertreter des Fürsorgeausschusses des Vereins der Blinden und zwei in der Blindenfürsorge erfahrene Personen aus der Einwohnerschaft zugezogen werden sollen, ... Einstellung einer ehrenamtlichen Blindenfürsorgerin beschlossen. — Dem Ersuchen der Stadtverordneten um Vorstellung bei der Reichsregierung, umgehend Maßnahmen zu ergreifen, um ... städtischen Preistreiberei auf dem Lebensmittelmarkt Einhalt zu tun, wird beigetreten. Das Ersuchen ... das Reichsernährungsministerium weitergeleitet werden.

Furcht vor sozialistischem Papier. Manche Leute scheuen ... Hasse vor dem Lesen sozialdemokratischer Zeitungen, sie ... auch ihre Kundschaft vor sozialdemokratischem Papier bewahren. Der Inhaber der Firma Bernhard Schröder u. Co., Ecke ... und Probstei-Straße in Blasewitz, wies ihm angeblich Nakulatur der Dresdner Volkszeitung entrüstet zurück, ... der Herr vielleicht die Verseuchung der Herrschaften sonst ... mit sozialistischem Gifte, wenn sie zufällig einmal einen Blick in die Packung tun, die er seinen Heringen gibt? Vielleicht ist er seine Vorsicht gar noch so weit, daß er auch auf ... aus Arbeiterkreisen verzichtet.

Erwerbslosenunterstützung zu Unrecht bezogen hatte der ... Schlosser und frühere Werkführer Ernst Gustav Hage ... Nach den amtlichen Feststellungen sind ihm in der Zeit ... 1920 bis Frühjahr 1921 über 5400 M. Unterstützung ... worden, obgleich er nebenher als Provisionsreisender ... H. während der genannten Zeit 2747 M. Erwerbslosenunterstützung unrechtmäßig bezogen hatte. H. hatte im Laufe der ... dem Stadtrat den Schaden wieder erstattet. Unter Zubilligung ... Umstände erkannte das Schöffengericht wegen Betrugs auf einem Monat Gefängnis.

Teurer Pferdehandel. Um zu seinem Gelde zu kommen, das ... seinem Teplitzer Schwager zu erhalten hatte, ließ sich der ... Kaufmann Max Hugo Werner von hier in ein Pferdegeschäft mit ersterem ein. Als er zwei Abaluser zwischen Rebefeld ... Jaba ins tschechoslowakische Gebiet schmuggeln wollte, wurde ... erwischt. Die beiden Pferde wurden beschlagnahmt. Das Gericht verurteilte W. wegen verbotener Ausfuhr zu drei Monaten Gefängnis und 25000 M. Strafe oder einem ... Jahr Gefängnis.

Grober Vertrauensbruch. Der 30jährige Rechtskonsulent ... Kurt Hoegg hatte für einen Kaufmann J. Rechtsgeschäfte zu erledigen. Zu dem Zweck von Sicherstellungen hatte der Betreffende über 30 000 M. in Bargeld und Wertpapieren in die ... H.s gelegt. Letzterer hat fast das ganze Geld in eigenem Nutzen verwendet. H. hatte schon früher Unregelmäßigkeiten begangen, als er noch Anwaltsschreiber war. Diesmal wurde er zu ... Jahr einem Monat Gefängnis verurteilt und ... in Haft genommen.

Ein Fahrradmarder ist der 20jährige Zimmerer Karl Otto ... aus Gebdern. Am 27. September d. J. verließ er die Anstalt nach Verbüßung von zehn Monaten wegen Fahrraddiebstählen. Im Oktober hat er schon wieder in der Neue Gasse ... schweren Fällen, teils von Fahrradrädern, Räder gekauft, teils ... er den Verkauf gestohlener Räder vermittelt. Das Urteil ... wegen Hehlerei auf ein Jahr sechs Monate Gefängnis und drei Jahre Ehrenrechtsverlust.

Taubstummenasyl. Taubstummenlehrer Schädel bespricht ... Sonntag, abends 8 Uhr, die Holbeinschen Bilder vom Tode. Erwachsene Taubstumme sowie Freunde und Gönner der Taubstummen sind dazu herzlichst eingeladen. Der Vortrag ist unentgeltlich. Liebenswürdigerweise zugedachte Spenden werden zum Kauf von Weihnachtsgeschenken für die Asylinnen verwendet. ... Verwaltung des Taubstummenasyls, Chemnitzer Straße 43, ... alle Freunde und Gönner der Taubstummen herzlichst, zu Weihnachten auch der Insassen des Taubstummenasyls zu gedenken. ... vorhandenen Mittel sind so knapp, daß den Asylinnen, zumeist ... alleinstehenden, nicht mehr voll arbeitsfähigen taubstummen ... auch nicht die allernotwendigsten Lebensbedürfnisse, wie ... Beispiel Bekleidungsstücke, wofür die Asylinnen selbst sorgen ... zu Weihnachten geschenkt werden können. Neben Geldspenden werden auch Kleider und Schuhwerk mit bestem Dank angenommen.

Die Weihnachtsausstellung „Aus Knecht Ruprechts Werkstatt", Weintraubenstraße, Studienanstalt, die bezweckt, Eltern ... Kinder zum Schaffen für Weihnachten anzuregen, ist geöffnet. Da der Andrang zu ihr, besonders in den letzten Tagen, ... groß war, eine Verlängerung im bisher benutzten ... aber nicht möglich ist, so wird diese Ausstellung jetzt in den Stadtteilen gezeigt. Sie ist zunächst zu sehen vom ... 21. November im Zeichensaal der 38. Volksschule, Fiedler-... 2. und vom 26.—27. November im Zeichensaal der 41. Volksschule.

Die freie Elternvereinigung für die weltliche Schule an der Volksschule hielt am Dienstag im Deutschen Haus eine Versammlung ab, in der Herr Lehrer Schurig von obengenannter Schule über das Thema: Wie stellen wir uns zur Schule ein? ... In der Debatte gab Herr Lehrer Fichtner einige Beispiele ... seinem Klassenleben. Nach einigen anfeuernden Worten des Versammlungsleiters, Genossen Gruble, auch fernerhin unerschütterlich für unsere Ideale, die weltliche Schule, zu arbeiten, unserer Bewegung neue Mitglieder zu gewinnen, nahm die leider schwachbesuchte Versammlung ihr Ende.

Der Hilfsausschuß für ehemalige Kriegsgefangene für den Amtsbezirk Dresden und die einverleibten Vororte ... darauf aufmerksam, daß am 30. November die Frist zur Einreichung von Entschädigungsanträgen auf entgangene Löhnung ... abläuft. Wer also das für ... Anträge vorgeschriebene Formular noch nicht ausgefüllt ... hat, dies noch schleunigst nach und reiche es unverzüglich bei der Stadtverwaltung — Abteilung Hilfsausschuß, Dresden-A., ... 56, Eingang: Hauptter der Großmarkthalle, Erdgeschoß links — ein. Eine große Anzahl der von ehemaligen Kriegsgefangenen dort abgeholten Antragsformulare ist bis jetzt noch nicht wieder zurückgegeben worden. Nach dem 30. November 1921 eingehende Anträge müssen unberücksichtigt bleiben, weil bereits Anfang Dezember mit der Verteilung und Auszahlung der auf genannten Hilfsausschuß entfallenden Entschädigungssumme begonnen werden soll.

Mißstände im Telephonwesen. Der Dresdner Zentralausschuß für Industrie, Handel, Verkehr und Gewerbe hat bei der Oberpostdirektion Vorstellungen erhoben, die die Behebung der Mißstände im Telephonwesen bezwecken, die sich in letzter Zeit besonders auf Trennung gestörter Gespräche und Falschverbindungen erstrecken.

Laufende Teuerungszuschüsse an Kriegsbeschädigte, Kriegshinterbliebene und Rentner im Stadtgebiete Dresden werden aus Anlaß der gegenwärtigen Teuerung vom 1. August ab bis auf weiteres von Amts wegen durch die Postanstalten und das Postamt für Kriegerfürsorge gezahlt.

Reichsbund Deutscher Technik. Der für nächsten Montag in Aussicht genommene Vortrag über wirtschaftspolitische Fragen findet nicht statt, dagegen spricht in der Reihe der in Aussicht genommenen wirtschaftspolitischen Vorträge am Sonnabend den 26. November, abends 7½ Uhr, in der Aula der Technischen Hochschule zunächst Herr Edmund Fischer, Dresden-Reinnitz, über das Thema: Der Sozialismus in der Praxis. Freier Eintritt für Jedermann. Weitere öffentliche Vorträge der Herren Dr.-Ing. Sorge, Dir. Lehnig und Dr.-Ing. Wieland folgen Anfang nächsten Jahres.

Gabelsbergersche Stenographie. Für die organisierte Arbeiterschaft soll Mitte Januar n. J. bei genügender Beteiligung ein neuer Anfänger- und Fortbildungskursus in der 21. Volksschule, Freiberger Platz, eröffnet werden. Wer bereits Unterricht genossen hat und seine Kenntnisse wieder auffrischen will, kann sich an den jetzt noch laufenden Anfängerkursus (Dienstags abends 7—9 Uhr) beteiligen. Anmeldungen nimmt entgegen und erteilt Auskunft: Genosse Paul Wagner, Genossenschaftsdruckerei-Kontor, Kleine Plauensche Gasse 49, Telephon 29817.

Dresdner Rednerschule. Montag nachmittag 5 Uhr für alle Kurse Sonderveranstaltungen. Eintritt diesmal 1 M.

Mehlverteilung. Stadt Dresden. Amtshauptmannschaften Dresden-Altstadt und Dresden-Neustadt verteilen auf Reichsmarken 26 und 27 zusammen 700 Gramm amerikanisches Weizenmehl für 5,25 M. am 26. November.

10. Volksschule (Marschallstraße 21). Die Freie Elternvereinigung für die weltliche Schule veranstaltet Sonnabend abends 7½ Uhr, im Saale des Restaurant zum Senefelder, Kaulbachstr. 16 einen Unterhaltungsabend, bestehend aus musikalischen Darbietungen durch Herrn Lehrer Kämpfe, Lieder zur Laute Frl. Diesel Eichhorn sowie heiteren und ernsten Rezitationen. In anbetracht des Darbietenden werden die Freunde und Förderer der weltlichen Schule ersucht, zahlreich zu erscheinen.

Berufsberatungsvorträge des Dresdner Philologenvereins. 3. Vortrag, Montag den 21. November, abends 7½ Uhr, im Festsaal der Neustädter Realschule. Herr Eisenbahninspektor Höppner: Der Beruf des mittleren nichttechnischen Eisenbahnbeamten.

Internationaler Bund der Kriegsopfer (Gruppe Striesen). Dienstag den 22. November, abends 7½ Uhr, Mitgliederversammlung im Restaurant Daheim, Ecke Maß- und Tauschersstraße. Erscheinen eines jeden Genossen ist Pflicht.

Der Geflügelzüchterverein Elbtal veranstaltet von Sonnabend bis Montag seine 11. große Geflügelausstellung. Diese ist mit zirka 450 Tieren von den bedeutendsten Züchtern Sachsens beschickt. Günstige Kaufgelegenheit ist geboten.

Bezirksmieterausschuß Johannstadt. Nächste Mieterberatungsstelle Mittwoch den 23. November im Restaurant Birkenwald, Pfotenhauerstraße 18 und Nowacks Restaurant, Dürerstraße 35.

25. Volksschule (Pohlandstraße). Der Elternrat veranstaltet mit Genehmigung des Rates zu Dresden am 17., 18. und 19. November unter der Elternschaft eine Geldsammlung für Schulzwecke. Die Eltern werden herzlich gebeten, reichlich zu spenden.

Schwere Unfälle. An der Ladestelle Naußdorf stürzte am Donnerstag nachmittag ein in der Pillnitzer Straße wohnhafter, 28 Jahre alter Brauereiarbeiter von einem Lastautomobil und verletzte sich schwer. Er wurde mit Unfallkraftwagen nach dem Krankenhause Friedrichstadt befördert. — Ferner stürzte am Donnerstag nachmittag in der Pößlerschen Buchdruckerei ein in der Großenhainer Straße wohnhafter 48 Jahre alter Buchbinder aus einem oberen Stockwerk in den Fahrstuhlschacht und zog sich schwere Verstauchungen usw. zu.

Selbstmord und Selbstmordversuch. Durch Einatmen von Leuchtgas tötete sich am Donnerstag vormittag ein in der Albrechtstraße 10 wohnhafter, 68 Jahre alter Kaufmann. Da bei ihm bereits Todesstarre eingetreten war, wurde von Wiederbelebungsversuchen Abstand genommen. — Ein in der Rietschelstraße bei der Mutter wohnhafter, 15 Jahre alter Aktenträger nahm in der Nacht zum Donnerstag in selbstmörderischer Absicht Sublimat zu sich. Er hatte sich eingeschlossen und war schwer erkrankt. Den Selbstmordversuch unternahm er, weil er, während seine Mutter im Krankenhause lag, Sachen veräußert hatte. Der junge Mann fand Aufnahme im Johannstädter Krankenhause.

Totgefahren. Am Donnerstag abend gegen 7¾ Uhr wurde ein 48 Jahre alter, in der Neuen Gasse 27 wohnhafter Händler von einem Motorwagen der Linie 23 auf der Pillnitzer Straße umgefahren. Er erlitt hierbei einen schweren Schädelbruch und verstarb augenblicklich. Der Händler war aus einem Lokal herausgetreten und hatte die Straße in dem Augenblick überschreiten wollen, als der Straßenbahnzug vorüberfuhr.

Eine Familie mit Gas betäubt. Am Donnerstag abend in der achten Stunde wurde im Hause Postgang 2 in Neugruna ein 29 Jahre alter Mann, dessen 26jährige Ehefrau und deren 7 Monate altes Kind mit Leuchtgas betäubt aufgefunden. Es lag Unglücksfall vor. Die Familie konnte durch Wiederbelebungsversuche gerettet werden und erholte sich wieder.

Diebstahl. In der Nacht zum 17. November sind aus einem Geschäft in der Moszinskistraße fertige und unfertige Korsetts, Wäsche, Vorhänge u. a. m. gestohlen worden. — Am 9. November ist einem Boten einer hiesigen Firma am Postamt 2, Räcknitzstraße, von einem Handwagen weg ein Paket, enthaltend Zahnbürsten, Erlaykleider, Toilettenintrumente, Nagelgarnituren, Kopfbürsten und Schwammbeutel, gestohlen worden. Die Kriminalpolizei bittet um sachdienliche Mitteilungen.

Dresdner Umgebung

Die Zwangseingemeindung der Ostgemeinden

Die obengenannten Orte hatten seinerzeit in einer Eingabe an den Reichstag gegen ihre zwangsweise Eingemeindung nach Dresden protestiert. Kürzlich hat sich nun der Petitionsausschuß damit beschäftigt und beschlossen, diese Eingabe der Regierung zur Berücksichtigung zu überweisen. Aus den angeführten Gründen seien folgende hervorgehoben: Die Verweisung der sächsischen Regierung genüge keineswegs, um ein so dringendes öffentliches Bedürfnis (§ 8 der L.-G.-O.) nachzuweisen, daß zu seiner Befriedigung den drei Gemeinden ihre Selbstverwaltung . . . genommen werden müsse . . . Falls die sächsische Regierung aus andern als aus Gründen eines dringenden öffentlichen Interesses . . . die Einverleibung . . . durchzuführen für erstrebenswert hielt, so mußte sie den Weg der Gesetzgebung beschreiten. . . .

Da der Landtag damals die Entscheidung des Ministeriums des Innern bestätigte und damit die bürgerlichen Eingemeindungsgegner mit ihrem Protest abwies, versucht man nun an Reichsstelle, eine Ungültigkeit der Entscheidung herbeizuführen. Man hofft dabei auf die Mitwirkung der bürgerlichen Majorität im Reichstage. Jedenfalls ist die Angelegenheit eine rein sächsische und gründet sich auf § 8 der Landgemeindeordnung. Eine Kompetenz des Reichstags muß in dieser Frage energisch zurückgewiesen werden.

Briesnitz-Pentewitz-Cossebaude-Ockerwitz. Allgemeiner Mieterbewohnerverein. Die am vorigen Sonntag infolge der Stadtverordnetenwahl ausgefallene Vertrauensmännersitzung findet nunmehr Sonntag den 20. November, vormittags 11 Uhr, im Gasthof Pentewitz statt. Pünktliches Erscheinen aller Vertrauensmänner erwartet die Gruppenleitung.

Aus dem Parteileben

Jungsozialisten

Die in Dresden zur Zeit bestehenden Gruppen Altstadt, Neustadt und Naußlitz-Wölfnitz haben einen gemeinsamen Ausschuß gewählt, der aus den Leitern der einzelnen Gruppen besteht. Zweck dieser Einrichtung ist gegenseitiger Austausch von Erfahrungen, Aufstellung einheitlicher Richtlinien für die Bildungsarbeit, Ausbreitung der Bewegung usw. Etwa noch in Dresden und Umgegend bestehende Jungsozialisten-Gruppen werden gebeten, ihre Adresse mitzuteilen, damit wir mit ihnen in Verbindung treten können. Zuschriften sind bis auf weiteres an Genossen W. Matthes, Dresden-A. 20, Grabenwinkel 21, zu richten.

Dresden-A. Sonnabend den 19. November, abends 7 Uhr, in der Weißen Schlette, Wettinerstraße Ecke Palmstraße 1. Vortrag des Genossen Böttel über: Die Geschichte der Sozialdemokratie. Zwei weitere Vorträge folgen noch. Alle jungen Genossen und Genossinnen sind dazu herzlichst eingeladen.

Gruppe Cotta. Sonnabend, abends 7½ Uhr, wichtige Verwaltungssitzung im Goldnen Hirsch. Das Erscheinen aller ist Pflicht.

Tolkewitz. Genossen und Genossinnen! Der Unterhaltungsabend in Dobritz am Sonnabend kann wegen des Totensonntags nicht stattfinden.

Gruppe Dobritz. Morgen Sonnabend den 19. November, 7½ Uhr, Gruppenversammlung im Gasthof. Tagesordnung: Vortrag des Genossen Lehrer Geh über: Das Gehirn und seine Tätigkeit, seine Funktionen bei Krankheit. Parteiangelegenheiten. Verschiedenes. Alle Parteigenossinnen und -genossen müssen in dieser für alle sehr lehrreichen Versammlung erscheinen. Gäste herzlich willkommen.

Lockwitz-Nickern. Sonnabend den 19. November, abends 7½ Uhr, im Wilhelms Restaurant: Unterhaltungsabend, anschließend letzte Aussprache über die kommende Gemeinderatswahl. Für den Unterhaltungsabend haben Genosse Behnisch die Klaviervorträge und Genosse Müller die Rezitationen freundlichst übernommen. Genossen und Genossinnen, verhelft diesem ersten Versuch der künstlerischen Unterhaltung durch zahlreichen Besuch zum Erfolg. Gäste willkommen.

Stadtverordneten-Sitzung

vom 17. November 1921

Die Sitzung wurde vom Vizevorsteher Schmidt eröffnet, der zunächst dem verstorbenen Stadtrat Kammeyer einen ehrenden Nachruf widmete und dann den für den zum Bürgermeister gewählten Genossen Nitzsche als Ersatzmann in das Kollegium eintretenden Genossen Winkler begrüßte.

Unter den Eingängen teilte der Rat mit, daß er dem Beschlusse der Stadtverordneten, bei der sächsischen Staatsregierung dahin zu wirken, daß der Reichsschulgesetzentwurf nicht in dieser Fassung Gesetz wird, beigetreten sei und eine entsprechende Eingabe an die Staatsregierung gerichtet habe.

Den ersten Punkt der Tagesordnung bildete

die Wahl des neuen Vorstehers.

Vom Wahlausschuß wurde der bisherige Schriftführer Genosse Kühn in Vorschlag gebracht. Auf Antrag des Vizevorstehers Holst wurde die Wahl durch Zuruf vorgenommen. Kühn wird einstimmig gewählt. An seine Stelle wird zum Schriftführer Genosse Jungnitsch gewählt.

Vorsteher Kühn übernahm darauf den Vorsitz, dankte für das ihm durch die Wahl entgegengebrachte Vertrauen und versicherte, daß er die Geschäfte im Sinne seines Vorgängers weiterführen und bestrebt sein werde, die Arbeiten des Kollegiums in positivem Sinne zum Wohle der Allgemeinheit zu fördern. Die Rechte der Minderheiten würden durch ihn geschützt werden, ganz gleich, auf welcher Seite diese Minderheiten säßen. Er bat um Nachsicht, besonders im Anfange seiner Geschäftsführung, und gab der Hoffnung Ausdruck, daß die Arbeit des Kollegiums reibungslos im Sinne der Dresdner Einwohnerschaft geleistet werden könne. (Beifall.)

Zu einer Debatte führte die

Neufestsetzung der Pflegekostensätze in den städtischen Krankenanstalten.

Nach der Ratsvorlage sollen die Sätze mit sofortiger Wirkung erhöht werden, und zwar in den Stadtkrankenhäusern in der 2. Klasse für Dresdner Einwohner auf 40 M. und für Kinder auf 24 M., für Auswärtige auf 55 bzw. 38 M. In der 1. Klasse sind verschiedene Abstufungen eingeführt. Danach sind zu bezahlen bei Benutzung eines Sonderzimmers für 1 bis 3 Kranke 60 M. für Einheimische und 75 M. für Auswärtige, bei Benutzung eines Sonderzimmers für einen Kranken 75 bzw. 90 M. und bei Benutzung eines Sonderzimmers mit besserer Ausstattung für einen Kranken 90 bzw. 105 M. Im Säuglingsheim sind für hiesige Kinder 24 M., für auswärtige Kinder 38 M. und im Friedrichshaus 30 bzw. 40 M. zu entrichten. Maria-Anna-Kinderhospital und Säuglingsheim haben seit 1. April 1921 nur eine Pflegeklasse. In der Heil- und Pflegeanstalt beträgt der Normalsatz in der 2. Klasse der Heilabteilung 40 M. für Einheimische (für Kinder 24 M.), und für Auswärtige 55 M. (für Kinder 44 M.), in der Pflegeabteilung sind durchweg 32 M. (für Kinder 24 M.) zu bezahlen. In der 1. Klasse (Heilabteilung) sind die Sätze folgende: 60 M. ohne Sonderzimmer für Einheimische, 90 M. für Auswärtige, mit Sonderzimmer 100 bzw. 120 M., während in der Pflegeabteilung zu bezahlen sind bei Sonderzimmer für 1 bis 3 Kranke durchweg 40 M., und bei Sonderzimmer für 1 Kranken allein 60 M. Auf Ansuchen kann eine Ermäßigung auf 50 M. bei den Stadtkrankenhäusern und in der Heilabteilung der Heil- und Pflegeanstalt und auf 30 M. bei der Pflegeabteilung für Bedürftige bei einem Einkommen bis zu 13 000 M. und für Verheiratete bei einem Einkommen bis zu 20 000 M. gewährt werden.

Der Finanzausschuß (Berichterstatter Genosse Paulus) beantragte Zustimmung zur Ratsvorlage, hierüber aber den Rat zu ermächtigen, in Fällen dringender Not nach Gehör des Krankenpflegeausschusses weitere Ermäßigungen eintreten zu lassen.

Stadtv. Steuer meinte, die zirka 100prozentige Erhöhung der Pflegesätze träfe nicht bloß die Krankenkassen hart, sondern auch diejenigen Familien, die für Angehörige bezahlen müssen. Er stellte den Antrag, die Pflegesätze in den Stadtkrankenhäusern für Erwachsene auf 30 M., in der Heil- und Pflegeanstalt auf 24 M. herabzusetzen. Der Antrag fand aber keine ausreichende Unterstützung.

Genosse Fanghänel betonte, daß den Sozialdemokraten die Zustimmung zur Ratsvorlage keineswegs leicht werde. Die Krankenkassen würden noch Mittel und Wegen suchen müssen, ihren Etat zu balancieren. Stelle man aber hohe Anforderungen an die Leistungsfähigkeit der Krankenhäuser, müsse man ihnen auch die erforderlichen Mittel bewilligen.

Stadtv. Menke (U. Soz.) erklärte sich grundsätzlich gegen die Klasseneinteilung der Pflegesätze überhaupt und meinte, daß, wenn man schon um eine Erhöhung der Pflegesätze in der 2. Klasse nicht herumkomme, es nicht einzusehen sei, warum man in der 1. Klasse mit der Erhöhung nicht noch weiter gegangen sei. Wer sich in der heutigen Zeit noch ein Sonderzimmer mit besonderer Ausstattung leisten könne, könne ruhig auch etwas stärker zu dem Aufwand der Krankenanstalten herangezogen werden. Er brachte schließlich einen entsprechenden Antrag ein.

Stadtrat Dr. Lemper entgegnete, daß der Standpunkt Menkes ganz richtig sei, daß die Ratsvorlage aber bereits in solchen Fällen nicht bloß den vollen Selbstkostenbetrag erheben lasse, sondern noch wesentlich mehr.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19211118/7 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Der Kampf Streik unsere Gegenleistung und darauf das Reichsschulgesetz zum Vorschein erfolgen.

Nur Sachsen [illegible] Kampf um die Barackenentschädigungen und der Reichsbeamtenbund wurden [illegible] 20 M. [illegible]

Die [illegible] Gehälter in den Gebieten Kaufbeuren-Füssen und Lindau [illegible] 1921 [illegible]

Die Bewilligung der Schulbeihilfe für die Kinder der Volks- und Bürgerschulen aus das Schuljahr 1921/22 wurden [illegible] 20 M. bewilligt.

Ferner [illegible] des Kultusministeriums, die am 21. März d. J. 300 Mrd. Inanspruchnahme zu den Mehrausgaben erhalten, vom 1. April 1922 ab eine weitere Mehrausgabe zu bewilligen, so daß die gegen 1921 [illegible] mehr bei Gesamtausgabe mit 500 Mrd. Aufhebung erhalten, unter der Voraussetzung, daß die Kultusministerien und leistungsfähigen Bürgen [illegible] werden. Der Verbrauch entsprechende Mehrausgabe beziffert sich auf [illegible]

An den Mädchenfortbildungsschulen sollen [illegible] Lehrerstellen begründet werden. Der Rat wurde hierfür erfüllt, zu erwägen, ob der Religionsunterricht in den Volksschulen beibehalten werden soll.

Zum Schluß berichtete noch Genosse Heim für den Verwaltungsausschuß über die Kinderlage berichtet.

Gewährung von Kartoffelbeihilfen an die Erwerbslosen

[illegible] einer Anfrage des Genossen Rauch vom 27. Oktober. Nach der Vorlage soll der Rat zur Beschaffung verbilligter Kartoffeln und anderer Lebensmittel 1[illegible] Mark aus der Erwerbslosenunterstützungsbeihilfe aus Verfügung stellen und außerdem weitere [illegible] Mark bewilligen. Jeder Unterstützungsempfänger [illegible] Mark und jede anderweitig [illegible] Person 10 Mark [illegible] Zu Betracht kommen 1[illegible] Vollunterstützte und [illegible] Zusatzunterstützungsempfänger. Der Beschlußantrag hob hervor, daß damit die große Not der Erwerbslosen natürlich nicht aus der Welt geschafft, aber doch etwas gemildert werde. Der Ausschuß empfehle, der Vorlage zuzustimmen. Bei der Hinsicht aber den Rat zu ersuchen, die Beihilfe [illegible] weiteren Mitteln [illegible] Erwerbslosenunterstützungsfälle [illegible] zu werden.

Ohne Debatte wurde demgemäß beschlossen.

Gewerkschaftsbewegung

Reichsfürsorgekonferenz

Angesichts der ungeheuren, unerträglichen Not der Arbeits- und Berufslosen, Witwen und Waisen und der Notwendigkeit des dringenden Ausbaues der Sozialversicherung und sozialen Fürsorge sowie der Änderung der Gewerbebesteuerung der Invaliden, Rentnerbewegung für Gewerbeleichenhäuser ist am 20. und 21. November 1921, vormittags 9 Uhr, eine Reichsfürsorgekonferenz im Stadtischen Gewerbehaus, Berlin W, Königgrätzer Straße 3, einberufen worden. Zahlreiche Referate sind angekündigt. Eingeladen sind die Vertreter der Reichs- und Landesregierungen, Gemeinden, Städte, Gemeinden, Kreise und Landesversicherungsanstalten, Arbeits-, Wohnungs- und Kurfürsorgestellen, Gewerbe- und Kriegsbeschädigtenorganisationen, Invalidenversicherungsanstalten, Berufsgenossenschaften, Krankenkassen und privaten Anbietern. Eine gesonderte Einladung ist nicht erfolgt. Anmeldungen sind zu richten unter „Reichsfürsorgekonferenz" an den Gesamtvorstand des Zentralverbandes der Invaliden und Rentner, Deutschlands, Berlin W 8, Jägerstraße 11.

Lohnbewegungen im sächsischen Bergbau

Freiberg. Die Lohnbewegungen gestalten der Bergleute im Erzgebirge im sächsischen Bergbau führen zu einer Einigung. Der Grundlohn wurde für alle Arbeiter um 2 M. je Schicht, der Zuschlag für Akkordgemeinschaft und weibliche Arbeiter um 10 Prozent, die Kinderzulage um 1,50 M., das Haushaltgeld um 30 Pf., die Teuerungszulage um 2 M. für Arbeiter unter 20 Jahren und um 4,75 M. bei solchen über 20 Jahren rückwirkend ab 1. November 1921 erhöht. Gleichzeitig ist eine Kohlenpreiserhöhung in Kraft getreten.

Die Bewegung in der Berliner Metallindustrie

Berlin, 18. November. In der Bewegung in der Großberliner Metallindustrie ist es zu einer gemeinsamen Verständigung zwischen den Angestellten und Arbeitgebern gekommen. Bei der Nationalen Automobil-Gesellschaft in Oberschöneweide haben heute morgen die Angestellten zum Teil ihre Tätigkeit wieder aufgenommen. Dagegen ist mit den Arbeitern eine Uebereinstimmung bisher nicht getroffen worden. Die Stillegung der N. A. G. dauert noch an. Inzwischen hat sich die Bewegung auch auf andere Firmen, wie auf die Pintsch-Werke, mehrere Tempelhofer Firmen und auf die „Knorrbremse" ausgedehnt. Den Bemühungen des Deutschen Metallarbeiterverbandes gelang es indessen, in allen Fällen, mit Ausnahme der N. A. G., den Konflikt zwischen den Arbeitnehmern und den Werkleitungen zu beseitigen.

Achtung, Schuhfabrikanten! Am Bau der Kommerz- und Privatbank, Dresden, Altmarkt 22, sind Differenzen ausgebrochen. In Betracht kommen folgende Gewerke: Maurer, Stuckateurer, Steinhauer, Dachdecker, Schlosser, Klempner, Installateure, Tischler, Glaser und Maler. Zuzug ist solange fernzuhalten, bis eine Gegenerklärung in der Presse erfolgt. Arbeiterfreundliche Blätter werden um Abdruck dieser Mitteilung gebeten.

Die Streikleitung.

Vertreterwahl des Deutschen Metallarbeiterverbandes. Bei der am 14. November vorgenommenen Wahl für den Reichsbetriebsrätekongreß der Metallarbeiter am 5. Dezember 1921 im Verein wurden folgende Kollegen gewählt: Teuber 402, Rau 365, Kranke 354, Ritzche 344, Pachig 318, Eckardt 312, Schmidt, Hans, 310, Fischer 308, Bernhardt 307, Schmidt, Richard, 306, Schwabe, Fritz, 301, Jugn 329 Stimmen. Die übrigen Kandidaten erhielten folgende Stimmenzahl: Gruner 325, Werner 324, Franz 321, Reichelt 319, Lehn 315, Weickert 315, Schwabe, Oskar, 313, Pähler 310, Richter 301, Kranke 290, Zepunke 284, Dietrich 274, Reichenbach 270.

Zur Gehaltsbewegung im Versicherungsgewerbe. Wie uns der Zentralverband der Angestellten, Ortsgruppe Dresden, mitteilt, sind nunmehr durch eine endgültige Vereinbarung vom 15. November auch die tariflichen Bezüge der Angestellten in den Provinzial-Generalagenturen geregelt. Der Angelung ist die Vereinbarung für die Angestellten in den Direktionsbetrieben und den Verwaltungs-Generalagenturen zugrunde gelegt.

Ueber die Lehren der letzten Tarifvertragsverhandlungen wird in einer am 22. November 7 Uhr in der Wirtshalle, Freiberger Straße 19, stattfindenden Versammlung der Versicherungsangestellten Kollege v. Heim, Berlin, sprechen. Der Betritt ist allen Versicherungsangestellten gestattet.

Der Zentralverband der Angestellten, Ortsgruppe Dresden, veranstaltet unter dem Motto „Gewerkschaftsmusik" im Künstlerhaus einen Märchenabend für Jung und Alt. Die künstlerischen Einzelheiten von Lina Cecile Wahl [illegible] ausführenden vorzüglichen Künstler [illegible] für einen genußreichen Abend.

Die Kundgebung des Einkommensteuerausschusses [illegible] Eingabe des Zentralverbandes der Angestellten an das Reichsfinanzministerium, an den Steuerausschuß des Reichstags sowie an verschiedene in Betracht kommende Stellen [illegible] der Erhebung der Einkommensteuer vom Arbeitslohn und bei der Veranlagung des Einkommensteuergesetzes [illegible] teuerungsbedingten Gehalts macht eine [illegible] jetzt gültigen Einkommensteuergesetzes vom 24. März 1920 [illegible] lich. Der Zentralverband der Angestellten machte in seiner Eingabe einige bemerkenswerte diesbezügliche Vorschläge.

Ein Textilarbeiterstreik ist in 10 Chemnitzer Textilfabriken ausgebrochen. Grund sind Forderungen auf Gehaltserhöhungen und Gewährung einer sofortigen Wirtschaftsbeihilfe. Die Gewerkschaften haben den Streik bisher noch nicht anerkannt.

Aus aller Welt

Feuer in der Stuttgarter Gasfabrik

Stuttgart, 17. November. In einem der beiden großen Gasbehälter der Stuttgarter Gasfabrik im Gaisburg brach am Mittwoch mittag Feuer aus. Nach Mitteilungen von Augenzeugen sprang bald nach Ausbruch des Feuers eine hohe Flamme an den Gebäuden des Behälters empor. In Erinnerung an die Katastrophe entstand in der Nachbarschaft der Fabrik unter der Bevölkerung eine große Panik, weil die Leute eine Explosion des Gasbehälters befürchteten. Das Feuer entstand vermutlich dadurch, daß das sogenannte Ueberlauf, das sich am Fuße des Gasbehälters befindet, entzwei. Da in dem Gasbehälter zwischen der Außen- und Innenwand Wasser in einer Breite von 6 Meter sich befindet, ist eine Explosion des Gasbehälters ausgeschlossen.

Großfeuer in einer französischen Wollkämmerei

Lille, 16. November. Ein Großfeuer zerstörte gestern abend die Wollkämmerei Holden u. Co. in Croix. Mehrere tausend Arbeiter sind brotlos geworden.

Erdbeben in Zentralasien?

Stuttgart, 17. November. Von den Instrumenten der Sternwarte Hohenheim wurde gestern abend ein ziemlich starkes Erdbeben verzeichnet. Die erste Erschütterungswelle trat um 8 Uhr 44 Minuten 45 Sekunden ein. Die Aufzeichnung der nachfolgenden Wellen endete gegen 10¼ Uhr.

Untergang der Elbe

Lübeck, 18. November. Das der Hansenschen Dampfschiffahrtsgesellschaft gehörige 800 Tonnen große Dampfschiff Elbe ist bei letzten Stürmen in der Ostsee zum Opfer gefallen. Der Dampfer war mit einer Holzladung unterwegs. An Bord befanden sich 14 Mann.

Bewahren Sie Ihre und Ihrer Kinder Zähne vor dem Verfall, indem Sie Jahnarzt Dr. Pabst's Zahnpulver „Nr. 23" gebrauchen. — Jede echte Packung trägt Dr. Pabst's Kontrollmarke. Dr. Pabst's Apotheke und Drogerien.

Rote Hände aufgesprungene, rissige, spröde Haut verschwindet und beseitigt überraschend schnell die nichtfettende Hautcreme COMBELLA.

Kloßmanns Homöopathie und Naturheilkunde

Schweinefleisch Pfund 21.00
Gewiegtes Pfund 11.00 und 14.00
Rindfleisch Pfund 10.00 und 14.00
Kücsar, Antonsmarkthalle
Galerie 135, Geflügelreihe

Sehr preiswert!
Pa. hausschl. Leberwurst 16.00
Pa. Schinkenfett 20.00
Pa. Schinken 25.00
Pa. Rollschinken 27.00
Tafelmargar. 23.00 u. 24.00
Estol 24.00
Antonsmarkthalle
149d Galerie Loeffler 149d
Eingang Breite Straße über dem Restaurant

Lederhandlung
Max Schmidt, Dr.-Plauen
Chemnitzer Platz 4, am Möllerbrunnen.
Lederausschnitt in reicher Auswahl
Sämtliche Lederbedarfsartikel

Sonderangebot
zu alten Preisen
Ein Posten Herrenstoffe
Ronald Krause, Kl. Packhofstr. 5, II.

In ½ Stunde Läuse
Garantie
Bestellungen auf die Dresdner Volkszeitung
A. Starke, Striesen-N., Dresdn. Str. 63 B

M. L. D.
Schuhhaus Martin Lewin
Dresden-A.
Zahnsgasse 29, I. nur erste Etage
Eingang von der Hausflur
Durchgehend geöffnet von 9 bis 7 Uhr.
Prompter Postversand uni. Nachnahme
Reparaturen schnell und billig!

Neue große Mengen
Schuhwaren
für jedermann zu noch erschwinglichen Preisen.
Kinderschuhe, schwarz und braun 34
Schulstiefel für Knaben und Mädchen, schwarz und braun 68
Burschenstiefel, Größe 36–39, starke Strapazierware 178
Damen-Spangenschuhe, schwarz und braun 128
Damen-Schnür-Halbschuhe 138
Damen-Hausschuhe mit und ohne Spange, mit Kreppsohle 42
Damen-Schnürstiefel mit mittlerer und hoher Spitze 178
Damen-Lack-, Schnür- u. Spangenschuhe 178
Herren-Schnürstiefel 168
Seiden-Ballschuhe mit und ohne Spangen, schwarz und weiß 188

Neustädter Schuh-Vertrieb
nur Königsbrücker Str. 8, im Hof.

Genau wie Butter, feuerste Frau Starken, sind Butterkrügers Margarine Marken

Großes Spezialhaus für feinste Margarine
Krügers Butterhaus G.m.b.H.
Webergasse 18
Rindfleisch (Gulasch) Pfund 10.00
Delsardinen in allen Preislagen

Sattlerbedarfsartikel- und Lederhandlung
Dresden-A., Jacobi-, Ecke Augsburger Straße
empfiehlt in nach sehr günstigen Preisen im
Ausschnitt feine echte Kernledersohlen
in verschiedenen Gerbarten, nach mitgebrachten Modellen, weiterhin noch besonders empfiehlt: ferner Oberleder, Taschenleder und Semi Schuh-, Gürtel- u. Riemenschnallen, Maschinen, Druckknöpfe, Taschenschlösser, Leisten u. Werkzeuge.

Marke Buchholz Hüte gut u. preiswert
Königl. Johannstr. 13

Musikinstrumente
kauft u. tauscht
13 Otto Friebel 13
Elbestraße

Velvet-Rester
70 cm Lindener Köper farbig, Meter 75.— M.
Carstensen
Pirnitzer Straße 5.

Winterjoppen
Kaufhaus Jäger

Felle
von Händlern, Fleischern und Privat
Fell-Einfuhrgesellschaft
Wenner Str. 22, I.

Trotz
Die Volksschule als Einheitsschule
Volksbuchhandlung.

Liefere Anzüge
Dobritz.
Bestellungen
Dresdner Volkszeitung

Aus dem Wirtschaftsleben

Infolge des Marksturzes sind die Großhandelspreise im Laufe des Monats Oktober um ein volles Drittel in die Höhe gegangen. Nach der Frankfurter Zeitung für 77 verschiedene Waren betrug die Indexzahl betrug Anfang Oktober 184, Anfang November 284. Die Großhandelspreise betragen jetzt nach den Berechnungen der Frankfurter Zeitung

das 27fache der Vorkriegszeit.

Von französischer Seite ist wiederholt die Behauptung aufgestellt worden, daß man in Deutschland das starke Sinken der Mark absichtlich herbeigeführt habe, um damit einen Vorwand zur Nichterfüllung der Reparationsbedingungen zu haben. Aber gerade die Franzosen verlangen von uns, daß wir die Erzeugnisse ihrer Luxusindustrie möglichst ungehindert nach Deutschland hineinlassen, wodurch natürlich unsere Handelsbilanz verschlechtert werden muß. In der Zeit vom 1. Januar bis 30. September 1921 hatte nach einer Mitteilung des Temps

die deutsche Einfuhr nach Frankreich

einen Wert von 1758,795 Millionen Frank erreicht. Davon sind aber allein über 6 Millionen Tonnen Kohle abzurechnen, die auf Grund des Friedensvertrags von Versailles geliefert wurden und die mit 1,28 Millionen Frank auf Reparationskonto gutgeschrieben wurden. Deutschland hat also innerhalb 9 Monaten nur für 866,482 Millionen Frank Waren nach Frankreich eingeführt, für die es von Frankreich Zahlung erhält. In der gleichen Zeit, vom 1. Januar bis 30. September 1921, hat Frankreich seine Ausfuhr nach Deutschland verdoppelt. Es hat nach Deutschland ausgeführt für 1922,040 Millionen Frank, während im vorigen Jahre in der gleichen Zeit die Ausfuhr nach Deutschland nur 812,423 Millionen Frank betrug. Die deutsche Ausfuhr nach Frankreich betrug in den ersten 9 Monaten des Vorjahres 1580,098 Millionen Frank, darunter waren Kohlenlieferungen im Werte von 490 Millionen Frank. Die Einfuhr Deutschlands nach Frankreich ist also im Vorjahre erheblich gefallen, die Ausfuhr Frankreichs nach Deutschland erheblich gestiegen. Im vorigen Jahre hat Deutschland, abgesehen von den Reparationslieferungen nach Frankreich, für 342 Millionen Mark mehr eingeführt, als die französische Ausfuhr nach Deutschland betrug. In den ersten drei Vierteljahren dieses Jahres war unsere Handelsbilanz gegenüber Frankreich mit 757 Millionen Frank passiv. Wenn die Franzosen haben wollen, daß die Mark sich wieder bessert, so müßten sie sich vor allen Dingen dazu lassen, daß ihre Einfuhr nach Deutschland, die ja zum großen Teil aus Luxuswaren bestehen dürfte, sehr stark belastet wird.

Deutschland hat bei seinen Reparationszahlungen ja nicht deswegen so große Schwierigkeiten, weil unsre Ausfuhr überhaupt nicht zur Bezahlung unsrer Reparationsverpflichtungen ausreicht, sondern auch, weil wir

den Gegenwert unsrer Ausfuhr

zum Teil in Devisen erhalten. Nur 40 Prozent unsrer Ausfuhrwerden uns nach neueren Feststellungen in fremder Währung bezahlt, 60 Prozent aber in deutscher Mark. Eine weitere Schwierigkeit ergibt sich daraus, daß vielfach deutsche Unternehmer, die ins Ausland geliefert haben, ihre Guthaben im Ausland stehen lassen. Entweder geschieht das deswegen, weil sie aus dem Ausland Rohstoffe beziehen müssen, zum Teil aber auch zu Zwecken der

Kapitalflucht und der Steuerdrückebergerei.

Dem Elend der deutschen Valuta leiden ja auch sehr schwere Gläubiger, die über eine hochstehende Valuta verfügen. Sie haben ein Interesse daran, daß die deutschen Guthaben im Ausland erhalten werden können. Die ausländische Devisenspekulation hat zum Beispiel auf Schweizer Banken Guthaben besitzen, deren Wert auf 3 Milliarden Goldfrank geschätzt wird. Allein das arme Holland soll über 880 Millionen Frank kurzfristige Guthaben verfügen. Die deutschen kurzfristigen Spekulantenguthaben werden auf 130 Millionen Frank geschätzt und die Guthaben auf holländischen Namen stehen außer jedem Verhältnis zum schweizerisch-holländischen Wirtschaftsverkehr, so daß man annehmen muß, daß deutsche Guthaben dahinter verstecken. Es wird mit Recht die Forderung erhoben, daß

ein internationales Uebereinkommen zur Erfassung der Devisen

getroffen wird. Die hochvalutarischen Länder müßten bestimmen, daß den Ländern mit schlechter Valuta von den Banken Mitteilung über die Guthaben ihrer Staatsangehörigen gemacht wird, damit auf diese Weise der Steuerflucht entgegengetreten werden kann. Wenn die inländischen Besitzer von Guthaben im Ausland wissen, daß sie sich durch das Stehenlassen des Geldes im Ausland der dem Steuerfiskus nicht schützen können, so werden sie vorsichtlich ihre Guthaben vielfach zurückziehen, die Nachfrage nach ausländischen Devisen wird nicht mehr so groß sein und dadurch wird dem Sinken der Mark und der andern niedrig stehenden Valuten entgegengewirkt werden. Die Länder, die heute unter dem Wucherelend der Staaten mit zerrütteten Währungsverhältnissen leiden, würden auf diese Weise dazu beitragen können, die wirtschaftlichen Uebel zu bekämpfen, die sich aus der Zerrüttung der Währungen für sie ergeben. In Polen hat

die schnelle Aufwärtsbewegung der polnischen Mark,

die infolge des Sturzes der Mark eingetreten ist, auf dem gesamten Markte zu einem fast völligen Stillstand geführt. Waren wurden in allen Branchen in riesigen Mengen angeboten. Es fehlte jedoch vollständig an Abnehmern. Auf dem Ledermarkt kostete z. B. im September ein Pfund Kalbrohleder 750 Mark, während es heute auf 350 Mark zurückgegangen ist.

Eine ganz ungeheure Preissteigerung hat der Valutasturz auf dem

Baumwollmarkt

zur Folge gehabt. Ein Pfund Baumwolle, das am 1. Juli in Bremen 21,10 Mark kostete, stand am 1. November auf 84,60, am 8. November 1921 auf 125 Mark. Der Bedarf an Baumwolle in Deutschland ist unbeschreiblich und kann nicht gedeckt werden, da die Großhändler ihre Vorräte ausverkauft haben. Die Webereien werden um Lieferung bestürmt und was sie fertig haben, wird ihnen aus den Händen gerissen. Infolge der hohen Baumwollpreise sind auch

die Preise für die Gewebe

ganz bedeutend gestiegen. Unter den heutigen Verhältnissen wird jedes Geschäft zu einer schweren Spekulation. „Wenn", so schreibt der Baumwollwarenfabrikant Benno Levi im Berliner Tageblatt zu den heutigen überaus hohen Preisen, „neue Kontrakte zum 2. Quartal 1920 abgeschlossen werden, so bedeutet das eine Bindung auf länger als neun Monate. Die zum 2. Quartal bestellte Ware kommt erst im Juli bis September nächsten Jahres zum Verkauf, da sie nach der Lieferung aus der Weberei erst gebleicht und gefärbt werden muß. Da liegt eine große Gefahr und es wird geraten sein, die Entwicklung der Verhältnisse abzuwarten. Allerdings ist es möglich, daß durch das Abwarten die Versorgung mit Ware für den einzelnen in Frage gestellt wird, doch steht das gewaltige Risiko in gar keinem Verhältnis zu dem Nutzen, der beim Verkauf der Baumwollwaren erzielt werden kann. Die Spekulation mit Ware, die erst so spät zur Lieferung gelangt, ist bei den jetzigen Preisen weit gefährlicher, als selbst die Spekulation mit Devisen und Industriepapieren an der Börse." Wer heute auf lange Fristen Waren kauft, setzt sich allerdings den größten Gefahren aus. Steigt die Valuta, so werden die Preise erheblich fallen. Während bei uns die Baumwollpreise so gewaltig in die Höhe gingen, sind sie in Amerika gesunken. In Neuyork notierte die Baumwolle am 1. Oktober 21,20 Cents, am 15. Oktober 19,55 Cents und am 8. November 18,85 Cents.

Die sächsische Webereiindustrie

ist bis Ende d. J., teilweise bis in das neue Jahr hinein mit Aufträgen versehen. Eine Bindung auf zu lange Zeit lehnt die Industrie ab, da sie nicht weiß, wie hoch sich die zu erwartenden Lohnerhöhungen belaufen und in welchem Maße die Betriebskosten steigen werden. In dem Bericht über die Lage der sächsischen Industrie wird hervorgehoben, daß die sächsische Webereiindustrie die stoßweise Häufung der Bestellungen, die jetzt hervortritt, als eine höchst ungesunde Erscheinung betrachtet, weil man eben damit rechnen muß, daß in absehbarer Zeit eine längere Periode schwächeren Geschäftsganges folgen wird. Seit Anfang Dezember 1920 ist die zwangswirtschaftliche Organisation für

die Kaffee-Einfuhr

ganz beseitigt und es sind wieder recht erhebliche Mengen Kaffee eingeführt worden. Die deutsche Kaffee-Einfuhr wird auf 2 Millionen Sack zu 60 Kilo geschätzt, auf rund 60 Prozent der deutschen Friedenseinfuhr. Es ist einer der schweren Fehler unsrer Wirtschaftspolitik, daß man die Beschränkungen der Kaffee-Einfuhr in so weitem Umfange aufgehoben hat. Solange unsre Zahlungsbilanz so schlecht steht, müssen wir auf solche Genußmittel wie Kaffee möglichst verzichten. Jetzt wird voraussichtlich der Zusammenbruch der deutschen Valuta und die Erhöhung der Goldzölle die Einfuhr stark zusammenschrumpfen lassen. Im Kleinhandel wird sich der Kaffee **kaum billiger als auf 75 bis 80 Mark pro Pfund stellen.** In Brasilien befürchtet man infolge der Unterbrechung des deutschen Exports, daß sich die Kaffeepreise sehr ungünstig gestalten werden.

Auch auf dem

Eisenmarkt

herrscht Hochkonjunktur. Aus dem Ausland gehen zahlreiche Anfragen und Aufträge ein, doch konnte nach den Bestimmungen des Stahlbundes, die eine Vorzugslieferung des Inlandes vorsieht, nur mit Beschränkung geliefert werden. Die andauernde Verschlechterung der Mark hat dazu geführt, daß die Eisenwerke auf die inländischen Erze zurückgreifen, so daß die inländischen Eisenerzgruben sehr gut beschäftigt waren. Der Bedarf an Siegerländer Eisenstein steigerte sich derart, daß neben der Förderung auch die Vorräte verkauft wurden. Auf dem Schrottmarkt steigen die Preise weiter.

Die Geldentwertung nötigt unsre industriellen Unternehmungen, ihre Kapitalien zu vergrößern. So findet

eine starke Kapitalserhöhung

bei den Unternehmungen statt, die an dem Schultheiß-Patzenhofer-Konzern beteiligt sind. Dieser Konzern stellt eine Vereinigung von Schnaps- und Bierinteressenten dar. Er umfaßt die bekannten Brauereien Schultheiß-Patzenhofer, die zu einer Aktiengesellschaft zusammengeschlossen sind, ferner die Kahlbaum A.-G. und die Ostwerke, die ebenfalls Branntwein produzieren. Die Kapitalien der Ostwerke und von Schultheiß-Patzenhofer sollen auf je 100 Millionen Mark Stammaktien, das Kapital von Kahlbaum auf 80 Millionen Mark Stammaktien gebracht werden. Außerdem werden nach Durchführung der Kapitalserhöhungen bei jeder der drei Gesellschaften für 50 Millionen Vorzugsaktien vorhanden sein. Bei dieser Gelegenheit werden den glücklichen Aktionären glänzende Bezugsrechte eingeräumt. Die Aktien von Kahlbaum wurden nach den letzten Meldungen auf der Börse mit 1660, die der Ostwerke mit 2100 und die von Schultheiß-Patzenhofer mit 1805 notiert. Die Aktionäre aber erhalten auf zwei alte drei neue Aktien zum Kurse von 225 Prozent bei den Ostwerken und Kahlbaum und von 275 Prozent bei Schultheiß-Patzenhofer. Die Aktionäre werden also, selbst wenn der Kurs der Aktien nicht auf der jetzigen Höhe bleibt, voraussichtlich viele tausend Mark bei dem Geschäft verdienen. Eine Aktie, die sie selbst für 2950 Mark bzw. für 1750 Mark erhalten, werden sie für 15000 bis 20000 Mark verkaufen können.

Die Dynamit A.-G. vormals Alfred Nobel

in Hamburg wird ihr Kapital, das sich bisher auf 100 Millionen Mark Stammaktien und auf 30 Millionen Mark Vorzugsaktien belief, auf 200 Millionen Mark erhöhen, und zwar werden 25 Millionen Mark neue Stammaktien ausgegeben werden, die die bisherigen Aktionäre zu 400 Prozent erhalten, 45 Millionen Mark Vorzugsaktien erhält die Ad astra G. m. b. H., die als Dachgesellschaft des Nobel-Dynamitkonzerns zur Verhinderung einer Ueberfremdung gegründet worden ist. Der Alfred Nobel Dynamit A.-G. wird durch die vorgeschlagene Neuausgabe von Aktien ein Betrag von 140 bis 145 Millionen Mark zufließen. Die Nobel Dynamit A.-G. hat sich nach dem Kriege auf neue Produktionen umgestellt, sie betreibt vor allen Dingen die Herstellung künstlicher Textilfäden. Die Köln-Rottweil A.-G. in Berlin, die ebenfalls dem Konzern angehört, gibt für 25 Millionen Mark neue Stammaktien zu 400 Prozent aus, ferner für 75 Millionen Mark neue Vorzugsaktien und erreicht damit ebenfalls ein Gesamtkapital von 200 Millionen Mark. Die Vorzugsaktien werden auch von der Ad astra G. m. b. H. übernommen. Von den übrigen Konzernfirmen der Nobelgruppe steigert die Rheinisch-westfälische Sprengstoff A.-G. ihr Gesamtkapital um 10 auf 80 Millionen Mark und die Siegener Dynamitfabrik in Köln, deren Kapital bisher 1,80 Millionen Mark betrug, gibt für 450000 Mark neue Aktien aus. Die Generalversammlung der

A.-G. vormals Seidel u. Naumann

in Dresden beschloß eine Erhöhung ihres Grundkapitals um 5 Millionen Mark. Die neuen Stammaktien sollen einer Bankengruppe mit der Verpflichtung übergeben werden, sie den bisherigen Stammaktionären der Gesellschaft dergestalt zum Bezug anzubieten, daß auf je drei bisherige Stammaktien eine neue Stammaktie über je 1000 Mark zum Kurse von 160 Prozent bezogen werden kann.

Das Sachsenwerk, Licht- und Kraft-Aktiengesellschaft

in Niedersedlitz, beruft eine außerordentliche Generalversammlung zwecks Erhöhung des Grundkapitals von 50 auf 75 Millionen Mark ein. Die neu auszugebenden 17 Millionen Mark sind für das laufende Geschäftsjahr dividendenberechtigter Aktien werden vom Bankhaus Gebr. Arnhold in Dresden, Berlin, in Vertretung eines Konsortiums zu 200 Prozent zuzüglich 6 Prozent Zinsen ab 1. Januar 1921 mit der Verpflichtung übernommen, 14 Millionen Mark den alten Aktionären im Verhältnis von 4 zu 1 zum Uebernahmekurse anzubieten und die restlichen 3 Millionen Mark Aktien freihändig zu verkaufen, wobei ein Anteil des Gewinnes an die Gesellschaft abzuführen ist. Auch der Norddeutsche Lloyd in Bremen will eine gewaltige Kapitalerhöhung vornehmen. Das Kapital, das zur Zeit 250 Millionen Mark beträgt, soll um 225 Millionen Mark Stammaktien erhöht werden. Diese 225 Millionen Mark neue Aktien werden von einem Syndikat übernommen, das den größten Teil zu 135 Prozent den Aktionären anbietet, den Rest unter Gewinnbeteiligung des Lloyd freihändig verkauft. Außerdem gibt der Norddeutsche Lloyd für 125 Millionen Mark Vorzugsaktien aus, die in Bremer Kreisen zur Wahrung der Selbständigkeit des Unternehmens gegeben werden dürften.

Auch in der Bankwelt finden jetzt Kapitalserhöhungen statt. In einer Aufsichtsratssitzung der

Dresdner Bank

wurde beschlossen, der Generalversammlung eine Kapitalserhöhung von 350 auf 550 Millionen Mark vorzuschlagen. 175 Millionen Mark sollen den Aktionären im Verhältnis von 1 zu 2 angeboten werden, während der Rest von 25 Millionen Mark zu freihändiger oder sonstiger Verwertung bestimmt ist. Die Aktien der Dresdner Bank stehen jetzt auf der Börse auf etwa 600 Prozent. Selbst wenn die neuen Aktien an die alten Aktionäre zu 200 Prozent abgegeben werden, so wird sich bei der Neuausgabe bei den Bezugsaktien voraussichtlich ein Agio (Differenz zwischen dem Nennwert und dem tatsächlich für die Aktien bezahlten Kurs) von 175 Millionen Mark und bei den übrigen Aktien ein Agio von 100 Millionen Mark ergeben. Die Dresdner Bank würde dann auf ein Aktienkapital von 550 Millionen Mark und auf Reserven von 475 Millionen Mark kommen, so daß ihr gesamtes Eigenkapital auf etwa 1 Milliarde Mark ansteigen würde. Auch der

Barmer Bankverein

erhöhte sein Kapital um 200 auf 400 Millionen Mark. Von diesen 200 Millionen Mark sollen allerdings 100 Millionen Mark zur Abwehr der Ueberfremdungsgefahr von der mit dem Barmer Bankverein verbundenen Firma von der Heydt-Kersten u. Söhne in Elberfeld zum dauernden Besitz übernommen werden und davon sollen nur 25 Prozent eingezahlt werden.

Sport • Spiel • Körperpflege

Touristenverein Die Naturfreunde

Wanderungen am Sonntag den 20. November

Bannewitz: Thisaer Wände. Abf. 6,10 Hbf. nach Königstein. — Jug.-Abt.: Museumsbesuch. Abm. 9 Uhr. Kirche. — Pirna-Cossebaude: Lichtbildervortrag in Wuttischkes Café, Cossebaude. — Jug.-Abt.: Museumsbesuch. — Pirna: Nachmittagswanderung. Dresdner Heide. Abm. 1 Uhr. Pirnaer Höhe. — Dresden: Tagestour durch das Lockwitztal. Abm. 7 Uhr, Endstat. Linie 9, Reick. — Graupa: Abf. früh 7,26 Uhr vom Hbf. nach Nossen. — Tour nach Grillenburger Wald. Abf. 1,14 Uhr nach Tharandt. — Jug.-Abt.: Tagestour, Luchberg. Stellen 5 Uhr Hbf. zur Fahrt nach Dippoldiswalde. — Nachmittags: Quer durch die Heide. Abm. 2 Uhr Waldschlößchen. — Volkstanzgruppe: Nachmittagswanderung. Abm. 1 Uhr, Endst. L. 18, Pillnitz. — Kletterabteilung: Pillnitz, Jagdwege, Hohe Brücken, Schöne Höhe, Breiter Stein. Abm. 7 Uhr, Endst. L. 1921 in Laubegast. — Winterabteilung: Skitour, Schwarzkoppe, Geising. Abf. früh 5,50 Uhr nach Buschmühle. — Hainsberg-Cossmannsdorf: Skitour nach Frauenstein, 6 Uhr Lindengarten. — Heidenau: Skitour, Ruine Wehlen, Fehmühle, Rathmanke. Abf. ab Heidenau, Haltepunkt, früh 8,33 Uhr bis Wehlen. — Lauenstein: Naturfreundehaus, Vordergimmwald, mit Ski, 9 Uhr vorm. — Geising. — Leuben: Tagestour, Dresdner Heide. Abf. 6,50 Uhr Reicker Straßenbahn. — Jug.-Abt.: Tagestour, Großer Garten. Abm. 7 Uhr, Bahnhof. — Loschwitz: Nachmittagswanderung durch die Heide. 2 Uhr Vereinslokal. — Pirna: Halbtagstour, Badetal, Abm. nachm. 1 Uhr von der Krone. — Jug.-Abt.: Herrenleite, Uttewalder Grund, Bastei. Abm. früh 7 Uhr vom Copitzer Hbf. — Radebeul: Wanderung durch die Leiten, Badetal, Tharandt, Breiter Stein und nach der Talmühle, 1 Uhr Vereinslokal. — Radeberg: Halbtagswanderung, Weißig, Hutberg, Ullersdorf. Abm. 1,30 Uhr vom Bismarckdenkmal. — Alle Wanderungen finden unter kundiger Führung statt. An alle, der Naturfreundebewegung noch Fernstehenden, richten wir die Aufforderung: Kommt in unsre Reihen, wandert mit Gleichgesinnten! Wandert zu jeder Jahreszeit im Interesse eurer Gesundheit!

Arbeiter-Turn- und Sportbund

Freier Turn- und Sportverein Dresden-A. Abteilung Innere Altstadt. Sonntag den 20. November Abteilungsvorturnerstunde im Vitzthumschen Gymnasium. Beginn 8 Uhr. Dienstag den 22. November wichtige Abteilungsversammlung nach dem Turnen im Gasthaus zur Eiche, Große Plauensche Straße 54. Allseitiges Erscheinen der Mitglieder ist erwünscht. — Turnverein Gittersee. Sonntag den 20. November große Kinderaufführung im Gasthof Gittersee. Anfang 6 Uhr. Sonnabend den 19. November nur für Kinder. Anfang 5 Uhr. Jeden Donnerstag von 7½ Uhr an Turnen der Männerabteilung in der Turnhalle zu Gittersee. — Morbitz. Sonntag den 20. November Turnfahrt mit Frauen nach Meißen. Abmarsch 8½ Uhr. Gasthof Wähnitz. — Freie Turner. Reick. Des Totensonntages wegen findet die Herbstveranstaltung bereits heute Freitag statt. — Frischauf 1895. Mockritz-Leubnitz. Sonntag den 20. November in der Schulturnhalle in Dresden-Leubnitz: Neustra: zwei Lichtbildervorträge. Nachmittags 4½ Uhr für Kinder: Deutsche Märchen, deutsche Heimat. Abends 7½ Uhr für Erwachsene: Aus dem Leben unsrer Vorfahren, der Germanen. Vortragender: Herr Lehrer Alfert, Copitz.

2. Bezirk. 6. Gruppe. Zur Vorturnerprüfung Sonnabend den 19. November in Radeberg hat jeder Prüfling eine Gruppe Freiübungen (Stab, Hanteln oder Keulen) vorzuturnen. Am Reck, Barren und Pferd ist je eine Pflicht- und Kürübung vorzuturnen. An diesen drei Geräten hat jeder Prüfling eine Riege vorzuturnen. Alle pünktlich erscheinen.

Fußball

Spiele Sonntag den 20. November. 1. Klasse: An der Saalhausener Straße, Anstoß 2 Uhr, hat Löbtau 1 Heidenau 1 zu Gaste. — Am Hochufer spielt Ot 1 gegen Zschachwitz 1. — D. S. V. 1 hat in Laubegast Deuben 1 als Gegner. Anstoß 1½ Uhr. — An der Hebbelstraße stehen sich Cotta 1 und Radeberg 1 gegenüber. — Pieschen 1—Pirna 1 treffen auf dem Erfurter Platz zusammen. — Anstoß bei allen Spielen: 1 Uhr.

Weitere Spiele: Flußbad: Uebigau 2—Riesa 1 (1); Kötzschenbroda: Kötzschenbroda 1—Gelyschn 1 (1); Meißen: Meißen 2—Kötitz 2 (1); Pirna: Pirna 8—Helios 8 (1); Heidenau: Heidenau 8—D. S. V. 3 (2); Kaditz: Kaditz 8—Riesa 2 (1).

Potschappel I—Gleichheit I (Teplitz)

Der Kreismeister der Tschecho-Slowakei weilt am Sonntag in Potschappel. Sein Verein sannte die Mannschaft auf eigenem Platze schlagen. Potschappel stellt seine erprobte Elf in den Kampf, so daß ein besonderes Treffen zu erwarten ist. Anstoß: 2 Uhr. Das Spiel findet auf dem Platze am Steiger, Haltestelle der 22, Eisenbahnbrücke, statt.

Auf demselben Platze finden noch folgende Spiele statt: Potschappel III Jugend—Kaufung III Jugend (1); Potschappel V gegen Burgk III (11); Potschappel I Jugend—Sturm I Jugend (10); Potschappel alte Herren—Neudeut alte Herren (8½).

Propagandaspiele in Wilmsdorf

Anläßlich des einjährigen Bestehens der Fußballabteilung findet kommenden Sonntag folgende Spiele statt: 1 Uhr: Gittersee I gegen Alemannia I. Beide Mannschaften werden ihr Bestes geben, um gute Propaganda für unsre Bewegung zu machen. Wilmsdorf I gegen Werdorf II (11); Wilmsdorf I Jugend—Gittersee II Jugend (9). Die sportliebende Arbeiterschaft der Umgebung ist herzlich eingeladen. — Potschappel: Freitag den 18. November, abends 8 Uhr Versammlung im Burgkeller, Niederpesterwitz.

Verantw. für den redakt. Teil Edgar Hahnewald, Dresden-A.
für den Inseratenteil Max Seifert, Dresden-Gruna.
Druck und Verlag: Kaden u. Komp., Dresden.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19211118/9 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Vergnügungssteuer-Ordnung

für d. Bezirk d. Amtshauptmannschaft Dresden-Altstadt.

I. Allgemeine Bestimmungen.

§ 1. Steuerpflichtige Veranstaltungen.

[illegible]

§ 2. Steuerfreie Veranstaltungen.

[illegible]

§ 3. Steuerform.

(1) Die Steuer wird in der Form der Kartensteuer erhoben, [illegible] In allen andern Fällen wird eine Pauschsteuer erhoben.

(2) Die Pauschsteuer wird an Stelle der Kartensteuer erhoben, wenn dadurch ein höherer Steuerbetrag erzielt wird.

[illegible]

§ 4. [illegible]

§ 5. Anmeldung.

(1) Jede steuerpflichtige Veranstaltung ist [illegible]

(2) Ueber die Anmeldung wird eine Bescheinigung erteilt.

[illegible]

II. Kartensteuer.

§ 6. Steuermaßstab.

Die Kartensteuer wird nach der Zahl der ausgegebenen Eintrittskarten [illegible]

§ 7. Karten für mehrere Veranstaltungen oder mehrere Personen.

[illegible]

§ 8. Steuersätze.

(1) Die Steuer beträgt für jede [illegible]

[illegible]

§ 9. Eintrittskarten.

[illegible]

Die Karten müssen mit fortlaufenden Nummern versehen sein und den Unternehmer, Tag, Ort und Art der Veranstaltung sowie den Preis [illegible] Die Karten werden von der Gemeindebehörde abgestempelt.

(2) Die Gemeindebehörde kann bei der Anmeldung die Leistung einer Sicherheit in der voraussichtlichen Höhe der Steuerschuld verlangen.

§ 10. Entwertung und Vorzeigung.

[illegible]

§ 11. Nachweisung.

[illegible]

§ 12. Entstehung, Anzeigung und Fälligkeit der Steuerschuld.

(1) Die Steuerschuld entsteht mit der Ausgabe der Karten. [illegible]

(2) Nach Abschluß ihrer Ermittelungen setzt die Gemeindebehörde die Steuer fest und teilt sie dem Steuerpflichtigen mit. Der Erteilung eines förmlichen Steuerbescheids bedarf es nicht.

(3) Soweit die Gemeindebehörde nichts anderes bestimmt, wird die Steuerschuld mit Ablauf von [illegible]

§ 13. Schätzung in besonderen Fällen.

[illegible]

§ 14. Steuerzuschlag.

[illegible]

III. Pauschsteuer.

§ 15. Festsetzung nach dem Werte.

(1) Für das Halten

a) einer Schau-, Scherz-, Spiel- oder Geschicklichkeitsapparates oder

b) einer Vorrichtung zur mechanischen Wiedergabe musikalischer Stücke oder deklamatorischer Vorträge (Klavierspielapparat, Sprechapparat, Phonograph, Orchestrion u. a.) an öffentlichen Orten, in Gast- und Schankwirtschaften sowie in sonstigen jedermann zugänglichen Räumen

ist eine Steuer nach dem Werte des Apparates oder der Vorrichtung zu entrichten.

(2) Die Steuer beträgt für jeden angefangenen Betriebsmonat

a) für die zu a bezeichneten Apparate bei einem Werte

bis einschließlich	50 M.	2 M.
" "	100 "	4 "
" "	300 "	6 "
" "	1000 "	10 "

und für jede angefangenen weiteren 1000 M. je 10 M.;

b) für die zu b bezeichneten Vorrichtungen bei einem Werte

bis einschließlich	500 M.	3 M.
" "	1000 "	6 "
" "	2000 "	10 "
" "	10000 "	20 "

und für jede angefangenen weiteren 10000 M. je 20 M.

(3) Die Steuer ist innerhalb der ersten Woche jedes Monats zu entrichten.

(4) Der Eigentümer oder derjenige, dem der Apparat oder die Vorrichtung von dem Eigentümer zur Aufstellung überlassen ist, hat die Aufstellung des Apparats oder der Vorrichtung [illegible] Die Bestimmung des § 5 Absatz 3 bleibt unberührt.

(5) Auf Leierkasten und Spieldosen von geringem Umfang, die lediglich bestimmte Stücke spielen, finden die Bestimmungen der Absätze 1 bis 4 keine Anwendung.

§ 16. Festsetzung nach der Zahl der Mitwirkenden.

(1) Für Musikvorträge von nicht mehr als drei Mitwirkenden in Gast- und Schankwirtschaften, öffentlichen Vergnügungslokalen, Buden oder Zelten ist eine Steuer von 3 M. für den Tag und jeden Mitwirkenden zu entrichten.

(2) Für im Umherziehen dargebotene gewerbsmäßige Gesangs- und Musikvorträge auf öffentlichen Wegen, Straßen, Plätzen oder an anderen öffentlichen Orten, in Gast- und Schankwirtschaften, öffentlichen Vergnügungslokalen, Buden oder Zelten sowie auf Höfen von Wohnhäusern ist eine Steuer zu entrichten, die

bei einem oder zwei Mitwirkenden	3 M.
bei drei Mitwirkenden	6 M.
bei vier oder fünf Mitwirkenden	9 M.

und bei jedem weiteren Mitwirkenden je 3 M. für den Tag beträgt.

(3) Steuerpflichtige Vorträge der zu 2 bezeichneten Art sind von den Unternehmern vor Beginn bei der Gemeindebehörde anzumelden. [illegible]

(4) Gelegentliche Gesangs- und Musikvorträge auf öffentlichen Wegen, Straßen und Plätzen sowie auf Höfen von Wohnhäusern sind steuerfrei.

§ 17. Festsetzung nach der Größe des benutzten Raumes.

(1) Soweit die Pauschsteuer nicht nach den Bestimmungen der Paragraphen 15 und 16 zu berechnen ist, wird sie nach der Größe des Raumes berechnet, der für die steuerpflichtige Veranstaltung benutzt wird. [illegible]

(2) Die Pauschsteuer beträgt

Bei einem Flächenraum von nicht mehr als ... Quadratmeter	1 [illegible]	2 [illegible]	3 [illegible]
[illegible]	5 M.	9 M.	18 M.
[illegible]	10 "	18 "	30 "
[illegible]	15 "	27 "	50 "
[illegible]	20 "	45 "	60 "
[illegible]	25 "	60 "	75 "
und für jede weiteren [illegible]	10 "	20 "	25 "

(3) Die Steuer wird für jede Veranstaltung besonders erhoben, auch wenn in dem Raum an einem Tage mehrere Veranstaltungen stattfinden. Bei fortlaufender Aufeinanderfolge der Veranstaltungen gilt jeder angefangene Zeitraum von drei Stunden als eine Veranstaltung. Bei Veranstaltungen, die mehrere Tage dauern, wird die Steuer für jeden angefangenen Tag besonders erhoben.

(4) Ist die Berechnung der Steuer nach Absatz 1 bis 3 schwer durchführbar, so kann die Amtshauptmannschaft den Steuerbetrag mit dem Unternehmer vereinbaren.

§ 18. Festsetzung nach der Roheinnahme.

Haben die Teilnehmer an einer Veranstaltung ein Entgelt zu zahlen, ohne daß die Erhebung der Kartensteuer (§ 3 Abs. 1) in Frage kommt, so kann die Gemeindebehörde die Steuer statt nach den Bestimmungen der §§ 15 bis 17 mit 15 vom Hundert der erzielten Roheinnahme festsetzen, sofern dadurch ein höherer Steuerbetrag erzielt wird. Die Bestimmung des § 9 Absatz 2 findet Anwendung.

§ 19. Entrichtung.

(1) Die Pauschsteuer (§§ 15 bis 18) ist bei der Anmeldung (§§ 5, 15 Absatz 4, § 16 Absatz 3) zu entrichten und wird erstattet, wenn die Veranstaltung nicht stattfindet. Der Erteilung eines förmlichen Steuerbescheids bedarf es nicht.

(2) Die Bestimmung des § 14 findet sinngemäß Anwendung.

IV. Sonderbestimmungen für Veranstaltungen mit Tanz.

§ 20. Bei allen steuerpflichtigen Veranstaltungen, die mit Tanz verbunden sind, wird ohne Rücksicht darauf, ob die Teilnehmer ein Entgelt zu zahlen haben oder nicht, und ob die Veranstaltung öffentlich ist oder nicht, eine Steuer erhoben, welche beträgt:

a) bei Tanzvergnügen allgemeiner Art	1.50 M.
b) bei Preismaskenbällen	5.00 M.
c) bei Maskenbällen	5.00 M.

für jeden Teilnehmer. Diese Steuer wird durch Verkauf besonderer Steuerkarten erhoben, die von der Amtshauptmannschaft hergestellt werden und die der Veranstalter rechtzeitig bei der Gemeindebehörde des Veranstaltungsortes gegen Bezahlung zu entnehmen hat.

§ 21.

(1) Die Steuerkarten sind vor oder bei Betreten des Vergnügungslokales zu entrichten.

(2) Die Veranstalter haben Stamm- und Quittungsabschnitte der [illegible] Steuerkartenblocks mit der Angabe des Tages der Vergnügung und einer Kennzeichnung ihres Namens (tunlichst Stempel) zu versehen. Soweit die Gemeinden nur Blocks von Quittungsabschnitten ausgeben, liegt ihnen der Tagesvermerk ob.

(3) Die Quittungsabschnitte sind bei der Ausgabe zu entwerten (durch Abreißen einer Ecke oder Durchlochung).

(4) Die Veranstalter von Vergnügungsunternehmungen dürfen das Betreten der Vergnügungsstätte nur solchen Personen gestatten, die sich im Besitze der vorschriftsmäßigen Quittungsabschnitte über die entrichtete Steuer befinden.

(5) Jeder Teilnehmer hat dafür einzustehen, daß er bei dem Besuche der Veranstaltung während der Dauer seiner Anwesenheit im Besitze einer gültigen Steuerkarte der Amtshauptmannschaft sich befindet.

(6) Die Steuerkarten (Quittungsabschnitte) sind dem Veranstalter, dem Besitzer der Vergnügungsstätte, dem von ihm zur Ueberwachung herangezogenen Hilfspersonal, sowie den mit der Aufsichtsführung betrauten Beamten und Angestellten der Gemeindebehörde und der Amtshauptmannschaft jederzeit auf Verlangen vorzuzeigen.

§ 22. Die Veranstalter haben auf eigene Kosten und Verantwortung geeignete Personen zur Ausgabe der Steuerkarten (Quittungsabschnitte), zu deren Entwertung und zur Beaufsichtigung zu stellen. Die Vorschriften über die Beaufsichtigung durch die Gemeinden bleiben unberührt. Diesen steht es frei, gegenüber den Veranstaltern, den Besuchern und den Besitzern der Vergnügungsstätten im Rahmen dieser Ordnung besondere Maßnahmen zu treffen, die die vorschriftsmäßige Erhebung der Steuer sichern.

§ 23. Ist die Teilnahme an der Veranstaltung von der Zahlung eines Eintrittsgeldes abhängig, so wird neben dem in § 20 genannten Betrage die Steuer nach den Bestimmungen der §§ 6 ff. erhoben. Der Veranstalter ist in diesem Falle zur Ausgabe von Eintrittskarten verpflichtet. Doch wird nachgelassen, beim Verkauf der Steuerkarten (§ 20) einen steuerfreien Betrag von [illegible] Pfennig auf den Steuerbetrag als Unkostengeld daraufzuschlagen.

V. Besondere Bestimmungen für künstlerisch hochstehende Veranstaltungen.

§ 24. Steuer vom Bruttoertrage.

(1) Künstlerisch hochstehende Veranstaltungen, deren Geschäfts- und Kassenführung den Anforderungen entspricht, die an kaufmännisch geleitete Unternehmen [illegible] gestellt werden, werden zu einer Steuer von 10 v. H. des Bruttoertrags herangezogen.

(2) Ob es sich um künstlerisch hochstehende Veranstaltungen handelt und ob die Voraussetzungen ordnungsmäßiger Geschäfts- und Kassenführung erfüllt sind, bestimmt sich nach den von der Landesregierung oder der von ihr beauftragten Behörde hierüber aufgestellten Grundsätzen.

VI. Gemeinsame Bestimmungen.

§ 25. Steuerpflicht und Haftung.

Steuerpflichtig ist der Unternehmer der Veranstaltung. Wer zur Anmeldung verpflichtet ist, ohne selbst Unternehmer zu sein, haftet neben dem Unternehmer als Gesamtschuldner.

§ 26. Steueraufsicht.

Auf die in § 25 bezeichneten Personen und auf die Teilnehmer an einer steuerpflichtigen Veranstaltung finden die Vorschriften der §§ 191 bis 201 der Reichsabgabenordnung sinngemäß Anwendung.

§ 27. Erlaß und Erstattung der Steuer.

Zur Vermeidung außergewöhnlicher Härten kann die Amtshauptmannschaft im besonders gearteten Einzelfällen die Steuer ganz oder teilweise erlassen oder erstatten.

§ 28. Gemeindebehörde im Sinne dieser Steuerordnung ist in der Stadt Freital der Stadtrat, in den Städten Rabenau und Tharandt der Bürgermeister, im übrigen der Gemeindevorstand.

§ 29. (1) Die Steuer fließt in die Kasse des Bezirksverbandes.

(2) 40 v. H. der erzielten Roheinnahme erhält die Gemeindekasse des Orts, in dem die Vergnügungsstätte liegt; dabei wird vorausgesetzt, daß die Gemeinde neben der in dieser Steuerordnung geregelten keinerlei andre Vergnügungssteuer erhebt.

(3) Die Gemeindebehörden haben die erhobenen Steuern nach Ablauf jedes Kalendervierteljahres bis zum 15. des nächstfolgenden Monats unter Beifügung einer Abrechnung nach einem vorgeschriebenen Muster an die Amtshauptmannschaft abzuführen.

§ 30. Strafen.

Die Hinterziehung der Steuer (§ 359 der Reichsabgabenordnung) wird mit einer Geldstrafe bis zum zwanzigfachen Betrage der hinterzogenen Steuer bestraft. Soweit der Betrag der hinterzogenen Steuer nicht festgestellt werden kann, ist auf eine Geldstrafe von zwanzig bis zwanzigtausend Mark zu erkennen.

§ 31. Geltung des Landesrechts oder der Reichsabgabenordnung.

Soweit diese Steuerordnung nichts anderes bestimmt, finden die Vorschriften des Gemeindesteuergesetzes Anwendung. Soweit eine landesrechtliche Regelung nicht besteht, finden die Vorschriften der Reichsabgabenordnung sinngemäß Anwendung.

§ 32. Diese Vorschriften treten am 1. Dezember 1921 in Kraft. Mit dem gleichen Tage tritt die Vergnügungssteuer-Ordnung für den Bezirk der Amtshauptmannschaft Dresden-Altstadt vom 20. Februar 1920 nebst Nachträgen außer Kraft.

Dresden, den 28. Oktober 1921.

Der Bezirksverband der Amtshauptmannschaft Dresden-Altstadt. Dr. Schulze.

Holzauktion.

Sonntag den 20. November, vorm. 9 Uhr, kommt im Eisengrund die Versteigerung einer Partie Brennholz, lagernd im Buchgrund, Reisig und Langholz, gegen sofortige Bezahlung statt.

R. H. Lohrmann in Wiegen.

In keiner Wohnung fehle die Volkszeitung!

Mehlverteilung.

§ 1. Stadt Dresden. Amtshauptmannschaften Dresden-Altstadt und Dresden-Neustadt mit Weißmarke Nr. 21 und 22 zusammen 750 Gramm amerikanisches Weizenmehl für 3,25 M. am 23. November 1921.

§ 2. 18., 19. oder 21. November 1921 Anmeldung in einem [illegible] oder in einer Bäckerei.

22., 23., 24. oder 25. November 1921 [illegible]

Dresden, am 18. November 1921.

Gemeindeverband Dresden und Umgebung.

Bekanntmachung.

Der 6. Nachtrag zur Satzung der unterzeichneten Kasse, der vom Oberversicherungsamt Dresden genehmigt worden ist, tritt mit dem [illegible] in Kraft und wird hiermit öffentlich bekanntgemacht.

Schmiedeberg, den 16. November 1921.

Der Vorstand

der Allgemein. Ortskrankenkasse Dippoldiswalde-Land Sitz Schmiedeberg

Paul Menzer, stellv. Vorsitzender.

6. Nachtrag

zur Satzung der Allgemeinen Ortskrankenkasse Dippoldiswalde-Land, Sitz Schmiedeberg vom 11. August 1913.

1. Punkt 1 des 5. Nachtrags zur Satzung wird aufgehoben.

Nr. § 20 erhält Abs. 1 Ziffer 2 folgende Fassung: „2. Krankengeld in Höhe von 60 Hundertteilen des Grundlohnes für jeden Arbeitstag und jeden Wochenfeiertag, wenn die Krankheit den Versicherten arbeitsunfähig macht, es wird vom vierten Krankheitstage, wenn aber die Arbeitsunfähigkeit erst später eintritt, vom Tage ihres Eintritts an gewährt. Dauert die Krankheit länger als 7 Tage, so wird Krankengeld vom ersten Tage der Arbeitsunfähigkeit an gewährt."

2. Dieser Nachtrag tritt an dem Tage in Kraft, an dem seine Genehmigung bei der Kasse eingeben wird.

Schmiedeberg, den 23. September 1921.

Der Vorstand

der Allgemein. Ortskrankenkasse Dippoldiswalde-Land Sitz Schmiedeberg.

Paul Menzer, stellv. Vorsitzender.

Dresden, den 8. November 1921.

Der Nachtrag wird genehmigt.

Das Oberversicherungsamt

Sehr preiswert kaufen Sie jetzt noch
Damen-Mäntel
Nur das Neueste!
Schwarze Tuchmäntel
Herren-Anzüge
Nur prima Verarbeitung
Schlüpfer: Ulster
Ersatz für Maß
nur bei
Schwarz & Co.
17, 2. Seestr. 17, 2.
Kein Laden! Nur 2. Etage!
Lagerbesichtigung ohne Kaufzwang.

En gros — Export
Großer Posten
Wollschals, Kinder-Sweater
Strick-Handschuhe
Strick-Jacken
Strumpfwaren, Trikotagen aller Art,
kunstseidne Krawatten
Nur für Wiederverkäufer
Ign. Berger
Bernhardstrasse 11 :: Telephon 27704
Export — En gros

Der beste Schuhputz ist Urbin
Millionenfach verbraucht
Fabrik: Urban & Lemm, Charlottenburg
Fabrikniederlage Richard Lakritz
Dresden-A., Schweizer Strasse 4.

Emser Wasser

Auf Teilzahlung gegen bar Möbel
Kinderwagen
Damenkonfektion
Herren-Anzüge
Gardinen
Kostümstoff
Jtzmann
9, I. Neumarkt 9, I.

Spülapparate
Fr. Heusinger

Auf Kredit
Möbel
Damen-, Herren-Konfektion
Fietze

Anzüge, Schlafröcke, Paletots
Wagner & Co.

Pelz-Waren
Carl Dreier
Wettinerstr. 35, I. Stock